

# Enquete des Oö. Landtags

am 25. März 2021



## Die Zukunft der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes in Oberösterreich

# Programm

## **Begrüßung und Moderationen**

Maria Theiner, ORF

## **Begrüßungsrede**

Landtagspräsident Wolfgang Stanek

## **Strategien für die oberösterreichische Wirtschaft und den oberösterreichischen Arbeitsmarkt in einer globalisierten Welt während und nach der Pandemie**

Impulsreferate Prof. Dr. Gabriel Felbermayr und Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Lisa Herzog

## **Handlungsrahmen und konkrete Ansatzpunkte zur Standort- und Arbeitsplatzsicherung für Oberösterreich (unter besonderer Berücksichtigung der Automobilindustrie)**

Impulsreferate Dr. Alexander Susanek und Prof. Dr. Ulrich Brand

## **Talkrunde**

Klubobmann Bgm. Dr. Christian Dörfel  
Klubobmann KommR Ing. Herwig Mahr  
Klubobmann Mag. Michael Lindner  
Klubobmann-Stv. Ulrike Schwarz  
Moderatorin Maria Theiner, ORF

## **Schlussworte**

Landtagspräsident Wolfgang Stanek

(Beginn der Sitzung: 09.04 Uhr)

Moderatorin **Theiner**: Die Zukunft der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes hier in Oberösterreich, großes Thema, wir haben heute viel vor. Herzlich willkommen meine Damen und Herren sowohl hier im Saal als auch zu Hause via Livestream, zum Beispiel in der Fachhochschule Steyr oder auch in der HTL Steyr, die uns zugeschaltet sind! Wir haben wirklich ein sehr, sehr buntes Programm. Ich freue mich, diesen Tag gemeinsam mit Ihnen hier verbringen zu dürfen und bitte Sie jetzt gleich, zu allererst unsere Ehrengäste zu begrüßen. Landesrätin Birgit Gerstorfer, herzlich willkommen! (Beifall) Landesrat Markus Achleitner, schönen guten Morgen! (Beifall) Landesrat Stefan Kaineder, schönen guten Morgen! (Beifall) Und auch als Veranstalter Landtagspräsident Wolfgang Stanek, schönen guten Morgen! (Beifall)

Den Bürgermeister der Stadt Steyr habe ich jetzt noch nicht gesehen, der sollte aber auch noch bald zu uns stoßen. Schon hier ist unser Vortragender, einer von Vieren heute, die anderen drei sind uns online zugeschaltet, herzlich willkommen Geschäftsführer Dr. Susanek, der Geschäftsführer des BMW Motorenwerkes hier in Steyr, Grüß Gott! (Beifall) Und wie gesagt, via Video mit dabei heute im Laufe des Tages sind Frau Professor Dr. Lisa Herzog, Herr Professor Dr. Gabriel Felbermayr und Professor Dr. Ulrich Brand, schönen guten Morgen! (Beifall)

Meine Damen und Herren, wir sind hier in Steyr auf historischem Boden. Die alte Eisenstadt hat eine lange und durchaus wechselhafte Industriegeschichte. Und auch in der Gegenwart ist sie immer wieder als Industriestadt in den Schlagzeilen, auch da durchaus wechselhaft, um es einmal vorsichtig zu formulieren, Stichwort MAN derzeit. Das heißt, der Ort des heutigen Tages ist wohl gewählt. Das Thema ist so spannend wie vielfältig und auch die Beiträge, die unsere Referentinnen und Referenten uns geben werden, werden ganz viele verschiedene Aspekte abdecken. Und ich glaube, ich kann Ihnen versprechen, dass Sie heute vielleicht auch neue Perspektiven, neue Denkansätze kennenlernen. Ich würde sagen, es ist angerichtet. Ich freue mich auf diesen Tag mit Ihnen und bitte jetzt um die offizielle Eröffnung. Landtagspräsident Wolfgang Stanek, bitte!

**Präsident**: Meine sehr geehrte Damen und Herren, ein herzliches Grüß Gott auch von meiner Seite allen hier im Raum Anwesenden und all jenen Landsleuten, die uns online im Internet mitverfolgen! Es freut mich besonders, dass von Seiten der Oberösterreichischen Landesregierung der zuständige Wirtschaftslandesrat Markus Achleitner und die beiden Landesräte Birgit Gerstorfer und Stefan Kaineder anwesend sind. Und es ist mir auch ein Anliegen, meine Kollegin im Landtagspräsidium, Frau Landtagspräsidentin Gerda Weichsler-Hauer, und die vier Klubobleute Christian Dörfel, Herwig Mahr, Michael Lindner und Gottfried Hirz in unserer Runde herzlich begrüßen zu dürfen. (Beifall)

Unser Landeshauptmann Thomas Stelzer wird die Veranstaltung immer wieder via Livestream mitverfolgen, und ich möchte die Gelegenheit auch nutzen, auf diesem Wege Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner sowie meinen Stellvertreter Präsident Adalbert Cramer gute Besserung zu wünschen und in diese Wünsche für diese beiden alle, die momentan am Coronavirus infiziert sind bzw. erkrankt sind, in die gute Besserung miteinbeziehen.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir heute in diesen Saal blicken, dann denke ich, wird uns allen ein Stück weit noch mehr bewusst, was Corona derzeit mit unserer Gesellschaft macht. Wenn wir an normale Zeiten zurückdenken würden, dann wäre der Besuch dieser Veranstaltung eine Katastrophe. Heute sitzen wir so, um unsere Gesundheit zu schützen, letztendlich aber auch um ein Vorbild abzugeben für unsere Landsleute, um immer wieder auch darauf hinzuweisen, wie gefährlich dieses Virus ist und dass wir alles dafür tun müssen, auch im persönlichen Bereich, uns selbst entsprechend zu schützen.

Das Coronavirus geht in alle unsere Lebensbereiche, egal ob es im Sozialbereich ist, am Arbeitsmarkt ist, in der gesamten Wirtschaft, es betrifft uns vor allem auch im gesellschaftspolitischen Bereich. Immer mehr Leute leiden im wahrsten Sinne des Wortes unter der Tatsache, dass man keine normalen Kontakte haben kann, dass man de facto nirgends fortgehen kann, dass sich vieles in unserem Leben ganz massiv geändert hat.

Mehr als ein Jahr begleitet uns weltweit die Corona-Pandemie und stellt uns nach wie vor vor sehr, sehr große Herausforderungen, fordert uns alle sehr: Unternehmen, die alles versuchen, ihren Betrieb aufrecht zu erhalten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zwischen Home-Office und Zukunftsangst jonglieren, Familien, die sich einmal mehr mit einer Doppelbelastung durch den Alltag kämpfen müssen.

In vielen persönlichen Gesprächen haben mir Unternehmen, Organisationen und Vereine sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ganz Oberösterreich über ihre Sorgen und Ängste berichtet: Von Familien, die auf engstem Raum und ohne Garten Home-Schooling, Home-Office und das ganz normale Zusammenleben unter einen Hut bringen müssen oder von Unternehmern, die zwischen Lockdown und Aufsperrern ständig wechseln, die Angst, dass ich keinen adäquaten Job mehr finde, die Unsicherheit, dass ich trotz Umschulung wieder erfolgreich ins Berufsleben einsteigen kann, die Bedenken nach Ablauf der Kurzarbeit arbeitslos zu werden. Das sind nur einige wenige Gedanken, die viele Landsleute momentan bewegen, jeden Tag, jedes Mal vorm Einschlafen und bei vielen wahrscheinlich auch wieder beim Aufwachen.

Wir sind uns aller dieser Belastungen bewusst und versuchen alles erdenklich Mögliche, um den Oberösterreichern und Oberösterreichern die Sorgen und die Ängste zu nehmen, um ihnen Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen. Unser Ziel muss es sein, sie nicht mit einer Perspektivlosigkeit alleine zu lassen.

Unter diesen Gesichtspunkten, den Herausforderungen, die diese Pandemie hervorgebracht hat, findet auch die heurige und heutige Enquete statt: Die Zukunft der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes in Oberösterreich nach der Pandemie. Dieser Titel beinhaltet aber noch viel größere Bereiche als Wirtschaft und Arbeitsmarkt, er beinhaltet gesellschaftliche und soziale Aspekte, Arbeit und Einkommen.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, nach dem ersten Lockdown vor rund einem Jahr haben wir von der größten Krise in Oberösterreich, in Österreich, ja weltweit gesprochen seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Und ja, es ist eine Krise mit Auswirkungen, die sich keiner von uns vorstellen konnte.

Derzeit haben wir in Oberösterreich zirka 48.500 Personen, die keine Arbeit haben, das sind 6,8 Prozent arbeitslose Menschen, österreichweit sind es 10,7 Prozent, in Wien zirka 15 Prozent. Rund ein Viertel aller offenen, sofort verfügbaren Stellen Österreichs gibt es in unserem Bundesland, zirka 18.000. Und derzeit sind noch zirka 86.000 Menschen in rund 8.700 Unternehmen in Kurzarbeit. Am oberösterreichischen Arbeitsmarkt stehen rund 700 Lehrstellensuchenden doppelt so viele Lehrstellen gegenüber.

Oberösterreich steht also im Vergleich zu den anderen Bundesländern in Österreich noch immer sehr gut da. Aber es sind trotzdem Zahlen und Zahlen, die zwar einerseits im Vergleich nicht schlecht sind, Zahlen, die uns aber trotzdem auch vor Augen führen sollten, dass jede Arbeitslose, jeder Arbeitslose, der arbeiten möchte, einer zu viel ist. Wie auch in der Vergangenheit ist es unser Ziel, besser und stärker zu sein, noch besser, noch stärker zu werden.

Aus meiner Sicht setzt dies ein Teamwork von uns allen voraus. Wir müssen das Gemeinsame vor das Trennende stellen, denn die Zusammenarbeit und das solidarische Miteinander in

dieser herausfordernden Zeit sind wichtiger denn je, um die Gesundheits- und Wirtschaftskrise gemeinsam meistern zu können. Das erwarten übrigens auch alle Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher von uns. Wir müssen vor allem gemeinsam alles unternehmen, damit die sich teilweise abzeichnende Spaltung in unserer Gesellschaft nicht größer wird. Die gesellschaftlichen Sorgen dürfen uns nicht spalten.

Neben den vielfältigen finanziellen Unterstützungen des Bundes haben auch wir in Oberösterreich im Landtag ein weiteres Paket zur Unterstützung vieler Bereiche, wie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Familien oder der Wirtschaft beschlossen. Der sogenannte Oberösterreich-Plan soll das Schlimmste abfedern und Oberösterreich wieder stark machen. Mit diesen Investitionen wollen wir dort ansetzen, wo es den größten Handlungsbedarf gibt. Denn jeder Euro, den wir jetzt investieren, soll sich vielfach in Arbeitsplätze und Wertschöpfung auswirken. Nur so können wir einen möglichst großen positiven Effekt auf die heimische Wirtschaft und damit die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen erzielen. Der Oberösterreich-Plan ist unser gemeinsames Versprechen an die Bürgerinnen und Bürger, ein gemeinsames Versprechen, dass wir um jeden Arbeitsplatz, um jeden Betrieb in diesem Land kämpfen werden.

Jede Krise und jede Herausforderung bringt aber auch Chancen mit sich. Unser Ziel muss es sein, diese Chancen zu erkennen und die Rahmenbedingungen für ein starkes Oberösterreich in der Zukunft zu schaffen. Deshalb haben wir heute vier Experten aus unterschiedlichen Bereichen für einen Input eingeladen. Diese sollen als Diskussionsgrundlage für unsere weiteren Entscheidungen und Maßnahmen dienen.

Als Impulsgeber stehen uns Professor Dr. Gabriel Felbermayr und Professorin Dr. Lisa Herzog rund um Strategien für die öö. Wirtschaft und den öö. Arbeitsmarkt in einer globalisierten Welt in und nach der Pandemie sowie Dr. Alexander Susanek und Professor Dr. Ulrich Brand zu Handlungsrahmen und konkreten Ansatzpunkten zur Standort- und Arbeitsplatzsicherung in Oberösterreich unter besonderer Berücksichtigung der Automobilindustrie zur Verfügung. Dafür möchte ich mich bei allen Vieren ganz herzlich bedanken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich auf interessante Referate. Nutzen wir vor allem aber auch die Möglichkeit der Diskussion mit der Expertin, mit den Experten, um möglichst viele Inputs für unsere Arbeit zu erhalten. Nur gemeinsam können wir Oberösterreich wieder stark machen, das muss uns allen klar sein. (Beifall)

Moderatorin **Theiner**: Vielen herzlichen Dank Herr Präsident! Wir haben es schon gesagt, die heutige Veranstaltung findest quasi im Hybridmodus statt. Nicht nur das Publikum ist zu einem großen Teil online mit dabei, auch drei unserer Expertinnen und Experten. Dennoch stehen sie im Anschluss an ihre Referate für Diskussionen zur Verfügung.

Hierherinnen ist es relativ einfach. Da werden Sie nachher bitte einfach die Hand heben, wenn Sie eine Frage haben. Von zu Hause aus ist auch sehr einfach. Da nutzen Sie bitte ganz einfach die Chat-Funktion, geht übrigens ab sofort. Wenn Fragen auftauchen, dann bitte ganz einfach per Chat hereinschreiben.

Bei unserem ersten Vortragenden heute kann ich mir vorstellen, dass er ganz besonders gerne hier bei uns live wäre. Er ist immerhin in Steyr geboren, auch nicht weit weg von hier aufgewachsen. Heute aber ist er in Kiel zu Hause. Dort hat er nicht nur eine Professur für Volkswirtschaftslehre inne, dort ist er vor allem der Präsident des Instituts für Weltwirtschaft. Wie kann, wie muss Oberösterreich in die Zukunftsfähigkeit seiner Industrie investieren? Das ist jetzt sein Thema. Herzliche Grüße, Grüß Gott nach Kiel, Professor Dr. Gabriel Felbermayr. Bitteschön!

**Prof. Dr. Gabriel Felbermayr:** Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich hoffe, Sie können mich hören. Entschuldigen Sie bitte die Panne! Ich bedanke mich herzlich, dass ich heute virtuell bei Ihnen sein darf in Steyr. Vielen Dank für die Einladung Herr Stanek. Ich freue mich, dass der Landtag und die Landesregierung sich in Steyr treffen, in dieser alten Industriestadt, um die Frage zu stellen, wie kann der Industriestandort Oberösterreich in eine große, gute und für die Menschen insgesamt erfolgreiche Zukunft geführt werden?

Die Herausforderungen, die wir sehen, weltweit, sind ja groß. Der Landtagspräsident hat schon diskutiert, wie die Corona-Krise uns alle betrifft und uns einschränkt in unseren Möglichkeiten. Die große Frage ist, wie kann es langfristig weitergehen mit dem Wirtschaftsstandort? Klar, jetzt ist die Situation geprägt von der Diskussion um die Krankheit, um die Frage, wie kommt man aus diesem Rhythmus raus, in den Lockdown rein, dann wieder raus, wieder rein und wieder raus? Wie kriegen wir das Virus besiegt? Wie kriegen wir die Impfungen ausgerollt? Das sind die zentralen Fragen. Aber wenn wir über den Wohlstand im Land nachdenken, über Arbeitsplätze, über die Zukunft auch unserer Kinder, da müssen wir über die Krise hinausblicken, über einen längeren Horizont, einen größeren Horizont überblicken.

So wie sich das gehört für eine Online-Veranstaltung, gibt es leider Gottes Probleme. Ich sollte in der Lage sein, meine Präsentation durchklicken zu können hier mit meinem Handy, aber, gut, es hat jemand für mich geklickt, wenn ich das richtig sehe. Es tut mir leid, dass es hier Schwierigkeiten gibt.

Also wir haben eine ganze Fülle von Herausforderungen natürlich, vor die die Industrie heute gestellt ist. Zum einen natürlich das große Thema technologischer Wandel, die Digitalisierung, die Automatisierung, das ist ein Trend, der sich beschleunigt hat, schon vor der Corona-Krise, der sich jetzt in der Krise nochmal zugespitzt hat, weil neue Modelle ausprobiert werden müssen, wie wir heute hier virtuell miteinander arbeiten und gerade jetzt an diesem aktuellen Beispiel sehen, es ist nicht immer friktionsfrei. Es gibt Schwierigkeiten mit der Technologie, mit der Umsetzung, mit der Bewältigung der neuen Formate.

Neben dem Thema der Digitalisierung haben wir das Thema Klimawandel, wo wir in Österreich, in Oberösterreich, auf der europäischen Ebene, auf der Weltebene dringend handeln müssen, wenn wir nicht sehr hohe Kosten in Zukunft riskieren wollen, wenn tatsächlich die Weltdurchschnittstemperatur weiter ansteigt.

Und daraus resultieren politische Notwendigkeiten, wie zum Beispiel ein CO<sub>2</sub>-Preis. Ein hoher CO<sub>2</sub>-Preis bedeutet, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen zum Beispiel bei der Stahlerzeugung mit Kosten verbunden sein werden, zusätzlichen Kosten, die den Standort belasten, wenn die Rahmenbedingungen nicht passen.

Nach dem Klimawandel ist das große Thema das der demografischen Veränderungen. Die Bevölkerungszahlen in Europa, in Mitteleuropa werden perspektivisch zumindest nicht mehr wachsen, vielleicht sogar zurückgehen, wenn sie nicht durch Einwanderungen aufgefangen werden können.

Große Volkswirtschaften wie die deutsche werden schrumpfen. Österreich ist ein bisschen besser dran, aber nicht wirklich entscheidend. Durch das geringere demografische Wachstum in wichtigen Partnerländern wird der Druck auch auf die heimische Wirtschaft größer werden. Was Arbeitskräfte angeht, taucht ein Mangel auf, aber auch was die Struktur der Märkte angeht, ältere Menschen, die zahlreicher vertreten sein werden.

Sie sind für neue und innovative Produkte vermutlich ohne weiteres nicht so leicht zu haben wie jüngere Menschen. Auch die Innovationskraft einer Region oder einer Gesellschaft verändert sich, wenn die Bevölkerungsstruktur eine andere ist. Also, der demografische Wandel, ein ganz zentrales Thema.

Und dann, für mich natürlich am Institut für Weltwirtschaft, ganz wichtig auch die Frage, mit welchen Rahmenbedingungen haben wir es eigentlich zu tun? Weltweit, auf den Weltmärkten, wo die oberösterreichischen Produkte ja abgesetzt werden und auch innerhalb Europas, wo es um die Frage geht, wie steht es eigentlich um unseren Binnenmarkt? Wie steht es eigentlich um grenzüberschreitende Verkehre von Waren und Dienstleistungen und Kapital und Menschen?

Das ist ja heute in diesen Coronazeiten gerade eine besondere Herausforderung, wo wir nicht mehr so leicht, in meinem Fall zum Beispiel, aus Norddeutschland in die oberösterreichische Heimat können und zurück. In der kurzen Frist natürlich dominiert die Coronakrise, und es ist ganz wichtig, dass man sich immer wieder vor Augen hält, was das für eine Krise ist.

Es ist nicht eine Krise des Standorts Oberösterreich, es ist nicht eine Wirtschaftskrise, wie wir sie in der Geschichte der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnungen immer wieder erlebt haben. Es ist etwas, das man eher verbinden muss mit dem Beispiel einer Naturkatastrophe. Deswegen verwende ich gerne den Begriff der interruptiven Krise. Die Coronakrise unterbricht etwas.

Sie unterbricht menschliche Kontakte. Sie unterbricht, jetzt nicht mehr, aber am Beginn der Krise war das so, Lieferketten. Sie unterbricht die Routine, die wir sonst haben und unterbricht das normale Wirtschaftsleben. Es ist aber eben nicht eine Krise, die etwas zu tun hat mit Verwerfungen auf den Märkten. Das war 2008/2009, bei der letzten großen Wirtschaftskrise anders.

Da haben sich in den Bilanzen der Banken zum Beispiel große Verwerfungen aufgetan, und es dauerte dann sehr lange, um diese finanziellen Probleme wieder zu bereinigen. Das wird in dieser Krise anders sein. Das Umfeld ist kein gutes. Ich habe Ihnen hier einmal die Prognosen mitgebracht, die die OECD angestellt hat, für die Eurozone. Das Jahr 2019 vor der Krise ist hier mit 100 eingetragen, also wir reden immer vom Bruttoinlandsprodukt.

Was Sie hier sehen, ist der Absturz im Jahr 2020. Sie sehen auch, dass es im Jahr 2021 in der Eurozone wieder vorsichtig nach oben geht. Das gilt auch für Österreich und für Oberösterreich. Sie sehen aber auch, dass im Jahr 2022, wenn die Krise hoffentlich wirklich, jedenfalls die Gesundheitskrise wirklich hinter uns tritt, dass selbst dann das Bruttoinlandsprodukt noch nicht wieder bei 100 liegen wird, in der Eurozone.

Das heißt, eine lange Phase, auch wirtschaftlicher Eintrübung, und wenn die Eurozone nicht gut läuft, dann bedeutet das, dass die Nachfrage nach Produkten aus Oberösterreich nicht gut läuft. Ob das jetzt Endgüter sind, oder ob das industrielle Vorerzeugnisse sind, das wird auch auf der Wirtschaftsentwicklung auch hierzulande lasten.

Anderswo ist die Situation etwas besser, zum Beispiel in den USA. Da war der Einbruch der Wirtschaftsleistung weniger stark, und die Erholung wird etwas deutlich ausfallen. Nach den Prognosen der OECD wird die USA im Jahr 2022 ungefähr drei Prozent reicher sein als das im Jahr 2019, vor der Krise, der Fall war. Der große Star aber, das ist China. China wird im Jahr 2022 um 15,5 Prozent über dem Vorkrisenwert liegen.

China zieht also allen davon. Was heißt das für uns in Oberösterreich? Das heißt, obwohl wir immer mehr sehen, dass die chinesische Führung einen anderen Entwurf von der eigenen Wirtschaft und von der Gesellschaft im Kopf hat als wir das haben, obwohl dieses Bewusstsein immer stärker wird, stimmt es auch gleichzeitig, dass China als Markt weiter an Bedeutung gewinnt, und in dieser Krise schnell zusätzlich an Bedeutung gewinnt. Bei allen Problemen, die wir mit China haben, wir müssen diese Möglichkeiten, die China bietet, auch für unseren Wiederaufstieg nach dieser Krise nutzen, mit kritischer Distanz, aber doch auch unter Wahrung der Chancen, die wir haben.

Anderswo in der Welt ist die Situation nicht gut. Südamerika, ich habe das nur als Beispiel mitgebracht, kommt nicht aus der Krise heraus. Argentinien, schon vor der Coronakrise auf keinem guten Pfad, stürzt viel stärker ein als die allermeisten anderen Länder in dieser Krise und findet auch den Weg zurück nicht so gut. Also, China und die USA werden weiter auch für die oberösterreichische Wirtschaft ganz zentral sein.

Österreich in dieser Krise kommt nicht ganz so gut durch. Das ist hier wieder die Schätzung der OECD. Ich persönlich bin ein bisschen optimistischer. Aber was sie hier erkennen in dieser langen Liste der europäischen Länder, ist Österreich eher am unteren Rand. Im Jahr 2022 sieht es so aus, als ob da immer noch eine deutliche Reduktion des Bruttoinlandsproduktes zu befürchten ist.

Ich denke, es wird ein bisschen besser kommen, als die OECD das sieht. Wir haben jetzt unsere Frühjahrsprognose in Kiel gemacht. Da kommt Österreich besser durch als es hier den Anschein hat, aber die Herausforderungen in Österreich sind deutlich größer als anderswo. Das hat viel mit dem Tourismus zu tun, und für Oberösterreich heißt das umgekehrt, dass die Industriestärke ein Vorteil ist, dass also andere Bundesländer stärker negativ betroffen sein werden, wenn man abrechnet am Ende, wo diese Krise Schäden hervorgerufen haben wird, Oberösterreich ist durch die Industrie etwas besser gestellt.

Also, die Herausforderungen, da können wir schnell durchklicken, die habe ich genannt. Viele davon sind langfristig, die bedrohen tatsächlich den Standort, die Coronakrise hoffentlich eher als kurzfristiges Problem. Warum machen wir uns um unseren Industriestandort besonders Gedanken? Man kann sagen, es gibt den Dienstleistungssektor. Der ist doch viel dynamischer, da passiert doch sehr viel mehr. Der hat auch größere Wertschöpfungsanteile. Der hat eine größere Bedeutung für die Beschäftigung.

Gleichzeitig aber ist es so, dass das verarbeitende Gewerbe, die Industrie, ein wirklich zentraler Knotenpunkt ist in den Wertschöpfungsnetzwerken der Regionen. Das gilt allgemein so in allen Ländern der Welt, und das gilt besonders stark für den Industriestandort Oberösterreich. Von der Industrie gehen zentrale Impulse aus auf die vielen anderen Bereiche in der Wirtschaft.

Wir können immer mehr sagen, dass die Industrie und der Dienstleistungssektor statistisch noch getrennt werden, aber in der Sache immer stärker zueinander wachsen. In oberösterreichischen Maschinen ist immer mehr Software drin, ist immer mehr Design drinnen, und das hat natürlich etwas mit Dienstleistungen zu tun. Das heißt, wenn man nur auf die reine Statistik schaut, dann unterschätzt man schnell mal die Bedeutung der Industrie.

Sie ist in den Wertschöpfungsnetzwerken zentral. Wenn es der Industrie gut geht, dann strahlt das aus in andere Bereiche der regionalen Wirtschaft. Und auch die, die direkt nichts zu tun haben mit Industrieproduktion, werden mitgezogen. Die Industrie ist der Ort, wo Produktivitätswachstum stattfindet, und wo die großen Innovationen passieren.

Das ist gut untersucht, und wenn in der Industrie die Produktivitätssteigerungen ausfallen, dann können sie in den anderen Sektoren nicht kompensiert werden. Der Dienstleistungssektor, auch da gibt es natürlich Produktivitätssteigerungen, aber die Zuwächse, wie wir sie messen können in den Daten, sind in der Industrie halt einfach deutlich größer.

Die Industrie ist wichtiger als ihr Beschäftigungs- oder Bruttoinlandsproduktanteil. Wenn man sich fragt, wie viele Steuern werden eigentlich von der Industrie gezahlt, und zwar nicht nur die Steuern auf den Gewinn, sondern auch die Steuern, die gezahlt werden von den Menschen, die in der Industrie Beschäftigung haben. Da sieht man, dass für die öffentlichen

Finanzen, für die Spielräume der Landesregierung und des Landtags die Industrie eine ganz zentrale Rolle spielt.

Auch auf dem Arbeitsmarkt, da gibt es auch zahlreiche Studien, die immer wieder zeigen, dass Industriebeschäftigte gute Jobs sind, gerade in der Mitte der Qualifikationsprofile, in der Mitte der Einkommensverteilung. Dort sind die Industriebeschäftigten besonders wertvoll. Sie zahlen höhere Löhne, Menschen mit der gleichen messbaren Qualifikation, mit dem gleichen Alter, dem gleichen Geschlecht in der gleichen Region, verdienen in der Industrie besser als in anderen Bereichen.

Auch die Beschäftigungsstabilität ist im Durchschnitt in der Industrie höher. Das heißt, die Industrie sorgt für Stabilität. Sie sorgt nicht nur für Stabilität auf dem Arbeitsmarkt, sie sorgt auch makroökonomisch für Stabilität. Das sehen wir jetzt in dieser Krise wieder ganz deutlich. Warum? Weil die Industrie auch der Wirtschaftszweig ist, der bei weitem am globalisiertesten ist.

Auch Dienstleistungen werden immer stärker über Grenzen gehandelt, aber die Exportanteile der Industrie sind natürlich viel, viel, viel höher als es in allen anderen Branchen der Fall ist. Auch oberösterreichische Unternehmen exportieren 80, 90 Prozent ihrer Produktion in das Ausland, die Hälfte davon ungefähr in andere EU-Staaten, und die andere Hälfte raus in die große, weite Welt.

Viele Industrieunternehmen exportieren Vorprodukte, zum Beispiel an deutsche Unternehmen, und von dort aus gehen dann die österreichischen Produkte in die Welt. Das heißt, es ist nicht nur der eigene Markt, der das Schicksal der Industrie treibt, sondern es ist das Portfolio aller Märkte auf der Welt, und das bedeutet wiederum, dass die Industrie eine Stabilitätsfunktion einnimmt, weil es unwahrscheinlich ist, dass alle Märkte, auf denen Oberösterreich seine Waren verkauft, gleichzeitig in der Krise sind.

Wir sehen das, wie gesagt, heute in dieser Coronaproblematik sehr deutlich. Dadurch, dass China wächst, auch dadurch, dass die USA schneller als der Rest der Eurozone aus der Krise kommt, entsteht neue Nachfrage dort, auch für oberösterreichische Produkte. Und die Tatsache, dass zu Hause die Konjunktur noch nicht wirklich anspringt, bedeutet, dass wir über den Export kompensieren können.

Also, die Industrie, weil sie international aktiv ist, versichert die oberösterreichische Wirtschaft und sichert damit auch Beschäftigung und Steuern. Die Industrie ist auch sehr stark im ländlichen Raum. Das gilt nicht in allen großen Industrienationen, aber es gilt in Oberösterreich, in Österreich, in Süddeutschland. Die Problematik, die wir anderswo haben, in den USA zum Beispiel oder auch in Frankreich, dass es eine starke Landflucht gibt, die wird durch die Präsenz der Industrie im ländlichen Raum aufgehalten.

Der letzte Punkt, Innovation passiert in der Industrie, aber Industriemodelle sind nicht so leicht kopierbar. Wir haben natürlich zunehmenden Wettbewerb aus Asien zum Beispiel, aber es ist sehr viel leichter, eine Softwarefirma irgendwo auf der Welt zu gründen und damit in ein Konkurrenzverhältnis zu gehen, als eine hochspezialisierte Fertigung, sagen wir einmal, von Feuerwehrtechnologie. Das ist schwerer zu kopieren, und deswegen ist eine starke Industrie auch ein Schutz vor internationalem Wettbewerb, weil nicht so leicht kopierbar ist, was in der Industrie gemacht wird.

Wenn wir uns fragen, wie geht es der Industrie in Österreich, dann kann man sagen, über die letzten 20 Jahre seit 2000 ist das eine Erfolgsgeschichte gewesen. Die Industrieproduktion ist im Trend stark gestiegen. Was Sie hier sehen, ist ein Produktionsindikator. Der hat den Wert von 65, ungefähr zum Beginn des Jahrtausends und ist heute trotz der Krise ein Wert von 108,

in dieser Größenordnung, also eine deutliche Zunahme der Produktion. Aber, was Sie auch sehen, es gab immer wieder Krisen.

Es gab die Krise, die durch die Pleite der Lehman Brüder eingeleitet wurde, und da ist die Industrieproduktion in Österreich stark abgestürzt, und wir sehen auch in der Coronakrise dieses tief eingeschnittene V. Tiefer Einbruch einerseits, andererseits haben wir aber auch eine schnelle Erholung. Das sind hier keine Prognosedaten, sondern das ist die tatsächliche Performance der Industrie in Österreich.

Also, sie ist wieder zurückgekommen, aber leider muss man sagen, dass es schon vor der Krise, das ist ein bisschen rosarot eingefärbt, einen negativen Trend gab. Die Industrieproduktion ist seit Beginn 2019 in Österreich leicht rückläufig gewesen, und in Deutschland hat dieser Rücklauf schon früher eingesetzt.

Das heißt, wir haben mit der Rückkehr zum Trend noch nicht wirklich den Turnaround geschafft, denn was hier sichtbar wird, die Coronakrise hat in der Industrie einen kurzfristigen Einbruch erzeugt. Die Frage ist aber, wohin geht es langfristig und wenn wir nicht aus diesem negativen Trendkanal herauskommen, der sich seit Anfang 2019 zeigt, dann haben wir in Oberösterreich und in Österreich ein Problem, weil die Industrie, wie gesagt, eine so zentrale Rolle spielt.

Was uns hilft, ist der Außenhandel, das hatte ich auch schon gesagt. Was Sie hier sehen sind Wachstumsraten, auch wieder von 2020 ungefähr bis zum aktuellen Rahmen. Sie sehen, dass in den Krisenzeiten der Außenhandel einbricht. In der Lehmankrise sehen wir das, aber auch in der Coronakrise. Aber auch hier, die Krise im Außenhandel ist im Grunde vorbei. Wir sind zurückgekehrt.

Aber wir sind zurückgekehrt, auch da zu einem Trend, der schon seit Mitte 2017 eher ein rückläufiger ist. Wenn der Außenhandel schwächelt, dann bedeutet das auch für den Industriestandort Oberösterreich nichts Gutes, weil die Auslandsraten so wahnsinnig wichtig sind für den Absatz, aber nicht nur dafür. Hier sehen sie blau und rot, blau sind die Exporte und rot sind die Importe. Die Importe sind wichtig für die Vorprodukte der oberösterreichischen Industrie. Guten Zugang zu haben zu wettbewerbsfähigen Vorprodukten ist wichtig, um auf Drittmärkten preislich wettbewerbsfähig zu sein.

Die Eurozone oder die Welt hat ein ganz ähnliches Bild zu bieten. Hier sehen Sie den Welthandel, auch da starker Einbruch und starke Rückkehr, der Welthandel liegt mittlerweile bei einem Wert von 102. Im Februar, als die Krise begann, lag er bei einem Wert von 100. Das heißt, der Welthandel hat sich erholt, und das bedeutet eben, dass über den Export Stabilisierung gebracht wird und die Industrie wieder auf die internationalen Märkte setzen kann.

Vergleichen wir das mit der letzten großen Wirtschaftskrise, sehen Sie, dass es da damals viel mühseliger war. Der Einbruch war tiefer und die Erholung dauerte länger. Das sollte uns doch vorsichtig positiv stimmen, und es sollte uns auch zeigen, dass es die Rede, die man im letzten Jahr oftmals gehört hat, dass die Globalisierung uns verletzlich machen würde, und dass dieses Gerede vollkommen falsch war. Es ist genau das Gegenteil der Fall. Die Tatsache, dass der Welthandel funktioniert, sichert bei uns in der Heimat Beschäftigung und Arbeitsplätze, weil die Krise eine kurzfristige war und Lieferketten schnell repariert werden konnten, und weil die Auslandsmärkte in den USA vor allem wirklich für Dynamik sorgen.

Die Exporte der Chinesen liegen deutlich über dem Vorkrisenniveau. USA und Eurozone tun sich ein bisschen schwerer, aber Sie sehen eben die Kurzfristigkeit des Einbruchs. Bei der Industrieproduktion, wenn wir da auf die Handelspartner schauen, China und USA, dann

sehen Sie das auch. Vielleicht klicken Sie einfach weiter, da sehen Sie das auch. Ein bisschen Zeitverzögerung, und hier tut sich die Eurozone sogar etwas leichter als die USA.

Das heißt, aus dem Welthandel kommt die Stabilisierung. Wo ist das Problem? Das Problem ist, dass die Welt nicht mehr so funktioniert, wie wir es gewohnt waren, über die letzten Jahrzehnte, jedenfalls bis zur letzten großen Krise. Denn der Handel hat über viele Jahre stärker zugelegt als die Produktion. Das heißt, Unternehmen in Oberösterreich, die auf die Weltmärkte gesetzt haben, waren die Gewinner.

Der Welthandel wuchs schneller als die Produktion. Sie sehen aber, dass hier so ab 2007, schon ein bisschen vor der letzten großen Krise, dieser Globalisierungsindex nicht mehr gewachsen ist. Globalisierungsindex, hier setzt den Welthandel, hier in diesem Fall, mit der Weltindustrieproduktion in Verbindung, nicht. Immer wenn dieser Index steigt, dann wächst der Handel schneller als die Produktion. Dieser Aufwärtstrend, den wir lange hatten, der ist nun gebrochen, und schon seit vielen Jahren ist er nicht mehr intakt. Es geht sogar leicht nach unten.

Das ist für Oberösterreich eine Herausforderung, weil die oberösterreichische Industrie so spezialisiert ist, weil der Heimatmarkt viel zu klein ist, weil die Exportorientierung dazugehört zu den Wesensmerkmalen der Industrie, ist es ein Problem, wenn insgesamt die Globalisierung nicht mehr weiterkommt. Die Frage muss man sich stellen, warum ist das so? Und hier zeigt das nächste Bild, dass die Lage leider Gottes geprägt wird von zunehmenden juristischen Barrieren, Handelsbarrieren.

Was dieses Bild hier zeigt ist ein sogenannter de-jure-Globalisierungsindex. Wie hat sich die Welt jetzt, was die Regeln und rechtlichen Bedingungen angeht, weiterentwickelt? Da sehen wir, dass ziemlich zeitgleich zu dem Abbrechen dieses Globalisierungstrends, den Sie vorher gesehen haben, jetzt nicht mehr weitergegangen ist mit Liberalisierungen, mit dem Abbau von Diskriminierung, mit dem Abbau von Handelsbarrieren.

Gleichzeitig ist die Konkurrenzsituation schwieriger geworden. China, der große Aufsteiger, wie immer man das auch misst, hier ist der Anteil Chinas in Rot eingezeichnet am Weltbruttoinlandsprodukt, die Kaufkraftparitäten, da korrigiert man in der Rechnung einfach die Tatsache, dass vieles billiger ist in China als bei uns. Aber selbst, wenn wir in Dollar rechnen, das macht das nächste Bild, wir sehen diesen großen Bedeutungszuwachs Chinas.

Gleichzeitig aber sehen Sie auch, grau und blau sind die USA und die G 27, dass wir uns nicht verstecken müssen. Wir können über China durchaus mit einem gewissen Selbstbewusstsein agieren. Die Bruttoinlandsprodukte der Europäischen Union und der USA werden irgendwann einmal von jenem der Chinesen überholt werden. Aber in Summe ist sozusagen die transatlantische Wirtschaft immer noch sehr viel wichtiger als China.

Und das sieht man auch, wenn man auf Exporte schaut. Die Exporte, die die Europäische Union in die Welt liefert, als Anteil des Gesamthandels in der Welt, dieser Anteil liegt dabei etwa bei 14, 15 Prozent. Die USA und China, die kommen auf 10, 11 Prozent. Europa ist nach wie vor ein Champion, wenn wir Güter und Dienstleistungshandel miteinander betrachten. Das sind wir bei den Exporten. Bei den Importen ist das Bild ein bisschen anders, aber auch da liegt Europa vor China. Und die Europäer und die Amerikaner liegen gemeinsam deutlich vor China.

Wir brauchen also keine Angst haben. Sondern wir können, wenn wir selbstbewusst auftreten, auch gegenüber China, durchaus auch unsere eigenen Interessen und unsere eigene Position durchsetzen.

Leider ist das Vereinte Königreich aus der Europäischen Union ausgetreten. Das macht ungefähr ein Sechstel des Bruttoinlandsproduktes aus und verringert die Verhandlungsmacht, die Europa weltweit hat. Was muss passieren, damit man die Herausforderungen, die ich geschildert habe, in Oberösterreich gut angehen kann?

Ich glaube, das allerwichtigste Thema ist das Thema, wie sind die Menschen ausgebildet in diesem Land? Ich verwende hier jetzt diesen Begriff des Humankapitals. Volkswirte, Ökonomen denken gerne daran, dass Kapital, Marktkapital oder auch physisches Kapital aufgebaut werden muss. Das haben wir nicht einfach. Sondern wir brauchen Bildung. Wir brauchen Investitionen, damit dieses wichtige Kapital entstehen kann.

Nichts anderes ist so wichtig wie der Faktor Mensch. Oberösterreich hat keine Ressourcen. Man hat keine zentrale Lage, die man ausbeuten kann irgendwo zum Beispiel wie der Sueskanal. Es ist kein politisches Zentrum. Ein ressourcenarmes Land hat nur eine einzige wirklich entscheidende Ressource, und das sind die gut ausgebildeten Menschen.

Deswegen muss man immer wieder darauf hinweisen, auch wenn das ein bisschen billig ist, aber es ist nun einmal so. Ohne ein Top-Bildungssystem werden wir in Oberösterreich den Wohlstand nicht halten können. Und auch in der Industrie wird man nicht den Anschluss halten können, wenn die Menschen nicht top ausgebildet sind.

Hier darf man nicht das Mittelmaß zum Maßstab machen. Sondern hier muss man wirklich nach den Toppystem fragen. Wir brauchen ein Bildungssystem, das wirklich den neuen Herausforderungen angepasst ist. Das heißt, wir müssen uns auch trauen, radikal neu zu denken. Lebenslanges Lernen zum Beispiel. Die lebenslange Ausbildung. Das Bildungssystem, wie wir es von der Maria Theresia geerbt haben, kennt diese Prinzipien nicht. Wir haben aber durch die vorgezeigten Trends die großen Herausforderungen.

Deswegen müssen wir in neuen Partnerschaften denken. Die Wirtschaft, der Staat, die Familien müssen gemeinsam an diesen Herausforderungen arbeiten. Wir müssen uns fragen, wie wir lebenslanges Ausbilden und lebenslanges Lernen in den Institutionen abbilden können? Die Schule, die man mit 15 Jahren oder 18 Jahren verlässt, die muss sich sehr viel stärker auf die gesamte Lebenszeit der Menschen konzentrieren. Das kann aber natürlich nicht so sein, dass wir die Volksschüler genau so behandeln wie die 45 Jährigen, sondern wir brauchen hier angepasste Systeme. Das geht nur, wenn Wirtschaft, Staat und die Familien gut miteinander zusammenarbeiten.

Wir müssen uns in Oberösterreich die Frage stellen: Wie können wir uns schick machen für topausgebildete Menschen aus der ganzen Welt? Wie können wir in dem so genannten „War for Talents“, wie die Unternehmensberater sagen, die Innovatoren anreizen und nach Oberösterreich zu kommen?

Das ist ein tolles Land mit vielen Möglichkeiten. Aber darüber muss man nachdenken, dass hier die Menschen kommen, die dann auch die Industrie und die Wirtschaft mit den Oberösterreichern weiterbringen können.

Hier braucht es wirklich Mut! Da kann man auch mal was riskieren. Aber ich denke, das ist ganz klar und in tausenden Studien belegt, wenn wir uns fragen, woher kommt unser Wohlstand, dann kommt der wirklich aus der Qualifikation der Menschen, die in Oberösterreich arbeiten. Das darf man nicht vergessen, wenn wir über Investitionen sprechen, dann müssen die Investitionen vor allem in diese Richtung gehen.

Das ist natürlich nicht alles. Damit die Industrie funktionieren kann, muss sie selber natürlich auch in ihre Zukunftsfähigkeit investieren, und das bedeutet Forschung und Entwicklung. Die technologischen Veränderungen gehen immer schneller und die Forschungsergebnisse von

gestern sind heute schon überholt und nicht mehr relevant. Das bedeutet, dass es richtig ist, wenn Oberösterreich sich stark macht, Universitäten ins Land zu holen. Ich höre mit Freude, dass es eine technische Universität geben soll in Oberösterreich. Das ist genau der richtige Weg. Universitäten, Fachhochschulen und auch außeruniversitäre Forschung zum Beispiel in den Fraunhofer-Instituten, aber auch die forschenden Unternehmen, die brauchen das richtige Ökosystem, und auch da ist das Mittelmaß nicht der richtige Maßstab.

Hier müssen wir wirklich an die Top-Leader denken, denn Oberösterreich ist zurzeit noch unter den Top-Leadern, was die Löhne angeht, was die Einkommen angeht. Und wenn man dieses Ambitionsniveau hat, wenn wir diesen Standard halten wollen, dann müssen wir wirklich auch, was die Forschungslandschaft angeht, an die Spitze kommen.

Dazu braucht es auch steuerliche Anreize. Wir müssen nachdenken, wie wir es schaffen können, dass Patente in Oberösterreich bleiben und auch in Oberösterreich ausgenutzt werden und nicht in irgendwelche Steueroasen gehen. Patentboxen sind da eine Idee. Und wir müssen über Investitionen nachdenken. Da hat die Bundesregierung ein paar Dinge richtig gemacht in den letzten Monaten. Wichtig ist, dass auch investiert wird, denn Veränderungen, technologische Verbesserungen, die wirken ja nur dann in die Wirtschaft hinein, wenn auch investiert wird. Wenn es gute neue Maschinen gibt zum Beispiel, dann hat es doch nichts gebracht, es sei denn die Maschinen werden auch in die Fabriken gestellt. Das heißt, Investition gehören zentral dazu und die steuerlichen Ermöglicungen, die da notwendig sind, über die muss man weiternachdenken.

Ich habe schon davon gesprochen, dass wir uns bemühen müssen in Oberösterreich, in diesem „War for Talents“ die Gewinner zu sein. Innovatoren, Unternehmertypen nach Oberösterreich zu holen. Das ist allgemein wichtig, aber es für die Forschung und für die Entwicklung noch viel wichtiger. An den Universitäten und Forschungsstätten müssen die besten Leute arbeiten, die man kriegen kann. Da haben wir ein Problem, denn die Steuern sind hoch und die Sozialabgaben.

In Israel, in den USA, in Irland können hochproduktive Menschen, Erfinder zum Beispiel sehr viel besser leben, haben mehr vom Brutto. Hier müsste man sich fragen, ob man nicht zum Beispiel für fünf, sechs Jahre den Zuwanderern, die neu nach Oberösterreich kommen, Vorteile im steuerlichen Bereich gibt.

Wir müssen an das Ökosystem denken. Wir brauchen internationale Schulen. Ich glaube, das ist auch ganz zentral und sollte neben der technischen Universität wirklich auch ein zentrales Thema sein für die Politik. Dass die Unternehmen vernetzt sein müssen, das wissen wir. Ich glaube, das ist gut angekommen. Da ist Oberösterreich schon sehr gut.

Wo es nicht so einfach ist, ist die Frage, wie kriegen wir Start-ups, die auch in Oberösterreich existieren, wie kriegen wir die hochskaliert, dass sie wachsen können? Auch da spielen die Rahmenbedingungen, die steuerliche Behandlung eine große Rolle.

Das Thema Europa und die Welt ist zentral. Davon habe ich schon gesprochen. Wenn wir jetzt die Industrie als Stabilitätsanker in Oberösterreich haben, dann weil der Außenhandel funktioniert und die internationalen Märkte gut laufen. Deswegen müssen wir uns auch aus dem kleinen, sage ich einmal, Oberösterreich stark machen dafür, dass der europäische Binnenmarkt funktioniert.

Da gab es in den letzten 15 Jahren keine wirklichen Fortschritte mehr. Und wenn wir jetzt an die aktuelle Situation denken, was an den Grenzen passiert. Wenn wir denken, was im Frühjahr des letzten Jahres passiert ist, als es Exportrestriktion gab im Bereich Schutzkleidung zum Beispiel, dann muss man sich Sorgen machen um den europäischen Binnenmarkt.

Hier müssen wir uns in Oberösterreich und in Österreich insgesamt viel stärker engagieren. Die großen Länder Deutschland, Frankreich, die können auch mit einem schwächeren Binnenmarkt gut leben. Für ein kleines Land wie Österreich und für eine industriestarke Region Oberösterreich ist der Binnenmarkt aber zentral.

Und zwar zentral nicht nur, weil wir dort Güter verkaufen, sondern weil wir auch Vorprodukte einkaufen. Weil der Arbeitsmarkt eine zentrale Rolle spielt. Wir wollen die richtigen Leute finden, nicht nur in Oberösterreich, sondern im größeren Kontext. Und auch den Oberösterreichern Chancen geben in Europa und auch der kapitalen Marktspitze im Osten.

Über Verkehrsinfrastruktur, glaube ich, muss man nicht viel sagen. Das ist der Politik bekannt. Hier sind Oberösterreich und Österreich insgesamt ganz gut aufgestellt.

Was man vielleicht stärker machen muss, auch aus oberösterreichischer Perspektive, ist, noch in Brüssel Interessen anmelden und durchsetzen. Da geht es vor allem darum, Handelsbarrieren zu verhindern. Denn das macht die oberösterreichische Industrie schwach, wenn es nicht mehr gut gelingt, in die Auslandsbereiche gehen zu können.

Und andere Regionen haben ähnliche Probleme. Ich denke jetzt einmal an Teile Süddeutschlands zum Beispiel oder Ostwestfalen in Deutschland. Teile in Frankreich, Regionen in Norditalien, Niederlande, die ähnlich strukturiert sind wie Oberösterreich. Ich glaube, hier wäre es wichtig, dass man sich zusammenschließt und in Brüssel Druck macht, dass die Beziehungen gut bleiben für die oberösterreichische Industrie. Damit im Land die Arbeitsplätze und die Wertschöpfung weiter gedeihen.

Wenn Sie sich fragen, was sind eigentlich die großen Standortfaktoren? Da kann man auch wieder viel drüber sagen und viele Studien zitieren. Ich habe da jetzt einmal etwas mitgebracht, das wir für das deutsche Wirtschaftsministerium gemacht haben. In Kiel letztes Jahr. Und wo herausgekommen ist, dass es vier Bereiche sind, die wirklich wichtig sind. Digitale Infrastruktur. Ich glaube, da ist Oberösterreich auf einem guten Weg, aber hier ist noch viel zu tun.

Energieabgaben und Steuern. Das ist das Thema der Zukunft. Es ist nun einmal so, dass auch in Oberösterreich sehr viel energieintensive Produktion stattfindet. Da machen sich viele Unternehmen Sorgen. Das gilt für Deutschland, das gilt sicher auch in Oberösterreich. Hier muss man sehen, dass die Energiekosten niedrig bleiben.

Und dann haben wir das Thema Unternehmensbesteuerung und Bürokratielast. Das kommt hier gemeinsam als dritter Punkt. Unter den Faktoren, die entscheidend sind für den Standort und wo die Qualität, ebenfalls in Deutschland, als schlecht eingeschätzt wird. In Oberösterreich ist die Situation ein bisschen besser von der Mindestbesteuerung. Da ist sie ein bisschen niedriger als das in Deutschland der Fall ist. Aber von der Struktur der Probleme würde ich sagen, ähneln sich die Regionen. Da kann man durch die Liste gehen und sich fragen, was hat Top-Priorität? Die Endbürokratisierung kommt weit oben. Die Energiefrage kommt weit oben. Aber ganz wichtig ist das Thema Digitalisierung.

Damit, meine Damen und Herren, möchte ich es beenden lassen. Ich habe einen Überblick gegeben über die Herausforderungen, die wir sehen. Ich habe Ihnen gezeigt, wie man vor allem die internationale Einbettung, gerade auch die Wertschöpfung in Oberösterreich, stabilisieren kann und es auch tut in dieser Krise.

Ich habe ein paar Punkte aufgezeigt, die wichtig sind für die Zukunft. Um es noch einmal zu wiederholen. Das erste ist, dass wir in die Menschen investieren. Das zweite ist, dass wir die Forschung und die Entwicklung in Oberösterreich wirklich voranbringen. Und das dritte sind

dann die allgemeinen Standortfaktoren, die ohnehin, glaube ich, die Politik weit oben auf ihrer Liste hat. Vielen Dank. (Beifall)

Moderatorin **Theiner**: Ein unheimlich spannender Blick von außen und als gelernter Oberösterreicher eigentlich auch von innen auf Oberösterreich. Vielen herzlichen Dank, Professor Felbermayr. Übrigens auch im Vorhinein schon dafür, dass Sie uns in Kürze auch noch für eine Diskussion zur Verfügung stehen werden. Damit wiederhole ich gleich meine Einladung an jene, die uns von zuhause aus zuschauen, wenn Sie Fragen haben an unsere Referenten, bitte ganz einfach die Chatfunktion nützen.

Was ist Arbeit? Ich meine, eh klar, mit Arbeit verdienen wir unsere Brötchen oder sagen wir Semmeln, weil wir hier in Oberösterreich sind. Aber ist Arbeit nicht viel mehr als Einkommen? Ich kann mir vorstellen gerade im letzten Jahr. In Zeiten der Pandemie, der Kurzarbeit, des Homeoffice, der Arbeitslosigkeit haben sich ganz viele Menschen neu überlegt, wie ihr Blick auf das Thema Arbeit ausschaut. Und genau darum, was bedeutet Arbeit eigentlich, geht es bei unserer nächsten Referentin.

Prof. Dr. Lisa Herzog ist Philosophin und Sozialwissenschaftlerin. Sie ist in Nürnberg geboren. Aber sie lebt und arbeitet heute in den Niederlanden in Groningen. Sie ist dort Professorin am Centre for Philosophy, Politics and Economics. Und von genau dort ist sie uns jetzt zugeschaltet. Schönen guten Morgen bzw. goedendag, wie man, glaube ich, sagt in den Niederlanden. Grüß Gott!

**Prof. Dr. Lisa Herzog**: Guten Morgen. Hallo. Ganz herzlichen Dank für die Einladung. Schade, dass ich nicht persönlich nach Linz kommen konnte.

Was kann die Philosophie zur Zukunft der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts in Oberösterreich sagen? Ich bin natürlich keine Expertin für Oberösterreich, aber es gibt zwei Aufgaben der Philosophie. Die dann auch oft in Zusammenarbeit mit den Sozialwissenschaften daran arbeitet. Die mir hier doch relevant erscheinen.

Das eine ist das Hinterfragen von gängigen Vorstellungen und Annahmen, die wir oft aus der Vergangenheit mitschleppen, die aber möglicherweise für die Gegenwart gar nicht mehr gültig sind. Und das zweite ist das Nachdenken über Alternativen zum Status quo, auch so ein gewisses „out of the box“ denken. Das eben nicht nur versucht, bestehende Trends, Entwicklungen fortzuschreiben und zu gucken, wie kann ich darauf reagieren. Sondern auch vielleicht etwas kühner fragt, ja welche Gesellschaft wollen wir denn und wie wollen wir denn Arbeit in Zukunft auch gestalten?

Das ist auch die Gliederung meines Impulsreferats heute. Ich werde einerseits das Hinterfragen einiger Annahmen über Arbeit in den Mittelpunkt stellen. Und zweitens möchte ich einige Vorschläge in den Raum stellen, die kommen nicht nur von mir alleine, sondern das sind im Grunde zurzeit laufende Diskussionen an der Schnittstelle von Philosophie und Sozialwissenschaften über die Zukunft der Arbeit. Das Thema ist wieder sehr virulent geworden in der philosophischen Diskussion. Ich möchte dann schließen mit einigen Worten zum Verhältnis von Arbeit und Demokratie. Demokratie im klassisch, politischen Sinne.

Zur Vorstellung von Arbeit und der möglichen Notwendigkeit, sie zu hinterfragen. Ich möchte eine Reihe von Dogmen in den Raum stellen, die oft im politischen Alltag eine Rolle spielen, und wenn man dann anfängt, die Leute darauf festzunageln, wie genau meinen Sie denn das wirklich, dann kommen sofort immer wieder die Qualifizierungen, ja, ganz so ist es natürlich nicht gemeint und wir meinen noch viel mehr. Aber trotzdem, glaube ich, dass diese Ideen irgendwie sehr wirkmächtig sind. Weil dann im politischen Alltag ja der Klick sehr schnell auf die Strategien, auf die Instrumente geht, mit denen man dann mögliche Ziele erreichen kann. Und diese Grundsatzfragen dann eben doch wieder in den Hintergrund rücken. Das sind zwei

Dogmen, auf die ich eingehen möchte. Das eine ist: Hauptsache, viele Jobs. Und das zweite ist: Arbeit ist eine ökonomische Angelegenheit. Das Dritte ist: Im Arbeitsmarkt wird Leistung belohnt. Und deswegen muss man die Leistungsträger befördern.

Das möchte ich jetzt ein bisschen hinterfragen. Im zweiten Teil werde ich dann darauf eingehen, was für alternative Blickweisen auf Arbeit sich auch ergeben können und was das dann auch für Politik bedeuten kann.

Erstes Dogma: Hauptsache, viele Jobs. Natürlich stimmt es, dass es in den allermeisten Situationen besser ist, wenn es ein solides Jobangebot gibt, als wenn es hohe Arbeitslosigkeit gibt. Keine Frage. Es ist auch unter anderem deswegen wichtig und eine gute Sache, weil natürlich die Bedingungen für Lohnverhandlungen besser sind, wenn der Arbeitsmarkt boomt, als wenn sich viel zu viele Bewerberinnen und Bewerber um einige wenige Jobs prügeln müssen. Da werde ich auch später noch was dazu sagen. Aber nicht alle Jobs sind gleich gut. Herr Felbermayr hat vorhin auch schon angesprochen, dass viele Industriejobs irgendwie so als gute Jobs gelten. Die sind dauerhaft, die sind mit guten Löhnen, mit guten Sozialleistungen verbunden. Die sind in der Regel auch besser gewerkschaftlich organisiert als viele andere Jobs. Das ist ja auch kein Zufall, dass es bessere Jobs sind.

Aus Sicht der Arbeitenden machen diese Fragen natürlich einen riesen großen Unterschied. Ich nehme mal das Beispiel der prekären Beschäftigung. Auch an den Universitäten ist es ja so, dass man als Nachwuchs-Wissenschaftler/in lange immer nur zeitlich begrenzt beschäftigt ist. Ich war da zwar am privilegierten Ende, aber ich kenne es auch ein bisschen aus eigener Erfahrung, dass man immer auf das Ende des Vertrages guckt. Das macht die Lebensplanung enorm schwierig. Wenn es um prekäre Jobs in Bereichen geht, die im Hintergrundsektor stattfinden, dann ist es ja auch oft so, dass de facto die Menschen noch auf staatliche Zusatzleistungen angewiesen sind. Das heißt, eigentlich subventioniert der Staat die Unternehmen darin, relativ schlechte Arbeit zu liefern, die oft auch wenig mit Bestimmung, mit wenig Gestaltungsmöglichkeiten und so weiter einhergeht.

Insofern, das Ziel von Politik sollte nicht einfach sein, irgendwelche Arbeit zu schaffen, sondern eben „gute Arbeit“ zu schaffen. Jetzt kann man natürlich fragen, was macht denn „gute Arbeit“ eigentlich aus? Und das hat natürlich immer auch ein gewisses subjektives Element, weil nicht alle Menschen gleich sind und unterschiedliche Menschentypen, unterschiedliche Arten von Arbeit bevorzugen.

Aber es gibt auch so gewisse Elemente, die man etwas allgemeiner aus den Diskursen herausziehen kann. Das habe ich vor einiger Zeit gemacht. Mit einer Kollegin Anca Gheaus. Wir haben vier Eigenschaften von „guter Arbeit“ identifiziert. Zusätzlich zur ganzen Frage von Bezahlung, Zusatzleistungen, Rentenzahlungen und so weiter, die auch sicher wichtig sind. Aber wenn es jetzt wirklich um die Natur von Arbeit und Arbeitsplätzen geht, dann gibt es da vier Parameter, die uns wichtig erscheinen.

Das eine ist die Möglichkeit, Fähigkeiten zu entwickeln, sich weiterzuentwickeln. Und Herr Felbermayr hat vorhin auch angesprochen lebenslanges Lernen. Ich habe manchmal den Eindruck, in vielen Jobs würde den Leuten die Neugier und die Freude am Neuen regelrecht abtrainiert. Weil sie eben in Jobs stecken, in denen das gerade nicht gefragt ist, dass sie neue Fähigkeiten entwickeln. Und dann heißt es auf einmal und jetzt aber möglichst von heute auf gestern irgendwelche IT-Dinge lernen. Das sorgt dann oft für Widerstand, und ich glaube, wenn Arbeit von vornherein mitdenkt, wie Fähigkeiten entwickelt werden können, dann ist auch dieses lebenslange Lernen nicht unbedingt so eine Bedrohung, wie sie im Moment doch oft von einigen Seiten wahrgenommen wird, sondern dann ist es selbstverständlicher Teil dessen, was Arbeit eben auch ausmacht. Aber dafür braucht es dann eben auch Unterstützung, gute Schulungsmöglichkeiten und so weiter.

Ein zweiter Aspekt von „guter Arbeit“, und ich glaube, der ist durch Corona jetzt sehr, sehr vielen klar geworden, das ist das Erleben von Gemeinschaft im positiven Sinne. Nicht eine toxische Umgebung, in der man am liebsten wieder in das Homeoffice zurück würde, sondern das Zusammenarbeiten mit Kolleginnen und Kollegen, wo man auch gemeinsam gestalten kann. Weil Arbeit ist ja irgendwie auch der Raum, an dem man Gesellschaft erlebt. Das ist der Ort, an dem wir acht, teilweise mehr Stunden fünf Tage die Woche verbringen. Und wenn dort die soziale Natur des Menschen nicht ausgelebt werden kann, dann wird es sehr, sehr schwierig, weil so viel Zeit für andere Aktivitäten haben die meisten Menschen nicht mehr. Das heißt, die Frage, wie Arbeit auch aus diesem gemeinschaftlichen Aspekt heraus gut gestaltet werden kann ist auch sehr, sehr wichtig.

Dann ist ein drittes Element, dass Individuen einen sinnvollen Beitrag zum Gemeinwesen leisten können, dass sie in den Spiegel schauen können und sie sagen können: Mit meiner Arbeit tue ich was Sinnvolles und leiste einen Beitrag zur Gesellschaft. Es gab jetzt seit einigen Jahren die Debatte, die David Graeber losgetreten hat, der Anthropologe, der letztes Jahr verstorben ist, über Bullshit-Jobs.

Bullshit-Jobs sind Jobs nach Graebers Verständnis, wo die Person, die den Job hat, selber der Meinung ist, das ist eigentlich total sinnlos, und den Job bräuchte es eigentlich nicht. Da könnte man jetzt in viele Details gehen, warum solche Bullshit-Jobs entstehen. Ich glaube, es hat auch viel mit sozialer Ungleichheit zu tun, weil manche Leute extrem viel Kaufkraft haben, dann können die sich quasi Heerscharen von Leuten in Bullshit-Jobs auch halten, während andere ihre Bedürfnisse kaum befriedigen können.

Dann fehlen da Gelder für eigentlich sehr sinnvolle Formen von Arbeit. Aber es ist ja ein sehr, sehr tiefes menschliches Bedürfnis, auch Sinn in der eigenen Arbeit sehen zu können, und ich glaube, das ist auch was, wo man sich die Frage stellen muss: Wo in unserer Gesellschaft gibt es eigentlich sinnvolle, wichtige Aufgaben, die möglicherweise vom Arbeitsmarkt nicht hinreichend abgedeckt werden? Vielleicht weil es irgendwie öffentliche Güter sind, für die private Unternehmen keine Anreize haben, was auch immer. Aber dieses Erleben von Sinnhaftigkeit in der Arbeit ist sehr, sehr wichtig.

Und ein letzter Punkt, und das ist auch eigentlich damit verbunden, dass ist, dass Arbeit auch mit gesellschaftlicher Anerkennung verbunden ist. Vielleicht ein bisschen zu viel in unseren Gesellschaften, aber es ist ja noch immer so, dass unterschiedliche Jobs in sehr unterschiedlichem Maß soziales Prestige bringen, und manche sind eben die coolen Jobs, also die als attraktiv gelten, die jeder machen will und andere nicht. Da geht die gesellschaftliche Bewertung, welche Arbeit welche Form von Anerkennung erhält, teilweise auch ziemlich weg von dem, was wirklich gesellschaftlich notwendig und sinnvoll ist.

Wenn sie an die Anfangsphase der Coronakrise denken, da gab es auf einmal diesen Begriff „systemrelevante Jobs“. Das ist ganz relevant, weil systemrelevant wurde ja 2008 für Banken verwendet. Da könnte man auch viel dazu sagen, was da das Problem war, aber ich finde es sehr viel angemessener zu sagen, bestimmte Jobs, bestimmte Tätigkeiten sind systemrelevant. Aber, und das war ja auch Teil dieser medialen Aufmerksamkeit in der ersten Phase der Krise, viele dieser Jobs sind schlecht bezahlt, werden von Minderheiten, von Frauen, von Leuten mit Migrationshintergrund ausgeübt und erhalten eigentlich überhaupt nicht die gesellschaftliche Wertschätzung und auch nicht das Maß an Bezahlung, das angemessen wäre.

Wie gesagt, das Ziel von Politik sollte nicht einfach die Schaffung von irgendwelcher Arbeit sein, sondern von „guter Arbeit“. Und ich werde zum Schluss auch nochmal darauf zu sprechen kommen, wieso das auch für die Zukunft demokratischer Gesellschaften wirklich wichtig ist. Und dazu müssen auch die Unternehmen in die Pflicht genommen werden, und was ich später noch ausführen werde, die Mitsprachemöglichkeiten der Beteiligten sind oft

dafür ganz entscheidend. Wenn man wirklich vor Ort entscheiden muss, wie Arbeit gut organisiert und gemanagt werden kann.

Zweites Dogma, das ich hinterfragen möchte. Arbeit ist eine ökonomische Angelegenheit, das ist natürlich nicht falsch, aber es ist viel zu kurz gegriffen, denn so wie unsere Gesellschaften derzeit gestaltet sind, ist Arbeit der Ort außerhalb der Familie und vielleicht noch irgendwelcher Freizeitaktivitäten, an dem Menschen am intensivsten mit anderen Menschen zusammenkommen.

Wie sie die Arbeit erleben, entscheidet dann auch sehr stark darüber, wie sie Gesellschaft erleben. Wie Arbeit gestaltet ist, kann Menschen entweder zusammenbringen, also den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, oder es kann sie auseinander treiben, also eher Polarisierung stärken. Wenn zum Beispiel sich der Arbeitsmarkt extrem spaltet in gute privilegierte Jobs und prekäre Arbeit. Was dann wirklich die Form annehmen kann, dass im Grunde wieder so eine Art Feudalismus ist, aber die Dienstboten sind dann nicht mehr festangestellt, sondern sind die, die man mit der App irgendwie mit dem Handy herbeordert, damit sie die Pizza liefern oder die Wohnung putzen. Aber es ist ein extrem inegalitäres, ungleiches Verhältnis, in dem Menschen sich dann begegnen, wenn Arbeit teilweise so organisiert wird.

Warum ist es so wichtig, dass man Arbeit nicht nur ökonomisch sieht? Arbeit hat massive Auswirkungen auf ganz viele andere Bereiche. Gesundheit und damit auch Kosten im Gesundheitswesen, Umwelt, zum Beispiel die ganze Frage, wie viel pendeln notwendig ist. Geschlechtergerechtigkeit, wie können sich Paare die Familienarbeit fair aufteilen oder werden sie in ungleiche Rollenverteilung gedrängt, weil die Arbeitsmärkte auch da zu wenig Flexibilität zulassen?

Wenn Arbeit schlecht gestaltet ist, wenn es nicht gute Jobs in dem Sinne, den ich vorher beschreiben habe, sind, dann hat es oft ganz viele negative Folgen, die auch Kosten mit sich bringen jetzt im metaphorischen Sinne aber auch im ganz knallhart finanziellen Sinne.

Aber diese Kosten schlagen dann oft in anderen politischen Ressorts auf. Es ist ein riesiges Problem, wenn man Arbeit nur aus der ökonomischen Perspektive sieht und nicht eine gesellschaftliche Gesamtkostenrechnung anstellt dessen, was die unterschiedlichen Dimensionen von Arbeit eigentlich für Folgen in unterschiedlichen Bereich auch haben. Es wurde vorhin angesprochen, dass Teamarbeit notwendig ist. Ich glaube, es ist in ganz vielen Fällen auch Teamarbeit zwischen politischen Aufgabenbereichen notwendig, um Arbeit wirklich zukunftsfähig zu machen.

Drittes Dogma, das ich kritisieren möchte, das heißt, im Arbeitsmarkt wird Leistung belohnt. Ich glaube, im deutschsprachigen Raum ist das auch nochmal so ein Ding, dass wir diese Vokabel des Verdienstes haben, die einerseits verwendet wird in so einem moralischen Sinne, z.B. man verdient eine Belohnung oder eine Strafe und dann aber auch im finanziellen Sinne, wie viel verdient man monatlich? Diese sprachliche Koppelung führt glaube ich oft dazu, dass man so eine Engführung macht und glaubt, wenn ich viel Geld verdiene, dann verdiene ich das sozusagen auch im moralischen Sinne. Also irgendeine Art von Belohnung. Ich bin irgendwie ein wertvollerer Mensch oder so. Und das ist aus sehr vielen Gründen einfach komplett falsch.

Ich hatte vorhin schon angesprochen, dass viele gesellschaftlich notwendige Formen von Arbeit in Märkten wenig oder teilweise gar nicht honoriert werden, was sich eben an dieser Debatte über systemrelevante Berufe zeigt. Ein zweiter Grund, warum das falsch ist, ist, dass in Märkten Pech und Glück eine unglaublich große Rolle spielen, und das sehen wir auch jetzt wieder an der Coronakrise. Jemand, der gerade vor der Coronakrise einen festen Job bekommen hat, der muss jetzt vielleicht ins Homeoffice oder der muss jetzt mit Maske und

Schutzausrüstung arbeiten, aber viele dieser Menschen haben weiterhin Einkommen, können sich irgendwie durchwursteln, es ist nicht einfach, das will ich überhaupt nicht bestreiten. Aber es ist überhaupt kein Vergleich mit der Situation von Menschen, die jetzt ein paar Monate später auf Jobsuche gehen und sich einfach einer komplett anderen ökonomischen Lage gegenübersehen.

Es sollte ja ziemlich klar sein, dass es kein Verdienst ist, ein paar Monate früher oder später geboren worden zu sein, sondern es ist einfach Glück oder Pech, wie sich das zeitlich gestaltet im eigenen Leben. Ich glaube das wird unsere Gesellschaften noch einige Jahre, wenn nicht Jahrzehnte beschäftigen, wie man jetzt damit umgeht, dass es da Kohorten gibt, die es einfach viel schlechter erwischt haben und wie man verhindern kann, dass sich dann die Ungleichbehandlung einfach durch die Coronakrise, da lässt sich ja nicht viel daran machen im Moment, auch über Jahre und Jahrzehnte fortsetzt.

Man weiß aus ökonomischen Studien, dass Leute, die in ökonomisch schlechteren Zeiten im Job einsteigen, oft in so einer Art Pfadabhängigkeit ihr Leben lang weniger verdienen als welche, die in Boomzeiten in bestimmte Jobs gehen. Und in einer gesamtgesellschaftlichen Krise, wie es Corona ist, werden sich da auch einfach massive Gerechtigkeitsfragen auftun. Und wenn man dann so tut, als ginge da alles nur um Leistung und nicht anerkennt, dass es auch eine Frage von Glück und Pech ist und da ein bisschen mehr Solidarität geboten wäre, dann lügt man sich wirklich in die eigene Tasche.

Warum es auch falsch ist davon auszugehen, dass Märkte irgendwie per se Leistung belohnen würden, das liegt daran, dass Märkte überhaupt nicht in Stein gemeißelt sind, sondern von der politischen Gestaltung durch Gesetze, durch Regeln, aber teilweise auch durch kulturelle Faktoren, soziale Bräuche und so weiter unglaublich unterschiedliche Formen annehmen können.

Und es wurde vorhin auch schon angesprochen, weil auch unterschiedliche Punkte in unterschiedliche Richtungen gehen. Wir müssen CO<sub>2</sub> anders behandeln, wir müssen die Märkte so gestalten, dass die CO<sub>2</sub>-Kosten anders getragen werden, dass sie vermieden werden. Also die Frage nach dem CO<sub>2</sub>-Preis steht im Raum. Dann kam andererseits auch die Sorge der Unternehmen vor den Kosten, die damit einhergehen. Das sind sicher wichtige Fragen. Aber hier sind einfach Gestaltungsaufgaben da und wenn man die Märkte, in denen die Arbeit dann stattfindet, gestaltet, dann ergeben sich natürlich auch neue Parameter für Arbeit.

Und da wird im Moment oft vieles als Bedrohung gesehen, aber es sind auch unglaubliche Chancen dabei. Wenn man sich überlegt, wie viele Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien geschaffen werden könnten. Nicht indem man sie direkt durch den Staat schafft, sondern indem man die Rahmenbedingungen der Märkte ändert und dann die Unternehmen von selbst in diese Bereiche gehen werden und sich neue Unternehmen da auch gründen werden. Also diese indirekte Steuerung durch die Rahmengestaltung, das ist unglaublich wichtig.

Warum das insgesamt so wichtig ist, ist eben, dass Politik schon wirklich viel Gestaltungsmacht hat, und es gab vor der Coronakrise oft diese Haltung: there is no alternative, wir müssen uns den Märkten anpassen, wir können da nichts machen. Ich glaube, Corona hat auch gezeigt, dass Politik durchaus sehr, sehr handlungsfähig sein kann, Prioritäten setzen kann, und dass wir, glaube ich, vor der Krise zu sehr immer im Modus von wir müssen irgendwie den Märkten gehorchen waren, ohne stärker die Frage zu stellen: Wie kann Politik auch Märkte gestalten?

Das klappt vielleicht nicht immer auf Ebene von Regionen oder Ländern, da ist die europäische Ebene auch unglaublich wichtig, aber diese Gestaltungsmacht anzuerkennen und als Aufgabe

anzunehmen ist ganz, ganz zentral und dabei den holistischen Blick auf das ganze Thema zu werfen.

Soviel zur Kritik, und jetzt komme ich zum positiven Teil, wenn man so will, zur Zukunft der Arbeit. Ich stimme eigentlich in vielen Bereichen mit Herrn Felbermayr überein, dass wir die Großtrends der Zeit beachten müssen: Klimawandel, Digitalisierung, all diese Dinge, auch Demographie hat der angesprochen, wenn es um die Zukunft von Arbeitsmärkten geht.

Ich gehe davon aus, und das ist vielleicht eine sehr grundlegende Prämisse, aber die scheint mir wichtig, dass Arbeit in der Regel in Organisationen stattfinden muss. Ich glaube nicht an diese Theorien, die es teilweise gibt, dass in Zukunft Arbeit nur mehr digital in irgendwelchen Schwärmen oder sonst was erfolgen kann. Die organisiert sich nicht von selbst, die braucht auch gewisse Hierarchien. Aber die Frage ist, welche Organisationsformen mit welchen Arten von Hierarchien gute Arbeit ermöglichen?

Zweitens gehe ich davon aus, dass die Digitalisierung viele Umbrüche bringen wird, aber es ist auch vieles, das gestaltet werden kann und muss. Und viele Entscheidungen darüber müssen auch vor Ort gefällt werden. Es ist ganz zentral, dass man auch das Wissen derjenigen, die die eigentliche Arbeit machen, in diese Prozesse einbindet, dass man von denen auch hört, was bewährt sich, was bewährt sich vielleicht nicht, wie muss man die Systeme anpassen? Wenn Digitalisierung irgendwie so top down erfolgt, die Zentrale hat beschlossen, wir steigen jetzt alle auf dieses und jenes Programm um, ohne zu gucken, ja wer macht denn die eigentliche Arbeit damit und welche Erfahrungen haben die Leute damit, dann ist es eigentlich ein Desaster. Dann ist klar, dass es auf Widerstand stößt, und es ist auch klar, dass man Lösungen findet. Das Wissen, die Erfahrungen, die Kenntnisse der Arbeitenden bis ganz unten sozusagen in den Hierarchien sind gerade für so eine Transformation, wie sie die Digitalisierung mit sich bringt, unglaublich wichtig.

Drittens gehe ich davon aus, dass das nicht alles irgendwie der Markt von sich aus alleine lösen wird. Zum einen, weil der Markt selbst gestaltet werden muss, aber auch, weil innerhalb der Unternehmen, auch in den kleinen und großen Betrieben, auch weiterhin Gestaltungsfragen da sind. Es ist nicht so, dass das irgendwie deterministisch wie so ein Naturereignis laufen würde, sondern es gibt ganz viel Gestaltungsraum.

Wenn man diese Prämissen im Hinterkopf behält, dann sehe ich zwei Antwortrichtungen, wie Arbeit auch neu gedacht und weiterentwickelt werden kann. Das eine ist Demokratisierung, und das zweite ist die Frage nach öffentlicher Beschäftigung und einer Job-Garantie.

Zum einen, demokratische Arbeit, was heißt das? Diejenigen, die die Arbeit machen müssen, Mitsprache darüber haben, wie sie gestaltet wird. Im Politischen gehen wir immer davon aus, dass wenn eine Gruppe von Personen Macht über andere Personen ausübt, dass dann auch demokratische Verantwortlichkeit da sein muss. Dass es auch möglich sein muss, die abzuwählen, wenn sie überhaupt keine gute Arbeit mehr leisten. Dass neue Kandidatinnen und Kandidaten sich bewerben können, um frischen Wind in die Systeme reinzubringen.

Im wirtschaftlichen Bereich werden all diese Argumente für Demokratie oft überhaupt nicht ernst genommen, aber wenn man es durchdenkt, lassen sich viele auch genauso auf die wirtschaftliche Macht, die es in Arbeitsmärkten eben gibt, anwenden. Ein Argument dafür, wieso das so wichtig ist, das ist eben diese Tatsache, dass ganz viel Wissen und Kenntnis bei den Leuten, die die eigentliche Arbeit machen und damit relativ weit unten in den Hierarchien liegt.

Es gibt einiges an Studien dazu, und vielleicht kennen sie das auch anekdotisch aus dem Bekanntenkreis oder aus der eigenen Erfahrung. Chefinnen und Chefs sind komplett abhängig davon, was ihnen ihre Mitarbeitenden an Wissen, an Informationen weitergeben. Gute

Führung zeichnet sich eben gerade dadurch aus, dass man dieses Wissen auch berücksichtigt, dass die Leute bereit sind, es mit einem zu teilen. Und wenn man das nicht tut, wenn die Stimmung so ist, dass die Chefinnen und Chefs immer angelogen werden, dann kann das zu kompletten Fehlentscheidungen führen.

Und demokratische Partizipative der Unternehmensgestaltung ist eben ein Ansatz, um zu sagen, wir können das Wissen und die Kenntnisse der Belegschaft viel besser nutzen, wenn wir ihnen auch viel mehr Mitsprachemöglichkeiten geben. Und eben auch nicht nur auf dem Papier, und danach wird man dafür bestraft, wenn man ehrlich gesagt hat, was man darüber denkt, sondern das Ganze setzt voraus, dass es eine offene Atmosphäre gibt, in der auch Kritik geäußert werden kann und dann nicht sofort wieder Macht-Mechanismen einsetzen, sobald die ersten Äußerungen von unten kommen.

Es gibt dann oft die Sorge davor, dass Mitbestimmung Arbeit ineffizient machen würde, dass man am globalen Markt nicht mehr bestehen könnte, aber es ist überhaupt nicht so klar, ob das stimmt, dass demokratischere, partizipativere Organisationen automatisch weniger effizient wären.

Wenn das so wäre, wenn die Theorien, mit denen das oft begründet wird, stimmen würden, dann dürften auch alle europäischen Unternehmen, die irgendeine Form von Mitbestimmung haben, im internationalen Wettbewerb überhaupt nicht bestehen können, aber das tun sie, und das zeigt, die Theorien haben da offenbar gewisse blinde Flecken.

Genossenschaften sind zum Beispiel auch ein sehr erfolgreiches Modell, die sich gerade auch in Krisen oft sehr darin bewähren, Jobs zu bewahren. Und was aber trotzdem wichtig ist anzuerkennen, es ist nicht so, dass es ein Modell demokratischer Arbeit gibt, das für alle Formen von Betrieben in allen Branchen bei allen Unternehmensgrößen gleichermaßen geeignet wäre. Es gibt unterschiedliche Modelle, da wird im Moment sehr viel darüber nachgedacht, wie das aussehen kann. Es gibt die klassische Mitbestimmung, es gibt sehr viele basisdemokratische Ansätze, die dann teilweise auch mit digitalen Methoden den Teams erlauben, sich zu koordinieren.

Es gibt alle möglichen Ansätze, und ich glaube, wir sind in einer Phase, in der auch Experimente gefragt sind, was funktioniert gut für welche Branchen? Was kann man übernehmen? Was vielleicht auch nicht? Vorhin wurde angesprochen, dass Start-ups unterstützt werden sollten. Wieso sollte Politik nicht auch Unternehmen unterstützen, die zum Beispiel als Genossenschaft starten, oder auch, und da weiß man aus der Forschung, dass es oft eigentlich der produktivere Weg ist: Unternehmen, die anders begonnen haben, die sich dann aber in Genossenschaften umwandeln, zum Beispiel wenn so die erste Gründergeneration in Rente geht und die Kinder vielleicht nicht übernehmen wollen, das ist ein ziemlich erfolgversprechendes Modell, um dann auch irgendwie frischen Wind in Unternehmen zu bringen. Und das ist was, wo aber im Moment das öffentliche Bewusstsein und die Rahmenbedingungen noch nicht so gut dafür sind, wo politische Gestaltung auch unterstützen könnte.

Zweite Stoßrichtung: die Jobgarantie. Das ist im Moment ein „Buzzword“ in der ökonomischen Forschung, ein bisschen im alternativen Bereich zugegebener Maßen, das für ganz viel Wirbel sorgt. Interessanterweise ist es nichts, das aus der idealistischen Philosophie käme, sondern eigentlich kommt das aus der Makroökonomie, eine ganz wichtige Autorin ist Pavlina Tcherneva, die hat gerade ein Buch dazu veröffentlicht, und der Grundgedanke ist, dass Ökonomien gewisse Fluktuationen erleben. Derzeit wird es oft über die Arbeitslosigkeit abgefedert, also es ist die Arbeitslosigkeit, die dann steigt oder sinkt, aber es ist die Frage, ob es sinnvoll ist?

Wir haben schon gewisse antizyklische Mechanismen durch Arbeitslosengeld, aber wenn man davon ausgeht, dass Arbeit so viel mehr ist als Einkommen, dann stellt sich einfach die Frage, sollte man Arbeitslosigkeit bezahlen, muss man im gewissen Maß sicher immer tun, weil Leute einfach zwischen Jobs wechseln und so weiter.

Aber sollte man nicht auch versuchen, viel stärker Leute in Arbeit zu halten? Und diese Idee einer Job-Garantie ist, dass es einen Bereich der öffentlichen Beschäftigung gibt, der sozusagen als Rückfalloption für Individuen dient, zum Mindestlohn möglicherweise mit zeitlicher Flexibilität in Bereichen, in denen auch einfach gesellschaftlich Bedarf da ist, Pflege, Beseitigung von Umweltschäden, da gibt es alle möglichen Ideen dazu, lokal organisiert, weil lokal die Bedürfnisse klar sind, könnte dann auch verbunden werden mit Weiterbildung, mit ehrenamtlicher Arbeit und so weiter.

Natürlich müsste man so was so gestalten, dass es nicht reguläre Arbeit verdrängt. Aber ich glaube, das ist durchaus möglich, und man muss sich dann sehr genau anschauen, wie die Übergänge gestaltet sind zwischen so möglicher öffentlicher Beschäftigung und dann in Übergang in privatwirtschaftlicher Beschäftigung oder in Jobs in der öffentlichen Verwaltung oder so, die es sowieso schon gibt.

Und auch da, glaube ich, braucht es Experimente. Wir brauchen Pilotstudien in dem Bereich, um zu sehen, wie man das gut gestalten kann. Wenn das gelänge, dann könnte das auch eine sehr positive Auswirkung darauf haben, wie denn für Menschen in anderen Jobs wirklich die Mitsprache in den Unternehmen aussieht. Genau weil es dann immer eine Rückfalloption gibt.

Dann kann ich immer sagen, okay, wenn ich hier ganz schlecht behandelt werde, dann gehe ich in diesen öffentlichen Beschäftigungsbereich und orientiere mich neu und schau, was ich dann als nächstes mache. Und das gibt Individuen auch eine Art von Freiheit, die dann auch erlaubt, frei zu sprechen, wie das derzeit in vielen Unternehmen nicht der Fall ist.

Ich komme zum Schluss: Ganz kurz noch: Warum ist diese Gestaltung der Arbeitswelt auch so wichtig für die Zukunft der Demokratie? In der philosophischen Debatte war das schon lange immer ein Thema, das ist eigentlich ein sehr naheliegender Gedanke, zu sagen, je demokratischer Arbeit organisiert ist, umso mehr können Menschen lernen, sich in demokratische Entscheidungsprozesse einzubringen, sie erleben auch durchaus, was da dann schwierig und mühsam ist und so, aber sie lernen, was es heißt zu diskutieren, Kompromisse zu finden, wie man solche Diskussionsprozesse auch gestaltet. Und diese Fähigkeiten können sie dann auch in den politischen Bereich tragen. Sie werden sozusagen zu besseren Bürgerinnen und Bürgern, weil sie das alles eingeübt haben.

Also, da steckt so ein empirischer Gedanke dahinter, dass man Tugenden eben auch einüben muss und nicht einfach irgendwie durch abstrakte Theorie erwerben kann. Aber es gab bisher verschiedene Versuche, auch empirisch zu untersuchen. Es ist dann so, dass Leute, die in der Arbeit mehr Mitbestimmung erleben, dann auch irgendwie eben politisch aktiver sind, es war alles so ein bisschen unklar, gab unterschiedliche Richtungen, aber ich möchte Sie auf eine Studie verweisen zum Schluss, die ganz aktuell ist und in dem Zusammenhang doch sehr, sehr interessant ist, es ist die Leipziger Autoritarismusstudie von 2020. Da haben die Forscherinnen und Forscher ein Konstrukt eingeführt, das heißt „Industriell Sudism Chip“, also so etwas wie Bürgerschaft im Industriebetrieb. Da wurden dann Umfragepunkte aufgenommen, wie kann ich am Arbeitsplatz etwas verändern, kann ich offen über Betriebsräte und Gewerkschaften sprechen, so als Proxima für wie die Arbeitskultur insgesamt ist.

Kann ich zusammen mit KollegInnen was verändern? Das wurde dann erhoben in dieser großen Umfrage, und es hat sich gezeigt, dass das sehr signifikant positiv korreliert ist mit pro-demokratischen Haltungen und Einstellungen und negativ korreliert ist mit autoritären Denkstrukturen, Rassismus, Sexismus, Fremdenfeindlichkeit und so weiter.

Das heißt, wenn Menschen den Arbeitsplatz so erleben, dass sie sich einbringen können, dass sie ernst genommen werden, dass sie eine Stimme haben, dann sind sie auch der Demokratie gegenüber positiv eingestellt. Insofern letztlich muss man die Gestaltung der Arbeitswelt immer auch in diesem weiteren politischen Rahmen denken, und diese Aspekte, wie Individuen in der Arbeitswelt behandelt werden, sind dafür, dass wir unsere Demokratie zukunfts mächtig machen können, enorm wichtig. Ganz herzlichen Dank, und jetzt freue ich mich auf die Diskussion mit Ihnen. (Beifall)

Moderatorin **Theiner**: Ja, vielen herzlichen Dank, Frau Professor Herzog. Da waren sehr viele, sehr spannende Ansätze dabei, über die wir jetzt diskutieren können. Danke übrigens auch allen jenen, die uns von zu Hause schon Fragen zukommen haben lassen. Es gibt dafür auch eine eigene E-Mail-Adresse, die lautet: [enquete.landtag@ooe.gv.at](mailto:enquete.landtag@ooe.gv.at).

Eine erste Frage hat uns schon erreicht, und zwar von der 5A-HEL der HTL Steyr, das ist also der Matura-Jahrgang dieser Schule, und um die dreht sich auch der erste Aspekt, den die jungen Menschen einbringen in unsere Diskussion. Die Matura findet ja nach einem Jahr mit überwiegendem Home-Schooling unter Corona-Bedingungen statt, und die Klasse möchte wissen von unseren beiden Experten, ob sie denken, dass die Corona-Matura einen Einfluss auf die Zukunft des Arbeitsmarktes und der Wirtschaftsleistung haben wird, und der zweite Punkt hat auch mit der Schule und dem Schulleben und Corona zu tun, weil die Frage lautet: Wird sich das coronabedingte geringere Wechselverhalten von den Gymnasien-Unterstufen in Richtung BHS beziehungsweise auch in Richtung Lehrberufe in den nächsten Jahren bemerkbar machen?

Es steht nicht dabei, an wen unsere beiden Experten sich diese Frage richtet, darum würde ich vorschlagen. Wir fragen alle zwei. Herr Professor Felbermayr, vielleicht möchten Sie den Anfang machen?

**Prof. Dr. Gabriel Felbermayr**: Ja vielen Dank. Ich hoffe, man hört mich?

Moderatorin **Theiner**: Ja.

**Prof. Dr. Gabriel Felbermayr**: Ja, gut. Ja, Corona-Matura, also ich fürchte, dass die Kohorte von Schülerinnen und Schülern, die jetzt in dieser Corona-Zeit nicht die volle Qualität der Schulbildung bekommen haben, dass die über ihr komplettes Erwerbsleben Nachteile haben werden.

Ich sage das, weil es dazu relativ viel Forschung gibt. Man hat ja immer wieder Unterbrechungen vom Bildungssystem in der Geschichte schon beobachten können, ob das kriegsbedingt war oder es gab einmal große Streikquellen, die wurden untersucht, und was man da feststellen kann, ist, dass die Nachteile schlechterer Bildung sich über lange Jahre in den Verdienstmöglichkeiten der Menschen bemerkbar machen.

Das ist nicht viel. Das sind vielleicht halbe Prozente oder ein Prozent oder so. Es sind keine großen Effekte, aber sie kommen eben dann jedes Jahr wieder, und wenn man das aufakkumuliert, dann kommt man zu großen Schäden.

Mein Kollege vom IFO-Institut, Ludger Wößmann, deutscher Bildungsökonom, hat für Deutschland ausgerechnet, dass der Gesamtschaden aus diesen verschlechterten Bildungsmöglichkeiten in die Zukunft gerechnet ungefähr 3.000 Milliarden Euro beträgt für Deutschland. Das ist eine gigantische Zahl. Das ist so viel, wie das ganze deutsche BIP in einem Jahr, aber es bezieht sich natürlich auf die Erwerbsmöglichkeiten der jungen Generation. Wer heute auf den Arbeitsmarkt kommt mit achtzehn oder neunzehn, hat ja 50 Jahre Berufsleben vor sich und diese Nachteile sich bemerkbar machen werden.

Also, ich bin in Sorge, ehrlich gesagt, und ich glaube, wir müssen uns wirklich fragen, wie man mit diesem Problem umgehen kann, denn es ist ja nicht so, dass die Generation, die jetzt auf dem Arbeitsmarkt kommt oder die jetzt in der Schule ist, dass die irgendetwas falsch gemacht hat. Die bezahlen sozusagen für den Schutz der Bevölkerung vor dem Virus, wo wir Schulen geschlossen haben oder auch auf Sparflamme gefahren haben, bezahlen die eine sehr hohe Rechnung, und ich glaube, da muss man sich schon auch mit einer der Fragen des Lastenausgleichs beschäftigen.

Also, das macht mir Sorgen. Man wird natürlich gucken oder jetzt schauen auf den Universitäten, dass es keine Nachteile gibt für die Person, die jetzt aus der Matura oder dem Abitur kommt, also, da kann man vieles anpassen, aber das wird nicht ausreichen.

Und die zweite Frage an mich, hab ich nicht ganz verstanden, ehrlich gesagt, der Wechsel zwischen den Schultypen, also, mein Gefühl ist, dass für die Schüler, die noch nicht am Ende des Bildungsweges sind, dass da sozusagen die Ausweichwege größer sein werden, also, dass man da nachholen kann in den nächsten Schuljahren, was in diesem Corona-Schuljahr verloren gegangen ist, das sind sozusagen die Ausgleichswege da, ich weiß es nicht, was man sozusagen halten muss davon, dass die Wechsel ein bisschen weniger stark ausgeprägt sind in den Schultypen, da kann ich mir vorstellen, dass das wirklich eine vorübergehende Sache ist und man die nächsten Wünsche nachholen, mitten in dem Schulweg steckt, glaube ich, ist mehr Anpassung möglich, als wenn man da am Ende ist.

**Moderatorin Theiner:** Vielen Dank Herr Professor Felbermayr. Kurz bitte auch noch Frau Professor Herzog. Dieser Corona-Jahrgang, der offensichtlich nicht ganz zu Unrecht fürchtet, da ins Hintertreffen geraten zu sein, welche Ideen, welche Vorschläge haben Sie für diese jungen Menschen?

**Prof. Dr. Lisa Herzog:** Ja, ich teile auch die Sorge, aber ich halte es auch nicht für eine Notwendigkeit, weil das auch ganz stark eine Frage der politischen Gestaltung sein wird, wie man jetzt damit umgeht.

Ich meine, Schulbildung ist das eine, aber vorhin wurde ja auch schon angemerkt, unsere Schulen sind nicht in jeder Hinsicht auf das 21. Jahrhundert vorbereitet. Es gibt auch viele andere Formen von Bildung oder Skills, die man in anderen Bereichen erwerben kann. Insofern, ich glaube, was sehr, sehr entscheidend sein wird, ist, welche Möglichkeiten gibt man den Leuten, bestimmte Dinge auch auf eigene Faust nachzuholen, und wie schafft man es, dass es auch sozial gerecht wird, dass da auch alle Zugang dazu haben, also, das wurde jetzt auch in der Krise viel diskutiert mit dem ganzen Home-Schooling, bei manchen familiären Hintergründen können halt die Eltern besser Hilfslehrer spielen als bei anderen, auch die materiellen Bedingungen, Zugang zum Internet, all diese Dinge sind halt doch sehr ungleich ausgeprägt.

Und was mir sehr viel Sorgen macht, ist, dass eigentlich die Ungleichheit, die eh schon da ist, was die Hintergründe angeht, die auch nicht komplett irgendwie abgeschafft werden könnte, dass die sich jetzt noch einmal verschärft, weil manche Familien halt sehr viel dafür tun können, dass ihre Kinder irgendwie noch andere Angebote kriegen und andere weniger. Ich glaube, da muss Politik auch einfach gestalten. Ich meine, es gibt, glaube ich, viele Möglichkeiten.

Was mir sehr, sehr wichtig erscheint, dass man nicht nur jetzt irgendwie so ein kognitives Verständnis von Bildung hat, dass es irgendwie um Inhalte geht, die man irgendwie in Köpfe reinbringen muss, also alter Nürnberger Trichter oder so, sondern das hat eine motivationale Komponente, das hat auch die Komponente, wen lerne ich so kennen in meinem Bildungsweg, und eine Sache, die sich da, glaube ich, sehr bewährt hat, da gibt es auch Studien dazu, auch für Minderheiten, für Frauen in männerdominierten Branchen und so weiter, das ist Mentoring

und Peer-Mentoring, also, dass man den Leuten jemand mit etwas mehr Erfahrung zur Seite stellt, wo man auch einfach Mal all die dummen Fragen stellen kann, die man vielleicht so hat.

Die sind ja meistens gar nicht dumm, aber man traut sie sich vielleicht nicht zu stellen, und ebenso dieses etwas weitere Umfeld von Bildung auch auf diese Weise dann mitdenkt, dass diejenigen, bei denen sich das familiäre Umfeld vielleicht nicht so gut leisten kann, dass die auch Zugang zu all diesen Dingen haben und zu Netzwerken, zu Empfehlungen und so.

Da kann ich mir vorstellen, dass eben gerade Mentoring-Programme, die zwischen Älteren und Jüngeren Kontakte schaffen, dass die ein ganz wichtiges Element sein könnten, vielleicht auch so Dinge wie längere Studienmöglichkeiten, vergünstigter Zugang zu Studienkrediten, einfach um zu versuchen, jetzt so lange Leute dann auch noch weiter im Bildungssystem, sondern eben in Ausbildung und Universitäten, da auch diese Kohorten wieder sozusagen auf Vordermann zu bringen, im Vergleich zu dem, was sie jetzt durch die Corona-Nachteile, was die an Nachteilen erlitten haben.

Ich glaube, dann kann man auch in den nächsten Jahren, aber das muss jetzt wirklich auch bald passieren, einiges vielleicht noch ausgleichen, was sich im Moment einfach durch die Krise und die Probleme sich nicht ganz optimal gestalten lässt.

Moderatorin **Theiner**: Vielen herzlichen Dank. Dann machen wir vielleicht eine Fragerunde hier im Saal. Ich hab da zuerst schon eine Wortmeldung bekommen. Wortmeldung eigentlich falsches Wort. Ich möchte Sie nämlich bitten, sich bei Ihren Fragen auf das Fragen zu konzentrieren und keine Co-Referate zu halten, und vielleicht auch gleich dazu zu sagen, an wen von unseren beiden Experten sich Ihre Frage richtet.

Abg. **Müllner, BA**: Ja, ich hätte gerne eine Einschätzung von beiden ReferentInnen, und zwar die 40 Stunden-Woche ist ja in Wirklichkeit nie darauf ausgelegt worden, dass beide Familieneltern diese 40 Stunden arbeiten, weil, wir wissen 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Freizeit, das heißt nicht Haushalt und 8 Stunden Schlaf, und man sieht es ja auch, es ist selten, dass beide Vollzeit arbeiten.

Wir wissen auch gleichzeitig, die Produktivität ist in den letzten Jahren, Jahrzehnten gerade durch die Digitalisierung extrem gestiegen, und in Spanien gibt es gerade ein Projekt, wo es eben darum geht, vier-Tage-Woche bei 32 Stunden, voller Entgelt, das heißt, und jetzt sage ich auch ganz bewusst, haben sich die Leute nicht verdient, sozusagen jetzt auch seine Arbeitszeitreduzierung zu bekommen, würde sehr viele Probleme in der Gesellschaft lösen, und da würde mich auch eine Einschätzung von den beiden Referenten, ExpertInnen interessieren.

Moderatorin **Theiner**: Großes Thema: 40-Stunden-Woche, Arbeitszeitreduktion. Herr Professor Felbermayr bitte.

**Prof. Dr. Gabriel Felbermayr**: Ja, großes Thema, altes Thema, nicht nur in Spanien erprobt, auch in Frankreich die 35-Stunden-Woche dort zum Beispiel. Was man da sagen kann, ist, dass man Arbeitszeit schwer vorschreiben kann. Menschen haben ja Gestaltungsmöglichkeiten.

Man kann mehr oder weniger arbeiten, je nach den eigenen Prämissen und Vorlieben und Präferenzen und nach den familiären Möglichkeiten, die es da vielleicht gibt. Es gibt da ein Privileg natürlich, das nicht alle haben. Wenn man fragt, wollen die Menschen mehr arbeiten oder weniger arbeiten, dann findet man sehr häufig, dass viele mehr arbeiten möchten.

Also, da gibt es Umfragen zum Beispiel aus dem sozioökonomischen Pendel in Deutschland. Personen, die Teilzeit beschäftigt sind, aber eigentlich einen Vollzeitjob haben wollen, und es

gibt natürlich auch immer welche, die sagen, ich möchte ein bisschen zurücktreten, ich will nicht 60 Stunden in der Woche arbeiten, sondern eher weniger.

Mein Plädoyer für die Zukunft wäre eigentlich, dass wir aufhören mit diesen Schablonen und sagen, man muss 38,5 Stunden arbeiten oder 40 oder 35, sondern dass es möglich wird, möglichst vielen Menschen Freiheitsgrade zu geben, dass sie das selbstbestimmt machen können.

Das bedeutet aber natürlich auch, dass man ein Thema angeht, dass die Frau Herzog richtig angesprochen hat, dass es eben auf dem Arbeitsmarkt auch um Macht geht, und nicht alle die Möglichkeit haben, zu sagen, ich arbeite jetzt ein bisschen weniger oder ein bisschen mehr, das ist etwas, das wir machen können wahrscheinlich. Ich kann das so und nicht, könnte sagen, ich arbeite ein bisschen weniger und nehme damit auch Verdiensteinbußen in Kauf.

Was nicht funktioniert, glaube ich, ist, zu sagen, wir arbeiten weniger und haben auch dasselbe Einkommen. Das kann ich mir kaum vorstellen. Jemand muss die Person ja auch beschäftigen. Wenn wir sagen, wir machen statt 40 Stunden 30 Stunden, aber das Gehalt soll das gleiche sein, das heißt ja, dass die Stundenlöhne um ein Viertel in die Höhe gehen müssten, und die Frage ist, ob das darstellbar ist wirtschaftlich, die Produktivität und die Entlohnung müssen zusammenpassen, wenn sich das zu sehr auseinander entwickelt, dann verlieren entweder die Unternehmen, die die Arbeitnehmer beschäftigen sollen oder ihre Wettbewerbsfähigkeit oder aber es kommt zu Arbeitslosigkeit, zu diesen hohen Löhnen können die Menschen da nicht beschäftigt werden.

Also, mein Plädoyer ist, mehr Selbstbestimmung zuzulassen und die Regeln des Arbeitsmarktes so zu gestalten, dass da auch mehr geht als jetzt, aber ich wäre vorsichtig zu meinen, man könnte die Arbeitszeit reduzieren und die Einkommen konstant halten.

Moderatorin **Theiner**: Also, die Volkswirtschaft plädiert hier für mehr Flexibilität. Jetzt bin ich sehr gespannt auf die Sicht der Philosophin.

**Prof. Dr. Lisa Herzog**: Die ist an der Stelle gar nicht so anders, weil natürlich in der besten aller möglichen Welten Individuen da sehr selbstbestimmt rangehen würden und auch wirklich von Jahr zu Jahr, je nach Lebenssituation entscheiden können, will ich gerade 60, 80 oder 100 Prozent arbeiten. Das ist natürlich ein gewisses organisatorisches Aufgabenfeld dann, das zu gestalten.

Ich sehe ein großes Problem an dieser Stelle, neben der Frage, was dann wie finanziert, auch in den ganzen kulturellen und sozialen Normen, die hier im Hintergrund mitspielen.

Ich glaube, wir brauchen da an der Stelle den Kulturwandel und nicht nur Änderungen auf der gesetzlichen Ebene. Was jetzt in Deutschland ja besonders extrem ist, ich glaube, Österreich ist in der Hinsicht auch vergleichbar, es ist halt immer noch ein Gender-Ding.

Der Mann hat die volle Karriere und die Frau macht Teilzeit, weil die Familienarbeit dazu kommt. Eine meiner Schwestern hat einmal gesagt, große Karriere für ihn, kleine Karriere für sie. Davon wegzukommen, das wollen auch eigentlich viele Paare, aber die Strukturen lassen es dann irgendwie doch nicht zu, und mit Strukturen meine ich an der Stelle eben auch, der Druck der Kollegen, auf den Mann, dann doch irgendwie mehr zu arbeiten und so weiter, also, das hat ja oft eben nicht nur den gesetzlichen, sondern auch den kulturellen und sozialen Aspekt.

In den Niederlanden ist es so, und es ist auch vieles nicht perfekt, aber in der Hinsicht, glaube ich, ist es ein gutes Modell, da ist es verhältnismäßig einfach, 60 oder 80 Prozent zu arbeiten.

Das heißt, einfach einen oder zwei Wochentage weniger und in dem Bereich, in dem die Löhne hoch genug sind, können die Leute das auch machen.

Also, absolute Lohnhöhe und Möglichkeit zur Teilzeit sind da sozusagen verwoben, und viele Familien machen es dann so, wenn die Kinder klein sind, drei Tage irgendwie Krippe oder Oma, und an einem Wochentag ist die Mutter zuhause und an einem anderen Tag ist der Vater zuhause von den fünf Arbeitstagen.

Ich glaube, das ist eine Richtung, die im Grunde sehr, sehr sinnvoll ist, dass man solche Art von Flexibilisierung ermöglicht. Von der längerfristigen Perspektive her, würde ich es schon durchaus für möglich halten, dass irgendwann auch eine 40-Stunden-Woche für alle drinnen ist. Also, die Frage ist: Wer profitiert von der Effizienzgewinnen durch die Digitalisierung? Geht das alles auf die Kapital-Seite oder bekommt die Arbeit-Seite auch einen Teil ab, und wenn ja, dann kann man sich die Frage stellen, wird es in Löhnen oder auch in Arbeitszeit vergolten?

Aber, wenn man sich die historische Entwicklung anschaut, dann hatten wir ja auch schon sechs Tage-Wochen, wir sind auf fünf gekommen. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, dass das auch möglich ist, aber das wird massiv von den Machtverhältnissen abhängen, ob das durchsetzbar sein wird.

Moderatorin **Theiner**: Herr Klubobmann Mahr hat sich zu Wort gemeldet.

Abg. KO KommR **Ing. Mahr**: Ich hätte eine Frage an den Professor Felbermayr. Warum schafft es die amerikanische Wirtschaft beziehungsweise die chinesische Wirtschaft so schnell nach einer Krise und nach jeder Krise eigentlich, auch nach neuen, nach der Finanzkrise, so schnell wieder Fahrt aufzunehmen, und was müsste die Europäische Union tun, damit wir da mithalten können?

Moderatorin **Theiner**: Herr Professor bitte.

**Prof. Dr. Gabriel Felbermayr**: Ja vielen Dank für die Frage. Naja, in den USA ist es tatsächlich so, die kommen aus den Krisen schneller raus, sie stürzen aber auch häufig auch stärker ab, wenn Sie im April und Mai gesehen haben, was mit den Arbeitslosenzahlen in den USA passiert ist, das war schon angsteinflößend, da sind ja gewaltig gestiegen, da sind zig Millionen Menschen arbeitslos geworden. Die große Flexibilität auf den Märkten führt dazu, dass die Schwankungen so hoch sind, es war der Abbruch stark, aber auch der Rückprall, dass das Wiederaufstehen relativ schnell und stark ausfällt.

In China ist die Lage natürlich insofern anders, dass China eigentlich keine wirkliche Pandemie erlebt hat, die haben das Virus in der Provinz Hubei isoliert und eingeschlossen, und sie haben es ausgehungert. Das ist in einem autokratischen Staat möglich, das kann man sich in Europa nicht vorstellen, dass die Wohnungen versiegelt wurden, wo die Menschen drinnen waren, die Armee das Essen gebracht hat, das ist unvorstellbar bei uns, es war eben hochwirksam. Insofern muss man sagen, man muss einfach sehen, wie hoch die Kosten sind, die auch bezahlt werden für diesen schnellen Rückprall in den USA, eben die hohe Flexibilität, aber auch das stärkere Abstürzen in der Akutphase der Krise, da war in China die Aufgabe von ganz zentralen Freiheitsrechten.

Was wir brauchen in Österreich und in Europa, dass wir aus der Krise Lehren ziehen, wir haben mit der Kurzarbeit in den meisten europäischen Ländern jetzt ganz gute Stabilisierungsinstrumente für den Arbeitsmarkt. Wir müssen auch sagen, dass wir auch zusehen, dass wir nach der Krise für die Stabilisierung von Unternehmen Instrumente haben, die wir bei der nächsten Krise anwenden können, ich glaube, das würde uns helfen, auch das Recovery schneller hinzukriegen als bisher, also da kann man sicherlich besser werden. Mit

den USA und China, selbst wenn die schneller aus der Krise kommen als wir, würde ich nicht tauschen wollen, um ganz ehrlich zu sein.

Moderatorin **Theiner**: Eine nächste Frage hat uns von der Abgeordneten Ulli Böker erreicht via E-Mail, wie gesagt, [enquete.Landtag@ooe.gv.at](mailto:enquete.Landtag@ooe.gv.at) ist die Adresse. Da geht es um die Zukunft der Arbeit, die viel mehr in den Mittelpunkt gebracht werden muss, in das Bewusstsein der Menschen und um Partizipationsprojekte. Da gab es offenbar in der Gemeinde von Frau Böker über zwei Jahre ein Bürgerbeteiligungsprojekt, ein Begleiter dabei war Professor Frithjof Bergmann, der auch ein Buch über die „Neue Arbeit“ geschrieben hat. Seine Thesen sind ein Drittel Lohnarbeit, ein Drittel Arbeit aus der eigenen Arbeit, der eigenen Kreativität heraus, ein Drittel Gemeinwesenarbeit. Zweitens, Arbeit die man wirklich, wirklich will. Die Frage konkret an Lisa Herzog ist, wären das Möglichkeiten, die man weiterdenken sollte?

**Prof. Dr. Lisa Herzog**: Ja auf jeden Fall, mich interessiert dann immer, wie könnte man es gesellschaftlich umgesetzt kriegen, das sind ja sehr idealistische Ansätze, ich brauche auch solche Ideale, um auch Leitlinien zu haben, wo es hingehen könnte. Diese Überlegungen, die ich auch vorgetragen habe zur Demokratisierung von Arbeit und auch zur Jobgarantie, die wollen im Grunde auch ähnliche Werte erreichen. Wenn Menschen mehr Mitspracherechte haben, dann können ganz viele Probleme dessen, wo Arbeit negativ erlebt wird, wo Menschen sich nicht einbringen können, wo Menschen micro-gemanagt werden und so weiter, die können sehr schnell vermieden werden. Das ist an der Stelle, wenn man so will, gar nicht idealistisch, sondern realistisch, wenn eine Person unkontrollierte Macht über andere Personen hat, dann geht es vielleicht bei zehn Prozent der moralischen Helden, die ganz tollen Cheffinnen und Chefs sind trotzdem gut, aber Macht neigt zu Korruption. Das ist eben auch im privatwirtschaftlichen Bereich nicht anders, deswegen ist Gegenmacht zum Beispiel durch Betriebsräte und möglicherweise auch so etwas wie Wellen der Cheffinnen und Chefs, da gibt es auch Vorschläge, die teilweise praktiziert werden.

Ein ganz wichtiger Punkt, um ganz einfach viele Negativfaktoren auszuschalten und einen Raum für positive Faktoren zu haben, man verbindet möglicherweise auch in der Reduzierung der Lohnarbeit damit Freiraum für anderen Formen von Arbeit, dann ist das eine sehr attraktive Zukunftsvision. Was mir bei all diesen Überlegungen immer sehr, sehr wichtig ist, da ist auch eine Debatte über das bedingungslose Grundeinkommen so ein Punkt. Ich glaube, wir müssen sehr aufpassen, gerade wir Akademikerinnen und Akademiker sind in Gefahr, dass man nicht von einem bestimmten Menschenbild ausgeht, wo Menschen, wenn man ihnen zwei Stunden Freizeit gibt, sofort irgendwie anfangen, etwas Kreatives zu tun, ein Gedicht zu schreiben, was auch immer, oder sich für andere einsetzen. Das ist vielleicht manchmal ein sehr privilegiertes Bild, das aus einem bestimmten Hintergrund kommt, das aber nicht immer verallgemeinerbar ist. Da ist auch diese Frage, was würden die Menschen eben mit dem Zeitgewinn machen? Da muss man auch offen sein dafür, dass sie dann auch Dinge tun, die man sehr weit fasst im Konzept und unter Arbeit durch Selbstverwirklichung fallen würde, die wollen vielleicht andere Dinge in der Freizeit machen. Da ist die Frage, ist das nicht genauso okay? Generell finde ich diese Zukunftsvision sehr, sehr wichtig, was eben enorm wichtig ist, dass man Arbeit weiter denkt als nur Lohnarbeit, dass man den gesamten gesellschaftlichen Kontext miteinbezieht, dass man Familienarbeit ernst nimmt, damit auch die ganze Geschlechtergerechtigkeitsdebatte, dass man wirklich nicht mehr davon ausgeht, welche Arbeit wichtig ist, wird uns der Markt schon zeigen, sondern dass man einen unabhängigen Maßstab entwickelt, welche Arbeit braucht unsere Gesellschaft, was ist gute Arbeit; um sich dann die Frage zu stellen, wie kann der Arbeitsmarkt gestaltet werden, um da ein Stück näher hinzukommen?

Moderatorin **Theiner**: Vielen herzlichen Dank. Im Saal hat sich Frau Landesrätin Gerstorfer zu Wort gemeldet, ich bitte um Ihre Frage.

Landesrätin **Gerstorfer, MBA**: Herzlichen Dank, wir sind in Steyr, das ist ein Industriestandort mit sechs Leitbetrieben, das sind sozusagen eine massive Dichte und eine Ballung von Industriearbeitsplätzen, die hier vorhanden sind. Aktuell ist ein Betrieb in Gefahr, gute Arbeitsplätze, vor allem von der Einkommenssituation her, gehen verloren. Parallel dazu wachsen natürlich in Oberösterreich wieder neue Arbeitsplätze dazu, die sind vorwiegend in der Dienstleistung, vorwiegend auch nicht so sehr in die Kategorie gute Arbeit einzuordnen, da ist oft eine Teilzeitbeschäftigung, oft ist auch eine befristete Beschäftigung. Wie schätzen Sie ein, dass diese Polarisierung, dieses Auseinanderdriften von guter Arbeit und von Arbeit, von der man vielleicht gerade noch leben kann, wie kann man es steuern, welche Maßnahmen kann man setzen, dass sich für mehr Menschen in Oberösterreich gute Arbeit auch ausgeht?

Moderatorin **Theiner**: An wenn von beiden dürfen wir die Frage weitergeben?

Landesrätin **Gerstorfer, MBA**: Ich glaube, da wissen beide was dazu.

Moderatorin **Theiner**: Herr Professor Felbermayr, vielleicht möchten Sie wieder den Anfang machen.

**Prof. Dr. Gabriel Felbermayr**: Ja vielen Dank, ich verfolge die Situation in Steyr natürlich, es ist auch aus der Wirtschaftsforschung bekannt, wenn Regionen industriepolitische Schocks erleiden, da gibt es auch Literatur zum Beispiel zu dem Wettbewerb aus China, der ganze Gegenden in den USA oder auch in Europa deindustrialisiert hat, dass dort sozusagen ein Wiederbeleben schwierig ist. Deswegen muss man schon, glaube ich, über Industriepolitik und Rahmenbedingungen nachdenken, die es erlauben, dass die Wettbewerbsfähigkeit in Takt bleibt. Wenn wir jetzt über MAN sprechen, da wäre es wichtig zu verstehen, was die Gründe sind, warum diese Industrie in Schwierigkeiten gerät? Erwartete Themen haben wir ja angesprochen, der technologische Wandel, die Elektromobilität, auch längerfristige Verlagerungstendenzen heraus aus Europa. In Deutschland ist es ja gar nicht so viel anders, Polarisierung auf den Arbeitsmärkten, ich glaube, dass die Dienstleistungsjobs, die wir sehen, dass die nicht zwingend schlechter sind. Der Punkt ist ja auch, sozusagen der Unterschied zwischen dem klassischen Industriebetrieb und einem Dienstleistungsjob, dass diese Unterschiede kleiner werden. Wir haben viele Dienstleistungen jetzt schon in der Industrie, aber wenn wir gewisse Branchenkennzahlen der Statistik, Kennziffern in der Statistik verwenden, dann sagen wir zu dem einen, das ist ein Industriebetrieb und das ist ein Dienstleistungsjob, in Wahrheit verschwimmen die Grenzen immer mehr.

Die Frage muss sein, wie können wir die Dienstleistungsjobs der Zukunft auch in den Rahmenbedingungen so darstellen, dass es gute Jobs sind? Frau Herzog hat es ja ganz richtig gesagt, Industriebetriebe sind ja auch deswegen oft bessere Jobs, weil dort mehr Gewerkschaftswirken stattfindet. Wie können wir gutes und konstruktives Gewerkschaftswesen in die Dienstleistungsbranche hineinbringen? Das ist eine zentrale Herausforderung, ich denke jetzt nicht an die Gewerkschaften der 70er Jahre, die vor allem auf die Löhne schauen, dann auch Jobs in Frage stellen, manchmal durch überzogene Lohnsteigerungen. Dieses konstruktive Modell, was in Oberösterreich auch gut erprobt wird, muss auch in die Dienstleistungsbranchen übertragen werden können. Wir dürfen ja eines nicht vergessen, die Industriebetriebe werden auch dann weniger, wenn wir die Trends, die wir vorher besprochen haben, nicht in den Griff bekommen, wenn wir die Standortqualität verbessern. Der Punkt ist einfach, dass wir auch Automatisierungstendenzen haben, viele der Industriebetriebe, die zwar gut bezahlt sind, sind ja nicht so toll. Wenn ich manchmal eine Fabrikhalle besichtige, dann gibt es noch immer diese sehr automatisierten Jobs, die viele von uns hier wahrscheinlich gar nicht so gerne machen würden. Die werden in Zukunft von Automaten gemacht werden, sehr viel stärker als bisher, das heißt, wir werden eine Vermarktung haben in andere Berufsfelder hinein. Da wird man sicherlich nachdenken, wie man Rahmenbedingungen setzen kann, damit dort Stabilität entsteht, dass die Menschen keine großen Zukunftssorgen haben, dass wir eine gute Aufteilung haben des Mehrwertes,

der in der Arbeit entsteht. Der Arbeitnehmer muss profitieren, in fairer Art und Weise auch der Unternehmer, der den Arbeitsplatz zur Verfügung stellt und ins Risiko geht, der muss auch profitieren. Da ist sozusagen dringend angesagt, dass wir über die Zukunft der Arbeit nachdenken, da geht es durchaus auch um die politischen Rahmensetzungen, aber in Österreich und Oberösterreich mit der Sozialpartnerschaft hat man eigentlich ein gutes Instrumentarium, das muss wahrscheinlich modernisiert werden, dass muss dienstleistungsfähig gemacht werden. Sozialpartner sind super gut im Industriebereich, wenn man in die Dienstleistungssektoren geht, dann ist die Gestaltungsmacht, die sie haben, die Wirksamkeit deutlich geringer. Es müssen sich die Sozialpartner neu erfinden, diese neue Realität auch annehmen, es kann nämlich nicht sein, bestehende Industriebereiche einfach zu schützen. Ich glaube, dass das Paradigma heißen muss, nicht Jobs zu schützen, sondern die Menschen, die Arbeitnehmer zu schützen, da muss man eben auch Traditionen zulassen. Von einer Branche in die andere in einer Art und Weise, dass die Menschen mitgenommen werden, dass sie sich nicht alleine gelassen fühlen, dass die wirtschaftlichen Schäden in den Übergängen nicht zu groß werden.

Moderatorin **Theiner**: Vielen Dank, damit geben wir dieselbe Frage gleich weiter.

**Prof. Dr. Lisa Herzog**: Da würde ich ganz vielem zustimmen, ich möchte nur einen Aspekt hineinbringen. Was heißt es denn, dass sich Arbeit organisiert und man für gute Arbeit kämpfen kann? Ich glaube, da sehen wir im Moment ein Problem der praktisch gelebten Solidarität, jetzt wo viele im Homeoffice arbeiten, erleben wir das noch viel krasser. Und zwar Folgendes, die klassischen Industriebereiche, da hatte man körperliche Nähe, einen ziemlich klaren gemeinsamen Gegner und relativ einheitliche Milieus, die Leute haben dann teilweise auch in Arbeitersiedlungen gelebt, sie waren in den kleinen Sportvereinen und so weiter. Das heißt, es war relativ klar, was man machen muss, um diese Arbeiter, das waren dann meistens die Männer, zu organisieren, es war auch klar, wie sie die Arbeitskämpfe führen können, weil klar war, was es heißt zu streiken.

Viele Formen von Dienstleistungsarbeit haben an der Stelle zwei Probleme. Das erste Problem ist, wenn man direkt mit abhängigen Personen zu tun hat, zum Beispiel in der Pflege und an den Universitäten. Wenn wir unsere Studierenden vor Augen haben, zu sagen, ich bestreike jetzt meinen Arbeitgeber, gleichzeitig zu wissen, das heißt jetzt, dass Frau Meier nicht gepflegt wird oder dass ich meinen Studierenden die Abschlussarbeit nicht korrigiere. Das war mal so eine Streikform an englischen Unis, das ist psychologisch schwieriger. Es ist auch ethisch heikler zu fragen, ist das jetzt gerechtfertigt? Das heißt, das ganze Konzept Streik ist bei vielen Dienstleistungsberufen offensichtlich längst nicht so umsetzbar.

Ein Zweites ist, das kommt jetzt darauf an, was für ein Dienstleistungsjob es ist, gerade was sich da im digitalen Bereich entwickelt, das setzt ja keine physische Nähe voraus, es kann sein, dass man nur im Homeoffice ist und sich nur digital begegnet. Da gibt es dann oft unter Leuten so spontane Formen des sich Zusammenfindens, es gibt ja ganz viele Online-Netzwerke zum Beispiel für Freelance-Arbeitende, so Texter, Übersetzerinnen, was auch immer, aber auf der Basis dann Arbeit zu organisieren, Solidarität zu organisieren, Sozialpartnerschaften, das ist viel, viel herausfordernder, weil man nicht diese Einheit von Ort, Zeit, Milieu und offensichtlichen Gegner hat. Da brauchen wir noch sehr viel Kreativität der Beteiligten, der Gewerkschaften, vielleicht auch Forschung, die das begleiten dazu, wie das dann auch gelingen kann.

Ich schließe vielleicht mit einem kurzen Beispiel, was ich als sehr interessantes Beispiel für gelingende Gestaltung von Dienstleistungsarbeit finde. Es gibt in den Niederlanden einen Pflegedienstleister, BUURTZORG heißen die, die arbeiten in kleinen Teams und sind immer sehr selbstbestimmt, da entscheiden die Pflegenden in ganz hohem Maß gemeinsam, wie sie ihre Arbeit gestalten, das ist enorm erfolgreich. Ich glaube, diese Art ist viel stärker unter selbst organisierter Arbeit, die kann auch dazu beitragen im Dienstleistungsbereich interessante und

gute Arbeit zu schaffen, weil es nicht nur die Dienstleistung ist, sondern weil die Arbeitenden, zumindest die, die das wollen, dann auch eingebunden sind in das Managen dieses ganzen Bereiches. Das kann ja auch oft eine Aufwertung bedeuten, es kann dazu führen, dass man das Einkommen auch anders verteilen kann. Das sind Modelle, wo man weiterdenken kann, wo man gucken kann, was lässt sich vielleicht in andere Bereiche übertragen?

Moderatorin **Theiner**: Ich habe jetzt schon einige Fragen in der Pipeline hier im Saal, eins, zwei, drei. Zuvor aber noch eine, die uns per Mail erreicht hat von Erhard Prugger von der Wirtschaftskammer Oberösterreich, die geht jetzt direkt an Frau Professor Herzog, die die Bedeutung von Mitgestaltung, Selbstverwaltung, Mitbestimmung und Schaffung von guter Arbeit herausgestellt hat. Die Frage ist, warum ist das Thema selbständige Arbeit nicht vorgekommen, bei der die genannten Werte in besonderer Weise gelebt werden können? Dann macht er noch die Anmerkung, dass künstlich geschaffene Jobs der öffentlichen Hand in der Regel teurer sind und nicht nachhaltig, zu dem suchen Betriebe selbst in der Krise nach Arbeitskräften und finden diese nicht, also sollte der aufgezeigte Weg der künstlichen Beschäftigungsprojekte nicht Ultima Ratio für jene sein, die praktisch nicht mehr vermittelbar sind. Frau Professor Herzog bitte.

**Prof. Dr. Lisa Herzog**: Ja, was selbständige Arbeit angeht, ich habe einfach an der Stelle nicht Typen von Arbeit unterschieden, manche Formen von selbständiger Arbeit können sehr hohe Werte bei diesen Gütern der Arbeit erreichen. Wenn man selbständig ist, hängt es sehr stark davon ab, was auch die Marktbedingungen zulassen, da gibt es ja auch sehr, sehr viel Licht und sehr viel Schatten. Ich will jetzt nicht sagen, dass man sagen kann, selbständige Arbeit ist automatisch in vieler Hinsicht besser. Es gibt ja auch Konstellationen, gerade wenn es um eigene Selbständigkeit geht, wo Leute in gewisser Weise dann gefangen sind mit bestimmten Auftraggebern und so weiter, sie sich auch nicht weiter entwickeln können. Die viel beschworene Autonomie, die manche selbständigen Jobs haben, die lässt sich auch nicht immer realisieren, manche wechseln auch wieder in eine andere Form von Beschäftigung, weil sie eben diese Güter nicht realisieren können. Natürlich stimmt es generell, wenn jemand eine gute Möglichkeit findet, selbständig zu arbeiten, dann fällt einem ein riesen potentieller Problemfaktor weg, nämlich dass von oben einem vorgegeben wird, wie man zu arbeiten hat, dass diese Güter nicht berücksichtigt werden. Wobei sich kluge Chefinnen und Chefs bewusst sind, dass sie ihre Leute bei der Stange halten müssen, sie es deswegen aus eigenem Interesse schon tun sollten, aber es läuft nicht immer so.

Das andere ist, auch das ist jetzt bei Corona viel offensichtlicher, manchen ist es auch zu einsam, der Faktor Sozialität, Gemeinschaft in der Arbeit, das kommt jetzt auf die Konstellation an, wie eng man mit Kundinnen und Kunden arbeitet und so weiter. So diese Teamerfahrung, gemeinsam als Team etwas zu leisten, das ist ja eine sehr, sehr potentiell positive Erfahrung, die man bei selbständiger Arbeit, wenn man wirklich ganz allein unterwegs ist, nicht unbedingt hat.

Jetzt zur öffentlichen Beschäftigung, also ich würde mich total gegen die Begrifflichkeit wehren, dass es künstlich ist, es ist vollkommen klar, dass es Tätigkeiten gibt, die sind im gesellschaftlichen Interesse. Es ist aber auch klar, dass die finanziellen Anreize nicht so sind, dass jetzt Privatfirmen mit Gewinnerzielungsabsicht an der Stelle wild darauf sind, da was zu machen, weil sie sich einfach vorher ausrechnen, dass die Gewinnspanne zu niedrig ist. Wenn man sagt, wir haben eine Marktwirtschaft, dann sollte man sich auch nicht erwarten, dass gewinnorientierte Firmen alle gesellschaftlichen Bereiche abdecken können. Gerade in so Bereichen wie Gesundheit und Pflege, das ist einfach nicht zu erwarten, deswegen haben wir ein gemischtes System mit staatlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren. Es ist immer eine Frage der Balance, aber da ist nicht das eine künstlich und das andere natürlich, das finde ich als eine komplett irreführende Rhetorik. Ob das dann gut gestaltet sein kann, ob das ineffizient ist oder nicht, ich gebe zu, da kann auch einiges schief gehen, man muss das gut ausgestalten. Aber was wir mit Effizienz meinen, ist oft eigentlich verzerrt durch bestimmte Vorstellungen,

die sich sozusagen am jetzigen Schnappschuss dessen, was die Wirtschaft gerade so macht, orientieren, ohne ein breiteres gesellschaftliches Bild zu berücksichtigen, was denn jetzt eigentlich effizient und ineffizient für die Gesellschaft als Ganzes ist. Da könnte man lange ins Detail gehen, auch solche Maße wie das Bruttosozialprodukt, wie bestimmte Formen von Arbeit, bestimmte wirtschaftliche Aktivitäten berücksichtigen oder auch nicht berücksichtigen. Das bildet sich nicht unbedingt immer ab, was diese Dinge dann für die Gesellschaft wirklich leisten und was davon auch notwendig ist. Insofern, ich glaube es stimmt, dass man sich genau anschauen muss, kann das gut gestaltet werden. Aber man muss auch sehr genau hinschauen, sind denn die Maßstäbe, die man da anlegt, fair?

Und ich schließe vielleicht mit einem Gedanken, wenn wir einmal eine ordentliche CO<sub>2</sub>-Steuer hätten, die wirklich die Kosten des Klimawandels auf zukünftige Generationen, auf dem gesamten Globus, berücksichtigt, dann wären ganz viele Industriejobs überhaupt nicht mehr effizient. Und dann wären andere Dinge im öffentlichen Bereich wieder effizient. Das heißt, diese Vorstellung, was effizient ist und was nicht, das hängt massiv davon ab, was wir in die Kostenrechnung reinnehmen und was nicht. Und da sind wir oft relativ kurzfristig, oder hängen irgendwie alten Mustern an, die einfach nicht mehr zukunftsfähig sind.

Moderatorin **Theiner**: Vielen herzlichen Dank, die nächste Frage kommt von Gerhard Strasser, AMS Oberösterreich.

**Dir. Gerhard Straßer (Landesgeschäftsführer AMS OÖ)**: Sie haben begründet zuerst, dass es in bestimmten Qualifikationen schwierig ist, wieder Beschäftigung zu finden, außer man qualifiziert auf. Jetzt wissen wir aber alle gemeinsam, dass in bestimmten Bereichen die Qualifikation schwierig ist und wir haben auch gehört, dass in der Pandemie jetzt in der Schule das schwierig ist. Ich mache mir zum Beispiel keine Sorgen über die HTL-Maturantinnen und -Maturanten, aber sehr wohl über die Jugendlichen, die jetzt in der Schule nicht Voraussetzungen haben mit intaktem Elternhaus, mit qualifizierten Eltern, und da ist meine Frage, welche Vorschläge, speziell von Herrn Felbermayr, gibt es, außerhalb der Qualifikation, für Beschäftigung von bestimmten Personengruppen zu sorgen?

Moderatorin **Theiner**: Herr Professor Felbermayr bitte.

**Prof. Dr. Gabriel Felbermayr**: Ja, eine sehr gute Frage. Da gibt es keine wirklich leichte Antwort. Also das erste ist, spreche ich nicht so sehr über das AMS in Österreich, sondern eher über die deutschen Erfahrungen. Viele der Qualifizierungsmaßnahmen sind selber qualitativ nicht sehr gut und gehen an den Bedürfnissen oft oder zu oft vorbei. Man muss sich also fragen, wie kann man in diesen Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik besser werden. Wie können wir auch da, das was ich vorher mit Partnerschaft gemeint habe, noch stärker umsetzen? Wie kann man sozusagen die Kooperation zwischen den Unternehmen, die ja dann hoffentlich die Arbeitnehmer einstellen und den Behörden, den Arbeitsmarktverwaltern sozusagen, wie kann man die verbessern?

Das ist jetzt sozusagen eher eine Frage, die ich da stelle, als eine Antwort. Sie haben vollkommen Recht, nicht jeder kann requalifiziert werden. Wenn jemand mit Ende 50 einen Arbeitsplatz verliert, dann ist es nicht einfach zu sagen, jetzt lern mal schnell irgendetwas programmieren und dann designst du jetzt ab morgen Webseiten. Wir müssen uns sicherlich auch stärker mit der Frage auseinandersetzen, wie geht man sozusagen mit Einkommensprofilen über die Zeit um. Also wenn jemand 20 Jahre, 25 Jahre in einem Job ist und dort aufsteigt, Karriere macht, gut Geld verdient, und dann bricht aber das Geschäftsmodell weg, dann werden wir diesen Personen auch sagen müssen, es kommt eine Anschlussbeschäftigung, aber die wird nicht dieselbe Finanzierung bringen können wie das, was du vorher gemacht hast.

Ich glaube, man muss stärker in Lebenseinkommenssummen denken. Und das ist etwas, wo wir uns schwer tun. Weil wenn jemand sagt, er verdient jetzt nur mehr 70 Prozent von dem, was er vorher gemacht hat, dann wird das wahrgenommen als Abstieg, als persönliche Kränkung. Das kann ich auch verstehen. Ich glaube, wir brauchen einen Weg, damit umzugehen. Sozusagen die Qualifikation, die jemand hat, dass die zu unterschiedlichen Zeiten, den 90er-Jahren, 2000er-, 2020er-Jahren, unterschiedlich wertvoll sind. Und damit meine ich gar nicht zwingend auf dem Markt, aber natürlich auch auf dem Markt, unterschiedlich stark nachgefragt werden, unterschiedlich stark Bereitschaft finden, dem Unternehmen dafür Geld zu bezahlen.

Ich glaube, dass wir da ratlos sind ein bisschen, wie man mit dem Thema beschleunigter Obsoleszenz, beschleunigter Entwertung von bestehenden Qualifikationen umgeht. Wenn der technologische Wahnsinn schneller wird, größer wird, haben wir da ein Thema.

Und da muss man über eine Sache nachdenken auch, das ist die Frage, spezielle Bildung und Allgemeinbildung. Wir haben in Österreich und in Deutschland ja den starken Fokus auf die Wahl der Ausbildung, dass Menschen sehr früh auf den Arbeitsplatz konkret lernen, also eine Ausbildung machen, Lehre machen. Das hat sich wahnsinnig bewährt. Aber die Frage ist natürlich, wenn die Spezialisierung früh erfolgt, mit 15 schon, lernt man das Geschäft. Aber was ist, wenn dann nach 25 Jahren, 30 Jahren die Nachfrage nach diesen Tätigkeiten nicht mehr so ist, wie sie vorher war? Dann hat man sozusagen eine Überspezialisierung. Und die Frage ist, muss man nicht auch darüber nachdenken, sozusagen schon von Anfang an die Schulpflicht zu verlängern? Nicht nach dem neunten Schulpflichtjahr aus, sondern vielleicht braucht es ein zehntes oder elftes Jahr. Und die Lehre dann stärker noch begleiten mit allgemeinbildenden Angeboten, die sich weniger schnell entwerten, wenn die technologische Entwicklung rasant verläuft.

Das sind ein paar so Ideen, glaube ich, über die man einfach nachdenken muss, in einer Zeit, wo wir wahrscheinlich für viele Jahre hohe Tempi sehen werden im Bereich des technologischen Fortschritts. Und die Gefahr ist, dass eben Berufsbilder, die heute existieren, morgen jedenfalls teilweise, obsolet sind.

Ja, also die Partnerschaft mit der Wirtschaft, glaube ich, das eine, und das andere ist sozusagen wirklich neu nachdenken, wie das Bildungssystem insgesamt aufgestellt werden kann, um mit höherem Rhythmus von technologischen Veränderungen umzugehen.

Moderatorin **Theiner**: Von Landtagsdirektor Dr. Steiner habe ich die Information bekommen, dass wir jetzt im Saal auch noch Fragen von Abg. Schaller und Abg. Margreiter offen haben, mit der Frage bitte, ob man die zusammenfassen kann?

Abg. **Schaller**: Also, ich teile das, junge Menschen verstehen, wenn sie in die Arbeitswelt eintreten, immer weniger, dass es ihnen geht um einen tollen Job, wo sie viel Geld verdienen, und wo sie aber mehr oder weniger rund um die Uhr dafür arbeiten müssen, sondern, wie wir heute gehört haben, sie wollen mehr oder weniger ein gewisses Maß an Selbstverwirklichung haben.

Was mir noch auffällt, das ist das, dass auch die jungen Menschen dann kommen, selbstverwirklichen kann ich mich eigentlich nur in der Freizeit. Also das kann ich beim Sport, das kann ich beim Autotunen, das kann ich, ja der eine hat sogar gesagt beim Heilfasten im Kloster, da kann ich mich selbst verwirklichen. Mich würde interessieren, die Unternehmen, die Konzerne, die Betriebe, die sind ja ununterbrochen unterwegs auf der Suche nach neuen, jungen Talenten. Wie müsste so ein Angebot an junge Menschen ausschauen, von den Unternehmen, wie müsste so eine Anzeige ausschauen, damit das Begeisterung auslöst? Ich kenne nämlich selber keine.

Moderatorin **Theiner**: An wen konkret dürfen wir die Frage weitergeben? Oder beide? An Frau Professor Herzog, bitte.

**Prof. Dr. Lisa Herzog**: Ja herzlichen Dank, ich würde nochmal eine Unterscheidung machen wollen, weil Selbstverwirklichung kann, glaube ich, ein Spektrum von Dingen abdecken. Das eine ist irgendwie so etwas sehr Spaßbetontes, Hedonistisches, hab ich gerade den Kick, fühle ich mich gerade gut? Das andere, was aber oft, glaube ich, auch mit dem Begriff gemeint ist, das ist eher so, hab ich das Gefühl etwas Sinnvolles zu machen, da irgendwie eine Rolle ausfüllen zu können, anderen mit meiner Tätigkeit Gutes tun zu können.

Und inwieweit das erste Element in der Arbeit verwirklicht werden kann, ich glaube, manche Jobs haben da ein vielleicht höheres Potenzial als andere, aber das versuchen Firmen dann teilweise ja irgendwie durch so Dinge wie wir stellen die Tischtennisplatte hin und es gibt irgendwie schicke Smoothies in der Kantine. Also nicht jetzt grad mit Corona, aber sonst.

Was mir in der Debatte noch fehlt, das ist diese eher sinnstiftende Dimension, wo ich das Gefühl habe, ich kann wirklich was tun, wo ich dahinterstehen kann. Und in vielen Bereichen, ich hab vorhin gesagt, das ist nicht immer so, aber in vielen Bereichen ist es ja auch so, dass es auch gesellschaftliche Anerkennung bringt.

Ich glaube, dass das eigentlich was ist, was auch von Firmen viel stärker mit genutzt werden könnte sozusagen, um auch Leute zu holen. Und das wird in den letzten Jahren auch sehr stark unter diesem Stichwort Purpose diskutiert, also Zielsinn, wie auch immer. Aber wenn mir meine Firma von oben vorgibt, was mein Purpose zu sein hat, dann ist das etwas anderes, als wenn ich da eine Mitsprache habe und auch mit Kolleginnen und Kollegen im Team irgendwie auch sagen kann, ja okay, was heißt denn das konkret für uns vor Ort, wenn die Firma irgendwelche Dinge vorgibt?

Ich glaube diese ganze Purpose-Debatte, das bleibt eine total scheinheilige Feigenblatt-Debatte, wenn sie nicht damit verbunden wird, eben den Arbeitenden mehr Mitsprachemöglichkeiten zu geben. Und das hat ja dann auch viele praktische Vorteile bis hin zu so Dingen wie Arbeitszeitgestaltung, wer macht die Schichtpläne, kann man sich da selber mitbringen oder wird es irgendwie vorgegeben? All diese Dinge.

Und ich glaube, das auch als Motivation für potentielle Arbeitende zu sehen, das ist eigentlich eine riesen Chance. Aber viele Unternehmen müssten so ein bisschen über ihren Schatten springen, was natürlich auch heißt, dass sie in einem gewissen Maß Kontrolle aufgeben, sich darauf einlassen, die Leute wirklich mehr mitentscheiden zu lassen. Ich glaube, man kann nicht das eine haben, ohne auch das andere zu riskieren. Das sind nicht alle Unternehmen bereit zu tun. Aber eigentlich sehe ich da riesige Potenziale.

Moderatorin **Theiner**: Im Saal haben wir jetzt für die Abschlussrunde sozusagen noch die Abgeordneten Margreiter, Kölblinger und Klubobmann Lindner offen.

Abg. **Margreiter**: Vielen herzlichen Dank. Meine Frage richtet sich an Prof. Felbermayr. Und zwar haben Sie den Außenhandel angesprochen, der für Oberösterreich enorm wichtig ist, und hier einen Punkt, und zwar den Freihandel, wo es vor allem um den Abbau von Zollbarrieren gehen soll. Jetzt wissen wir allerdings aus sehr vielen Abkommen, dass hier durchaus Vertragsbedingungen enthalten sind, die nicht immer zum Wohle speziell der regionalen Wirtschaftsstruktur sind. Der kleinen, der Kleinstbetriebe, der mittelständischen Betriebe. Und da würde ich gern von Ihnen wissen, welchen Stellenwert räumen Sie eben genau jener Wirtschaftsstruktur ein, also der Kleinstbetriebe, der mittelständischen Betriebe, um aktuell jetzt, in Zeiten von Corona, hier sozusagen mitzuwirken und mitzuhelfen? Jetzt wo es eben um die Arbeitssituation geht, wir sehen ja anhand von Steyr, wenn ein Leitbetrieb ausfällt oder droht wegzubrechen, dann hat es natürlich auf die Beschäftigungssituation einer

Region große Auswirkungen. Wenn man hier jedoch auf eine Ausgeglichenheit schauen würde, und auch die regionale Wirtschaftsstruktur stärken würde, wär das dann nicht eine Möglichkeit, hier sozusagen von solchen Krisensituationen abzuwenden? Welchen Stellenwert räumen Sie eben genau dieser Kleinstruktur der Wirtschaft ein? Das würde mich interessieren. Danke.

**Prof. Dr. Gabriel Felbermayr:** Also es gibt eine ganz starke statistische Korrelation zwischen der Größe der Firmen, der Höhe der Löhne, der Produktivität. Und das heißt also, dass große Unternehmen sehr häufig die besseren Arbeitgeber sind. Ja, also das passt nicht ganz zusammen mit der Vorstellung, dass man sozusagen eine möglichst bunte Durchmischung haben möchte.

Klar, wenn ein großes Unternehmen wegfällt in einer Region, dann kann das eine ganze Region in die Krise stoßen, das ist richtig. Deswegen muss man sehen, dass wir Mobilitäten fördern, dass man sozusagen auch, dass Menschen zwischen den Branchen gut wechseln können, dass sie auch regional mobil sind, dass die öffentlichen Infrastrukturen dafür passen. Aber zu meinen, dass man mit einer kleinteilig organisierten Wirtschaft besser fahren würde, davor würde ich warnen. Da sprechen die empirischen Belege eigentlich, ich sage einmal, ziemlich eindeutig dagegen.

Was wir brauchen ist, dass Klein- und Kleinstunternehmen Wachstumschancen sehen und realisieren können. Viele Unternehmen starten klein, natürlich, aber sie wollen nicht klein bleiben. Sie wollen sich entwickeln, sie wollen expandieren, sie wollen Chancen, die sie haben, wahrnehmen. Und dort gibt es oft Bottlenecks, das heißt, wenn jetzt ein MAN zum Beispiel sich verkleinert oder verschwindet, dann sollte das ja Möglichkeiten geben für andere Unternehmen mit den Ressourcen, die da frei werden, mit den Ingenieuren, mit den Technikern, auch den Betriebsflächen, die knapp werden in Oberösterreich, also dass die mit diesen Ressourcen wachsen können. Und dort haben wir häufig Schwierigkeiten.

Also meine Warnung ist ein bisschen davor, small ist beautiful, ich fürchte, das stimmt so nicht. Und wofür wir sorgen müssen ist, dass sozusagen Kleinst- und Kleinunternehmen wachsen können, um dann eben auch die Größenvorteile für sich zu bekommen und für ihre Arbeitnehmer zu bekommen, die mit der Größe einfach verbunden sind.

Moderatorin **Theiner:** Vielen herzlichen Dank Herr Professor. Die nächste Frage bitte.

Abg. Bgm. **Mag. Dr. Kölblinger:** Meine Frage richtet sich an beide Vortragenden. Und zwar einerseits, es wurde erwähnt, dass die Digitalisierung ja einen erheblichen Schub ausmachen wird. Wir sehen das auch in Homeoffice-Entwicklungen. Nur ich befürchte manchmal, dass sich viele Jobs, auch in der Industrie, so wie sie heute gestaltet sind, nicht im Homeoffice abbilden werden können, denn die Personen müssen dann trotzdem in irgendeiner Art und Weise vor Ort ihre Arbeit verrichten.

Und der zweite Bereich meiner Frage bezieht sich darauf, dieser ganze Sektor, den auch Frau Prof. Herzog angesprochen hat als systemrelevanten Sektor, das sind diese ganzen persönlichen Dienstleistungen, den Überbegriff haben wir vor einem Jahr für Friseur und Fußpflege überhaupt nicht gekannt, also ich zumindest nicht, und auch jene, die in der Pflege und Kinderbetreuung tätig sind, die Handelsangestellten, übrigens auch ein überaus weiblich dominierter Sektor, wie wird sich dieser beteiligen können an den Segnungen und auch an den monetären Vorteilen, die Digitalisierung vielleicht mit sich bringt? Oder anders gefragt, in einem größeren volkswirtschaftlichen Zusammenhang, wie kann der Shift, also die Verlagerung von positiven Einkommenssituationen, die in kapitalakkumulierten größeren Industrien vorhanden sind, auch in diese Richtung hinübergehen, sodass wir hier innerhalb der Arbeitnehmerschaft einen Ausgleich finden?

Moderatorin **Theiner**: Vielen herzlichen Dank für diese Fragen, wir geben sie gleich weiter an Frau Prof. Herzog. Ich darf da nur gleich eine anhängen, die uns von der ÖVP Krenglbach erreicht hat, die auch fragt, wie es gelingen kann, zum ersten Teil Ihrer Frage, dass die Betriebe die Erfahrungen, die man jetzt mit Homeoffice gemacht hat, in die Zukunft mitnehmen. Frau Professor bitte.

**Prof. Dr. Lisa Herzog**: Ja vielen Dank. Das ist natürlich komplett richtig. Nicht alles wird sich im Homeoffice machen lassen. Ich weiß auch nicht, ob das schlimm sein muss. Viele Menschen sind eigentlich auch ganz froh, wenn es eine Trennung zwischen Arbeit und Privatleben gibt. Das ist ja in gewisser Weise auch eine ziemliche Zumutung, dass man jetzt auf einmal sein Wohn- oder Schlafzimmer in sein Arbeitszimmer verwandeln soll. Ich glaube, wir werden einen Mix sehen in Zukunft. Und es wird auch wieder sehr stark von den Machtverhältnissen und davon, wer mitsprechen darf, abhängen.

Das Recht auf Homeoffice hat natürlich viele Vorteile in Bezug auf Flexibilisierung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und so Dinge. Aber was ich als Gefahr sehe ist, dass es auch zu so einer gewissen Vereinzelung der Arbeitenden führen kann und dann eben gerade auch Solidarität untereinander, erleben von Gemeinschaft und so, reduziert und ausgedünnt werden. Und man weiß auch im Tierreich, die Anekdoten sind zahlreich, dass natürlich in vielen Bereichen dann Leute, die teils vor Ort arbeiten und teils wo anders, irgendwie Außendienst oder doch Teilzeit oder sonst wie, dass die oft ziemlich benachteiligt werden, also auf der informellen Ebene, wer bekommt welches Projekt, sonst schieben sich die, die die ganze Zeit im Büro sind, zu, und die anderen haben das Nachsehen und so.,

Ich glaube, da wird es ganz viel Gestaltungsbedarf geben, wo ganz stark die Frage sein wird, wie kann man das gerecht gestalten und den unterschiedlichen Bedürfnissen zwischen denjenigen, die eben im Homeoffice gerne auch mehr arbeiten wollen und denjenigen, die sagen, ich brauche auch das getrennte Büro, wie kann man das gestalten? Und ich würde es nicht darauf reduzieren irgendwie, gibt es ein Recht auf Homeoffice, sondern vielleicht brauchen wir auch für manche Branchen dann so etwas wie ein Recht auf Office, dass man auch sagt, nein, ich muss aber auch die Möglichkeit haben, wirklich in der Firma zu arbeiten. Also das wird, glaube ich, interessante Aufhandlungsprozesse geben.

Zu der zweiten Frage, das ist ja erstmal gar nicht unbedingt sowas Negatives, dass es eine ganze Reihe von Jobs gibt, die von der Digitalisierung sozusagen nicht bedroht sind, weil bestimmte Tätigkeiten, gerade so Pflege, Erziehung, sonst wie, sich überhaupt nicht digitalisieren lassen. Und ich meine, da gibt es unterschiedliche Szenarien, da kann Herr Felbermayr vielleicht auch mehr dazu sagen, aber es besteht auch das Potenzial, das dann solche Berufe aufwertet. Plus, ich glaube nicht daran, dass es einfach nur irgendwelche abstrakten Kräfte sind. Es wird auch da wieder von der Gestaltung abhängen. Also zum Beispiel die steuerliche Behandlung dieser Dinge. Auch so Fragen wie: gibt es möglicherweise eine Steuer auf maschinell geleistete Arbeit ab einem gewissen Punkt? Im Moment wird ja Arbeit in den meisten europäischen Ländern relativ stark besteuert. Wenn Wertschöpfung in vielen Bereichen dann zunehmend ohne Arbeit oder mit viel weniger Arbeit stattfindet, muss man das möglicherweise komplett überdenken und im Steuersystem an anderen Stellen ansetzen.

Und das kann dann auch wieder Freiräume schaffen für andere Bereiche, auch für den öffentlichen Sektor, wo eben auch viel solche Arbeit stattfindet, die nicht so leicht ersetzt werden kann. Insofern, ich glaube nicht, dass wir irgendwie darauf zielen sollten jetzt zu sagen, naja, wenn ich irgendwie den Job in der Autoindustrie digitalisieren kann, dann sollte ich auch versuchen, den Job im Kindergarten zu digitalisieren. Sondern die Frage ist, wie können wir das ausgestalten? Und möglicherweise müssten eigentlich manche arbeitslose Ingenieure in die Pflege gehen.

Da kommen dann auch so Fragen rein, Herr Felbermayr hat es vorhin angesprochen, wie denke ich mich selber, wie sehe ich mich selber in meiner Berufsbiographie, kann ich es mit meinem Ego vereinbaren, dass ich vielleicht auf einmal in einem weiblich konnotierten Berufsfeld arbeite. Das werden spannende Fragen sein, aber ich glaube, es muss überhaupt kein Nachteil sein, dass bestimmte gute Dinge nicht digitalisiert werden können und auch nicht digitalisiert werden sollten.

Moderatorin **Theiner**: Herr Prof. Felbermayr, zwei große Themengebiete wurden angesprochen, Digitalisierung und Homeoffice, bitte.

**Prof. Dr. Gabriel Felbermayr**: Ich würde sagen, Frau Kollegin Herzog hat ja schon ein paar wichtige Dinge gesagt. Ich sehe das eigentlich ganz ähnlich. Das Homeoffice führt dazu, dass die Menschen sozusagen mit ihrem Arbeitgeber alleine sind. Das ist, glaube ich, auf dem Arbeitsmarkt, wo große Verbände, die Unternehmer und der einzelne Arbeitnehmer, sich gegenüber stehen, durchaus ein Problem. Aber man kann sich auch da vorstellen, dass die Digitalisierung neue Wege aufmacht, dass wir mit Plattformmodellen, denen man beitrifft und wo man wieder rausgehen kann, Exitität schafft, sodass der Arbeitnehmer sich nicht ausbeuten lassen muss. Denn Ausbeutung geschieht ja immer dort, wo es keine Outside-Option gibt, wo ich mich als Arbeitnehmer nicht einfach umorientieren kann. Ich glaube, diese Flexibilität auf der einen Plattform anzubieten und morgen auf der anderen, oder vielleicht auf fünf Plattformen parallel, die muss nicht zum Nachteil der Arbeitnehmer sein, sodass der Trend zum Homeoffice und zu dieser stärkeren Simularisierung nicht zwingend bedeutet, dass die Arbeitnehmer Verhandlungsmacht oder Gestaltungsmacht oder am Ende auch dann Lohn- und Arbeitsqualität einbüßen.

Die Frage, die viele stellen, ist, wie können die Produktivitätsfortschritte, die durch die Digitalisierung entstehen, wie können diese möglichst vielen Menschen zugänglich gemacht werden? Ich glaube, was man da sehen muss, ist, dass indirekt durch Wachstum und indirekt durch die ansteigende Produktivität, wie zum Beispiel in der Industrie, auch andere Bereiche, die gar nicht selber digitalisieren und gar nicht selber Produktivitätsfortschritte haben, mitnutzen können. Das haben wir ja in vielen Dienstleistungssektoren heute schon. Eine Friseurin in Steyr hat ein besseres Einkommen als eine Friseurin in einem armen Land. Warum? Weil es Branchen gibt in Steyr, die gute Löhne bezahlen, und damit steigen die verfügbaren Einkommen. Diese verfügbaren Einkommen werden auch in Branchen ausgegeben, die selber gar keinen technologischen Fortschritt bei Digitalisierung und so weiter in dem Ausmaß kennen. Das heißt, diese Welle, die produktivitätssteigernd wirkt, hoffentlich, die Digitalisierung in manchen Branchen, die erfasst auch andere Branchen, die selber gar nicht digitalisieren.

Hier muss man sich auch politisch fragen, welche Rahmenbedingungen braucht es, damit dieser Mechanismus wirken kann? Wenn die Frau Herzog gefragt hat, ob wir eine Maschinensteuer brauchen, würde ich das jetzt an der Stelle eher skeptisch sehen, weil Produktion international mobil ist. Das bräuchte schon einen großen internationalen Konsens, wie wir Steuerungssysteme umstellen. Wenn man sagt, wir machen jetzt in Oberösterreich oder in Österreich eine verstärkte Unternehmensbesteuerung, weil die Digitalisierung zunächst einmal die Gewinne erhöht und nicht die Arbeitsentgelte, dann ist die Sorge, dass man damit einfach die Industrie aus dem Land jagt, die produzieren dann anderswo und importieren die Waren dann nach Österreich. Also da muss man aufpassen.

Ich glaube, dass es wichtiger ist, sicherzustellen, dass die Kaufkraft, die durch Produktivitätsfortschritte entsteht, dass die im Land bleibt, ausgegeben wird, auch in Branchen, die selber nicht digitalisieren und somit dort die Einkommensrückkehr stattfindet.

Moderatorin **Theiner**: Ein paar Minuten haben wir noch! Im Saal hat sich Klubobmann Lindner noch angekündigt, und dann hat uns noch eine Frage per E-Mail erreicht zum Abschluss.

Abg. KO **Mag. Lindner**: Zwei kurze Fragen, die erste an Herrn Prof. Dr. Felbermayr! Wir sind ja hier in Steyr, und der Ausgangspunkt der Enquete war ja auch die Situation rund um MAN. Sie haben angesprochen, dass sozusagen die aktuelle Krise keine Krise des Standorts, sondern eher eine Naturkatastrophe ist. In Steyr, bei MAN, geht es eigentlich um eine nicht nachvollziehbare unternehmerische Entscheidung bezüglich des MAN-Werkes. Was kann aus ihrer Sicht, oder muss aus ihrer Sicht eine Landes- oder Bundesregierung tun, um diese Jobs in der Region halten zu können? Das wäre meine erste Frage.

Die zweite Frage ist an Frau Prof. Dr. Herzog. Diese Krise jetzt und auch die öffentlichen Investitionen oder auch das politische Handeln jetzt entscheidet ja auch darüber, wie unsere Gesellschaft und Wirtschaft in zehn oder 20 Jahren aussehen wird. Wie müssen aus Ihrer Sicht Konjunkturprogramme, Investitionsprogramme ausgestaltet sein, damit sozusagen auch die von Ihnen angesprochenen guten Jobs entstehen können?

Moderatorin **Theiner**: Herr Professor, die erste Frage war an Sie gerichtet, MAN.

**Prof. Dr. Gabriel Felbermayr**: Ja, genau! Ich glaube, das MAN-Beispiel zeigt, dass es die Gefahr gibt, wie man in multinationalen Großkonzernen umgeht, dass diese Konzerne einzelne Regionen, einzelne Standorte, einzelne Länder gegenseitig ausspielen. Dass also MAN sagt, ich ziehe Kapazität aus Steyr ab und trage die woanders hin, und an einem anderen Standort, irgendwo in Niedersachsen, in Deutschland oder sonst wo, wird genau dieselbe Geschichte auch erzählt. Dort wird gesagt, wenn ich das und jenes nicht bekomme von den Gewerkschaften oder vom Land, dann verlagere ich meine Produktion nach Steyr.

Ich glaube, was notwendig ist in einer Welt, in der Unternehmen sehr flexibel sind, oder die Produktion von da nach dort zurück verlagern können, dass dort auch die politischen Strukturen und die Institutionen mehr netzwerken müssen, also sich fragen müssen, wie können wir politische Gestaltungswege entwickeln, die auf derselben Ebene sind wie die großen multinationalen Konzerne. Da ist sozusagen regionale und über die Standorte hinweg organisierte Zusammenarbeit notwendig.

Die Frage ist aber natürlich immer so, ein Unternehmen kann diskriminieren. Ein Unternehmen kann sagen, ich bin ein deutsches Unternehmen, und mir sind die deutschen Standorte wichtiger als die österreichischen. Da kann man dann sozusagen als österreichischer Standort wenig machen. Das heißt, versichern dagegen kann man sich am Ende des Tages nur, wenn man wirklich Loyalität herstellt zwischen einem Unternehmen und einer Region, und das passiert am besten einfach dadurch, dass die Produktivität passt, dass der Standort ein guter ist.

Ich weiß jetzt nicht, was die Probleme mit MAN im Detail verursacht. Aber wenn es sich sozusagen für MAN besonders rechnet, in Steyr zu bleiben, dann werden die das machen. Am Ende sind das natürlich auch Opportunisten, die ihre Aktionäre befriedigen müssen, und das heißt einerseits das Netzwerk über die Standorte hinweg, andererseits aber auch eine knallharte Frage immer wieder: Ist der Standort, den wir haben, wirklich für das Unternehmen super? Wenn er gut genug ist, dann werden sie bleiben. Das klingt ein bisschen billig, und das hilft ihnen jetzt wahrscheinlich nicht konkret sehr stark. Aber Investitionen in die Standortqualität zahlen sich aus und führen auch dazu, dass dieser Opportunismus, der sonst in großen Unternehmen sehr stark ist, weniger ausgeprägt ist.

Moderatorin **Theiner**: Vielen Dank, Herr Professor! Frau Prof. Herzog, die zweite Frage des Herrn Klubobmanns richtet sich an Sie. Ich bitte Sie gleich um eine relativ kompakte Antwort, wir sind eigentlich schon am Ende unserer Zeit und ich habe noch eine relativ ausführliche Frage schon länger per E-Mail stehen, die wir dann auch noch unterbringen möchten. Bitte!

**Prof. Dr. Lisa Herzog:** Und dabei ist das so eine große Frage. Dann mache ich es wirklich ganz kurz. Ich glaube im Moment ist eine ganz große Gefahr, dass in den Köpfen vieler Menschen und vieler Politiker und Politikerinnen die Vorstellung ist, der Februar 2020 ist der Normalfall, zu dem wir zurückwollen, und dass Programme und Konjunkturprogramme und so weiter sich irgendwie danach richten, einfach wieder diesen Normalzustand zu erreichen. Und nicht die Frage zu stellen: Wo wollen wir eben in zehn Jahren sein, wie Sie es gemacht haben?

Das würde dann auch heißen, sich ganz massiv die Frage zu stellen bei solchen Konjunkturprogrammen, wie kann man denn gerade junge Leute unterstützen, was muss da passieren, auch vielleicht junge Unternehmensgründungen, ich hatte eben angesprochen auch Unternehmensformen, die vielleicht nicht nur standortgewinnorientiert sind, wie kann man Sozialunternehmen auch schon bei der Gründung unterstützen? Junge Menschen sind oft auch nicht so aktive Wählerinnen und Wähler, deswegen ist das auch noch so ein gewisses Problem. Aber ich glaube, das scheint mir die größte gedankliche oder konzeptionelle Herausforderung zu sein, nicht zu denken, dass der Februar letzten Jahres das ist, wohin wir zurück wollen.

Moderatorin **Theiner:** Wenn Sie jetzt gehofft haben, dass die Abschlussfrage ein kleineres Themengebiet umfasst, muss ich Sie leider enttäuschen. Aber sie scheint mir sehr wichtig, auch weil sie mehrmals gekommen ist, unter anderem von der ÖVP Krenglbach, unter anderem auch von der Abgeordneten Ulrike Böker.

Es geht um die Aufteilung der monetären und nicht monetären Arbeit auf beiderlei Geschlechter und um das große Thema Kinderbetreuung. Wie können wir denn schaffen, dass es hier einfach gerechter zugeht auf dieser Welt? Herr Professor Felbermayr, vielleicht zuerst Sie!

**Prof. Dr. Gabriel Felbermayr:** Ja, ich bin Außenhandelsökonom, muss ich jetzt zu meiner Verteidigung sagen, und hier geht es sozusagen häufig auch um kulturelle Vorprägungen und Normen, die sich über Jahrhunderte entwickelt haben, über Arbeitsteilungen, die sich eingespielt haben zwischen Mann und Frau. Ich glaube, was man tun kann, auch politisch tun kann, ist, über gute Rahmenbedingungen nachzudenken, die den Menschen möglichst viele Freiräume geben, sich so aufzustellen in ihrer Planung, zwischen den Lebenspartnern und ihren Kindern, dass sie umsetzen können, was für sie passt. Nicht sozusagen nur Vorgaben von oben, sondern Ökosysteme, Umweltsysteme, wo die Menschen möglichst viele Freiheitsgrade haben. Da sind wir, glaube ich, in Mitteleuropa und auch in Österreich in manchen Bereich wirklich noch nicht gut. Die Betreuung von Kindern in Betriebskindergärten und Horten, überhaupt sozusagen frühkindlich schon Lösungen zu finden, wie man flexibel Kinderbetreuung organisieren kann, da glaube ich, da kann man in den skandinavischen Ländern oder in Frankreich sich etwas anschauen. Das wäre ein Thema, wo man fragen kann. Dann muss man, glaube ich, auch noch einmal nachdenken, wie man die Dinge steuerlich gestaltet. Sozusagen führt Steuerrecht immer wieder auch dazu, dass sich Arbeitsteilungsstrukturen innerhalb von Familien verfestigen. Auch das, das ist in Deutschland großes Thema, mit dem Ehegatten-Splitting, da muss man auch fragen, was ist zeitgemäß und was gehört weg, um auch da möglichst vielen Menschen zu ermöglichen, dass sie sich so aufstellen können, wie das für sie passt.

Moderatorin **Theiner:** Frau Prof. Herzog, ich darf Ihnen die Frage gleich weitergeben.

**Prof. Dr. Lisa Herzog:** Ja, also das würde ich auch unterstützen. Gute öffentliche Kinderbetreuung, auch flexibel über den Tag, nicht nur vormittags, also es gibt ganz viele Punkte, die sind eigentlich bekannt, und es fehlt der politische Umsetzungswille. Was mir auf der konzeptionellen und auf der philosophischen Ebene oft noch auffällt, ist, wenn Elternschaft irgendwie so als komparatives Projekt unter vielen anderen verstanden wird. Ich muss mein Kind optimieren, weil das muss ja dann auch auf den Arbeitsmarkt. Dann ist das natürlich noch

einmal eine Zusatzlast, die es den Familien noch schwerer macht, das alles unter einen Hut zu bekommen. Wenn dann sämtliche auf das Kind individuell zugeschnittene Dinge, wie Musikunterricht, Sportunterricht und wo weiter organisiert werden müssen, dann bleibt das im Zweifelsfall immer an den Frauen hängen, oder oft.

Ich glaube, dass wir schon auch stärker uns die Frage stellen müssen, wo kann das auch einfach durch gute öffentliche Einrichtungen abgedeckt sein. Als ich klein war, war es irgendwie total normal, dass alle Kinder einfach in die öffentliche Schule gehen und es war keine Frage, muss ich die gute Schule gegen irgendwelche andere Schulen ausspielen zu versuchen, um mein Kind da irgendwie reinzubringen? Das heißt, je besser die öffentlichen Angebote sind, vielleicht wenn die sozialen Normen auch sind, hey, es ist auch das Richtige, dass das Kind in die öffentliche Schule geht und ich nicht irgendwie versuche, durch die Erziehung meinem Kind noch irgendwelche anderen Vorteile zu erwerben, ich glaube, desto leichter wird es dann auch auf der organisatorischen Ebene besser zu vereinbaren. So können diese Mental Load, so heißt das im Englischen, also diese mentalen Zusatzaufgaben, die eben oft die Frauen benachteiligen, etwas reduziert werden. Dann eben Teilzeitflexibilität und der Wiedereinstieg nach der Teilzeit, das ist ein Riesensproblem in der Praxis in vielen Bereichen, da gab es auch in Deutschland schon Diskussionen, ob man da ein Recht auf Rückkehr noch stärker gesetzlich verankern könnte. Das sind viele dieser Hebel, und ich könnte das noch endlos weiter aufzählen, aber die Zeit ist aus. Es gibt viel zu tun, das man einfach machen müsste.

Moderatorin **Theiner**: Einfach machen! Vielen herzlichen Dank Ihnen beiden für das Dabeisein, für diesen spannenden Vormittag, für die vielen Inputs, die sie uns geliefert haben und auch dafür, dass sie sich jetzt länger als eine Stunde der Diskussion gestellt haben. Ganz liebe Grüße und noch einen schönen Nachmittag. Danke! (Beifall)

Die Arbeitswelt ist im Wandel. Das haben wir heute Vormittag schon von vielen Perspektiven gemerkt, auch im Kleinen, im Regionalen, hier in Steyr, das Stichwort MAN ist ja schon mehrmals gefallen. Und überhaupt wandelt sich die ganze Automobilindustrie, auch davon kann man hier in Steyr viele Geschichten erzählen. Immerhin steht hier das größte Verbrenner-Motorenwerk der BMW Group und dessen Chef, Dr. Alexander Susanek, wird uns am Nachmittag einen Ausblick in die Zukunft der Mobilität geben, genauso wie Prof. Dr. Ulrich Brand, der gerade eine Studie abgeschlossen hat, die über zweieinhalb Jahre gegangen ist und sich den Herausforderungen auf ökologischer, aber auch sozialer Seite in der österreichischen Automobilindustrie gewidmet hat.

Ja, und unterm Strich geht es dann nach all diesen Inputs darum: Was machen sie, die Politikerinnen und Politiker, daraus, welche Rahmenbedingungen geben sie der Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt in Oberösterreich vor? Deshalb freuen wir uns auch sehr auf eine Talkrunde mit allen vier Landtagsklubs.

Bis dahin machen wir jetzt einmal kurz Pause. Lassen Sie es sich gut gehen. Ich wünsche eine angenehme Mittagspause bis pünktlich 12.30 Uhr und wünsche Ihnen auch anregende Gespräche. Bis gleich!

Unterbrechung der Enquete (Pause): 11.38 Uhr

(Fortsetzung der Enquete: 12.36 Uhr)

Moderatorin **Theiner**: Wir starten nach der Pause mit etwas Sport, aber keine Angst, Sie brauchen nur die Hand zu heben. Schauen wir einmal: Wer von Ihnen hat denn ein Auto? Ja, das ist ziemlich alle. Wer von Ihnen hat ein benzinbetriebenes Auto? Wer ist mit Diesel-Motor unterwegs? Und wer mit Elektro, Hybrid, im weitesten Sinne alternativen Antrieben? Na doch schon einige. Jetzt wäre es natürlich spannend, wenn wir das Rad der Zeit so um zehn, 20,

30 Jahre vordrehen könnten und uns anschauen könnten, wie dann dieselbe Abstimmung hier ausgehen würde.

Wie sind wir in der Zukunft unterwegs? Nur mehr mit Stecker? Das ist die große Frage, die wir jetzt gleich weitergeben an Dr. Alexander Susanek. Er ist der Geschäftsführer des BMW-Motorenwerks hier in Steyr und damit des größten BMW-Verbrennermotorenwerks. Dieses Werk sowie die gesamte Automobilindustrie stehen vor der wohl größten Veränderung ihrer Geschichte. Herzlich willkommen. Wir sind sehr gespannt. (Beifall)

**Dr. Alexander Susanek:** Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Stanek, sehr geehrte Damen und Herren! Herzlichen Dank, dass ich heute hier bei Ihnen sein darf und mit Ihnen diskutieren darf. Ich muss sagen, ich kann mich gar nicht mehr erinnern, wann ich das letzte Mal einen Vortrag nicht in meine Kamera an meinem Laptop hineingesprochen habe, und ich bin sehr froh, dass ich mir heute keine Sorgen machen muss um die Stabilität meines WLANs und vor allem, und ich denke das ist was, was viele mit mir teilen werden, ist es natürlich was ganz anderes, wenn man in die Gesichter schauen kann, während man spricht und auch eine Rückmeldung bekommt. Das ist ja das, was wir, wenn wir am Laptop sitzen, oft so schmerzlich vermissen.

Wie Herr Professor Felbermayr bereits in seinem Impulsvortrag dargelegt hat, die Industrie ist zentral für Oberösterreich. Und auch wenn ich nicht hier aufgewachsen bin, ich lebe seit mehr als einem Jahr in Steyr, und dass man hier im Kernland des Industrielandes Österreich ist, das spürt man überall in der Stadt. Wir haben von Frau Professor Herzog gehört, dass Arbeit auch mehr ist als Geld verdienen, dass Arbeit mit Identität zu tun hat und die Identität der Region und der Industrie, vorrangig auch der Automobilindustrie, sind hier in Steyr, aber auch in Oberösterreich eng verwoben und das spürt man sehr, sehr deutlich, wenn man als Außenstehender hierher kommt.

Viel wurde von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern bereits über die Gegenwart und die Zukunft des Industrielandes Oberösterreich gesprochen, und erlauben Sie mir aber, mit einem Blick in die Vergangenheit zu starten. Im Juni 1979 erfolgte der Spatenstich für das BMW-Werk, BMW-Motorenwerk in Steyr. Damals beschäftigte BMW Steyr acht Mitarbeiter. Ja, wir haben gerade gefragt, wer welches Auto fährt. Damals gab es 2,2 Millionen Autos, die in Österreich zugelassen werden. Der eine oder andere erinnert sich vielleicht noch an sein erstes Fahrzeug, wir hatten gerade darüber gesprochen, oder eben aber auch an das Fahrzeug der Eltern. Ich glaube, mit persönlicher Mobilität hat jeder auch seine sehr persönlichen Erinnerungen.

Seitdem ist viel passiert. Im BMW-Motorenwerk in Steyr wurde nicht nur der Diesel-Motor revolutioniert, sondern auch das Werk wurde aufgebaut, wurde mehrfach ausgebaut, und dafür hat BMW viel Geld in die Hand genommen. Wir haben in den letzten vier Jahrzehnten in Österreich insgesamt 7,8 Milliarden Euro investiert, allein in den letzten drei Jahren mehr als eine Milliarde Euro und, um es vielleicht noch plastischer zu machen, im letzten Jahr jeden einzelnen Tag eine Million Euro.

Mittlerweile arbeiten 4.400 Mitarbeiter bei uns im Werk, und wenn man die gesamte Wertschöpfungskette mitbedenkt, sichert die BMW Group österreichweit mehr als 10.000 Arbeitsplätze. Die Zahl steht für Familien, die so ein Auskommen haben und eine finanzielle Absicherung. Sie steht aber auch für zahlungskräftige Kunden, für Steuern und für Abgaben. Professor Felbermayr hat ja einiges dazu ausgeführt. Und ich denke, wir können zu Recht behaupten, dass die Automobilindustrie in Oberösterreich für Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung sorgt. Und ich darf hinzufügen, auch da sind wir am Vormittag schon kurz vorbeigekommen, Professor Felbermayr hat die besondere Bedeutung auch der Industriearbeitsplätze betont, und wir haben jetzt gerade während der Corona-Krise auch

gesehen, dass es besonders krisenfeste Arbeitsplätze sind, die nicht nur gut bezahlt sind, sondern eben auch in so einer Krise robust sind.

Wenn man die Veränderungen der letzten 40 Jahre sich vor Augen führt, dann ist es beinahe unglücklich, was sich in dieser Zeit alles getan hat. Veränderung wird heute viel diskutiert. Sie ist aber für uns nichts Neues. Und trotzdem, heute und ganz aktuell befinden wir uns in dem größten Veränderungsprozess der Automobilindustrie und vor allem auch in der Automobilproduktion. Das Thema Nachhaltigkeit steht, und das völlig zu Recht, im Fokus unserer Gesellschaft. Alle bemühen sich darum, CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren, um dem menschengemachten Klimawandel entgegenzuwirken. Diese Bemühungen bedeuten nicht nur strengere Grenzwerte für unsere Verbrennungsmotoren, sondern sie führen aktuell auch zu einem sprunghaften Anstieg der Elektromobilität. Und es ist völlig klar, dass sich dieser Anstieg oder diese Entwicklung in den nächsten Jahren auch fortsetzen wird.

Die Gesellschaft gibt der Automobilindustrie und der Automobilproduktion somit einen neuen Rahmen vor, den wir als BMW Group sehr ernst nehmen. Mit weiteren Effizienzsteigerungen in unsere Benzin- und Dieselmotoren, aber auch eben mit dem starken Ausbau der Elektromobilität leistet BMW hierzu wichtige Beiträge. Gleichzeitig zu diesen Änderungen im Produkt gibt es in den Produktionsprozessen heute durch die Digitalisierung ganz neue Möglichkeiten. Datengestützte, IT-basierte Produktions- und Arbeitsprozesse sind weltweit auf dem Vormarsch, und sie helfen uns, Arbeitsaufwand zu reduzieren, unsere Arbeit besser zu machen, Qualität zu verbessern und abzusichern, und sie ändern unsere Arbeitswelt sehr deutlich. Und wir alle wissen, spätestens seit dem ersten Lockdown im letzten Jahr sind die Videokonferenzen auch in jedem Wohnzimmer angekommen.

Aber, und auch das möchte ich sagen, wir reden immer davon, dass durch die Corona-Pandemie ein so starker Digitalisierungsschub stattfindet. Ja, der findet auch statt, aber ich möchte auch klar sagen, Digitalisierung ist auch mehr als Skype- oder Zoom-Meetings und Digitalisierung ist mehr, als im Homeoffice zu arbeiten, und gerade in der Industrie geht es natürlich um ganz andere Themen. Da geht es um Verknüpfung von Daten, Datendurchgängigkeit, um künstliche Intelligenz, Dinge, die wir vielleicht aus unserem täglichen Erleben jetzt nicht so direkt vor Augen haben, wenn wir über Digitalisierung reden, und da möchte ich schon auch dafür werben, dass man immer mit einem differenzierten Blick auf das Thema Digitalisierung schaut, denn alles, was die Kommunikation betrifft, das erleben wir unmittelbar jetzt durch die Pandemie, aber das, was an industriellen Prozessen sich verändert, ist durchaus auch nochmal weiterreichend und hat eine andere Dimension, und da ist in meiner Wahrnehmung nicht sichergestellt, dass durch die Corona-Krise überall ein Schub passiert, weil das alles natürlich auch Geld kostet für die Unternehmen. Man muss investieren, und dass viele Unternehmen ihre Investitionen teilweise auch zurückfahren mussten, ich denke, da muss man sicherlich sehr genau hinschauen.

Aber diese Veränderungen, die Veränderung im Antrieb, die Veränderungen, die mit der Digitalisierung einhergehen, in unserer Branche auch das Thema autonomes Fahren, da möchte ich heute gar nicht so sehr darauf eingehen, aber alle diese Veränderungen finden gleichzeitig statt, und die bedeuten natürlich für die Unternehmen der Automobilindustrie große Herausforderungen. Gerade diese Gleichzeitigkeit fordert unsere Unternehmen sehr. Kurzum, es ist heute wichtiger denn je, zukunftsfit zu sein. Das ist eine Forderung, die wir an uns selbst richten müssen, logischerweise zukunftsfit zu sein, und trotzdem denke ich, dass wir den aktuellen Herausforderungen mit Optimismus und Tatendrang begegnen können.

Ich möchte mit Ihnen noch einmal einen Blick zurück auf die 80er Jahre werfen. Sie erinnern sich, wir waren damals mitten in der dritten industriellen Revolution. Automatisierung war das große Thema in der Produktion. Roboter hielten Einzug in viele Fertigungsbereiche, und viele Menschen hatten Angst und Sorge, dass dadurch Roboter den Menschen die Arbeit wegnehmen. Und vielleicht haben sich das auch die ersten acht Mitarbeiter damals bei BMW

in Steyr gedacht. Wenn wir heute zurückschauen, wissen wir, dass die Entwicklung anders gekommen ist. Trotz der Automatisierung oder, ich glaube richtiger gesagt, gerade wegen der Automatisierung konnten wir unglaubliche Produktivitätsfortschritte erreichen, Wohlstand kreieren, und die Beschäftigung ist nicht weniger geworden, sondern sie ist mehr geworden.

Ich glaube, das ist wichtig, dass wir uns das immer wieder vor Augen führen. Veränderungen, auch wenn sie bedrohlich erscheinen, auch wenn sie uns vor Herausforderungen stellen, sie sind nicht negativ, sie bieten auch jede Menge Chancen, und ich glaube, wenn wir zurückblicken, können wir doch bei vielen Entwicklungen feststellen, in der Regel ist unser Leben durch diese Weiterentwicklungen nicht schlechter geworden, sondern besser geworden. Der Wohlstand ist gewachsen. Die Möglichkeiten, die wir in unserem Leben haben, sind größer geworden.

Aber, und auch das ist klar, all diese Veränderungen basieren auf der Bereitschaft, sich anzupassen, mit der Zeit zu gehen, sie brauchen Kreativität und sie brauchen auch kollektive Anstrengungen, um die Chancen bestmöglich zu nutzen. Genau das muss auch heute unser Anspruch sein.

Bei BMW setzen wir auf die Vielfalt der Antriebe. Wir waren lange Jahre ein reines Verbrennungsmotorenwerk mit dem Schwerpunkt auf dem Diesel. Wir haben die Entwicklung sicherlich auch verfolgt in den letzten Jahren. Anders als ich das jetzt hier im Raum mit dem Auge wahrgenommen habe, ist der Diesel doch rückläufig in der Nachfrage der letzten Jahre, und deswegen haben wir unsere Kapazitäten umgebaut, uns auch mehr auf Benzinmotoren erweitert, was unsere Kapazitäten und unsere Kompetenzen betrifft. Aber, und auch das ist für uns ein ganz wichtiger Schritt, wir haben auch das Thema E-Mobilität bei uns mit in das Produktionsportfolio mit aufgenommen. Wir fertigen bei uns am Standort exklusiv für die BMW Group die Gehäuse für die neueste Generation unserer Elektromotoren. Das ist ein wichtiger Einstieg in die Elektromobilität. Das ist sicherlich noch nicht eine komplette Umstellung, das ist völlig klar, aber es ist ein ganz wichtiger Einstieg. Und der zeigt vor allem auch, die Kompetenzen, die wir in Jahrzehnten mit den Verbrennungsmotoren aufgebaut haben, wie wir die übertragen können und sinnvoll zur Anwendung bringen bei elektrischem Antrieb.

Wir sind heute der größte Standort für Antriebe in der BMW Group, und wir haben natürlich den Anspruch, auch in der Zukunft der führende Standort für Antriebe zu bleiben. Heute wird jeder zweite BMW weltweit, der mit einem Benzin- oder Dieselmotor ausgeliefert wird, mit einem Herz aus Steyr, mit einem Motor aus unserer Produktion, und auch ein Viertel aller Hybridmotoren wird bei uns in Steyr produziert.

Ich sagte es schon, die Investitionen in die Elektromobilität treiben wir auch voran. Wir haben allein im letzten Jahr über 25 Millionen Euro in den weiteren Kapazitätsausbau unserer Gehäuselinie investiert und werden diese Investitionen in diese Jahr auch weiter fortsetzen, weil sich der Anstieg im Bereich der E-Mobilität natürlich auch bei uns bemerkbar macht, und wollen am Standort die Kompetenzen und das Produktportfolio im Hinblick auf die E-Mobilität weiter ausführen.

Die Frage wird immer wieder gestellt, wie schnell geht denn diese Veränderung? Wie schnell finden der Rückgang eines Verbrennungsmotors und der Anstieg der E-Mobilität statt? Klar, es gibt momentan ein schnelles Wachstum der E-Mobilität, das ist klar. Aber wir sehen auch, dass der Verbrennungsmotor für die nächsten Jahre weiterhin eine wichtige Rolle spielen wird. Und ich denke, ich sage Ihnen nichts Überraschendes, die Wohn- und Lebenssituation der Menschen ist sehr unterschiedlich. Die Verfügbarkeit, die Zugänglichkeit zu Ladeinfrastruktur ist ja unterschiedlich und das Bedürfnis an individueller Mobilität, das die Menschen haben, ist eben auch unterschiedlich. Und wir sehen es als unsere Aufgabe an, unseren Kunden das Fahrzeug, den Antrieb zur Verfügung zu stellen, der am besten zu diesen Mobilitätsbedürfnissen passt. Ja, das ist unser Anspruch, und dabei wollen wir sowohl die Verbrennungsmotoren auch noch weiterentwickeln, aber eben auch die Elektromobilität

mitgestalten und somit die Automobilindustrie und auch den Industriestandort Oberösterreich voranbringen und nachhaltig festigen.

Das sind die Dinge, die wir bei uns im BMW-Werk in Steyr machen, aber wie bei allen tiefgreifenden wirtschaftlichen Veränderungen und gesamt oder gesellschaftlichen Transformationsprozessen braucht es natürlich die Zusammenarbeit aller, um diese erfolgreich zu bewerkstelligen.

Ein ganz entscheidendes Thema, und da hat Professor Felbermayr sich auch sehr klar geäußert, ist das Thema Bildung. Wenn wir zukunftsfit sein wollen, brauchen wir gut ausgebildete Menschen, Mitarbeiter, junge Menschen, aber auch ältere Menschen. Wir sind heute daran vorbeigekommen, dass wir nicht mehr davon ausgehen dürfen, und wir tun das heute ja auch schon nicht mehr, die Realität in den Betrieben ist ja schon lange nicht mehr so, dass wir nur eine Grundausbildung am Anfang des beruflichen Werdegangs machen und dann wir uns nicht mehr verändern und nicht mehr weiterbilden, sondern wir brauchen eine sehr solide Grundausbildung, und da ist es, denke ich, wichtig, und da haben wir heute Vormittag auch einiges gehört, in die Schulen zu investieren, dafür zu sorgen, dass Lust auf Technik, auf Innovation, auf Naturwissenschaften schon in der Schule vermittelt wird für Jungen und Mädchen, das möchte ich auch ganz klar sagen, dass wir gute universitäre Ausbildung haben. Ich denke, wir haben hier in Oberösterreich auch in Steyr mit den HTLs und auch mit der Fachhochschule, Professor Losbichler sitzt ja auch hier, hervorragende Bildungseinrichtungen, die einen ganz tollen Job machen. Wir profitieren als Standort ganz klar davon, wir sind aber auch darauf angewiesen. Und das gilt es für die Zukunft weiter zu stärken und weiter zu entwickeln, und in dem Zusammenhang begrüße ich auch außerordentlich die Investition in die neue Digitaluniversität, die in Österreich in den nächsten Jahren entstehen soll.

Aber wir tun natürlich auch einiges bei uns im Unternehmen. Wir haben gerade Anfang des Jahres eine Investition in ein neues Aus- und Weiterbildungszentrum bekannt gegeben, wo wir jetzt fünf Millionen Euro investiert haben und Schritt für Schritt Aus- und Weiterbildung dort weiterentwickeln und ausbauen werden. Es ist bewusst ein Aus- und Weiterbildungszentrum, weil wir eben heute davon ausgehen, Ausbildung ist nicht ein einmaliger Vorgang, sondern sie wird uns das gesamte Berufsleben begleiten, dass man sich weiterentwickelt, dass man up-to-date bleibt, dass man den zukünftigen Anforderungen an das Arbeitsleben gewachsen ist.

Aber darüber hinaus muss uns bewusst sein, Transformation bedeutet eben auch, nicht immer nur das zu tun, was in der Vergangenheit gut funktioniert hat, und nur am Existierenden festzuhalten ist keine Option und ist definitiv kein Weg für eine erfolgreiche Zukunft. Deswegen bin ich davon überzeugt, dass die Automobilindustrie, die Automobilproduktion und auch die Zulieferer sich ein gutes Stück weit neu erfinden werden müssen, und die Herausforderung dabei ist, dass die bestehenden Kompetenzen weiter genutzt werden müssen, so wie das in unserem Beispiel ja auch ist. Wir sind nach wie vor sehr engagiert in der Produktion von Verbrennungsmotoren, und gleichzeitig bauen wir neue Kompetenzen in der Elektromobilität auf, und damit uns das gelingt, haben wir bei uns im Werk Steyr ein Zukunftsprogramm aufgelegt, an dem wir intensiv arbeiten. Diese Dinge passieren ja auch nicht von alleine.

Und die Transformation bedeutet für die Betriebe, aber auch für die Region große Anstrengungen. Wir hatten es vorhin auch schon andiskutiert, Professor Felbermayr sprach es an, wir sind momentan an einem Technologiesprung. Es ist für uns als Werk auch eine andere Situation, ob eine neue, eine nächste Generation von Verbrennungsmotoren kommt oder ob wir in eine neue Technologie einsteigen mit den Elektromotoren, und natürlich fragen sich die Unternehmen, das ist bei uns im Konzern nicht anders als bei vielen anderen Unternehmen, wenn ich sowieso neu investieren muss, wenn ich nicht die vorhandenen Strukturen nutzen kann, ja, wo mache ich das dann am besten? Wo habe ich die besten Umfeldbedingungen? Wo habe ich die wettbewerbsfähigsten Standorte? Da spielen

Lohnkosten natürlich eine wesentliche Rolle, da spielt Infrastruktur eine Rolle, da sind all die Themen, die wir heute Vormittag auch diskutiert haben, die die Wettbewerbsfähigkeit eines Standorts und einer Region beeinflussen, sind dort wichtig. Und da müssen wir schon auch klar sehen, da stehen wir in einem Wettbewerb der Regionen. Und ich denke, es ist unsere gemeinsame Aufgabe, dort Oberösterreich auch als attraktiven Standort zu erhalten und auch dafür zu sorgen, dass diese Zukunftsinvestitionen eben hier, in diesem Standort, stattfinden und nicht woanders hinfließen.

Und dabei muss uns auch klar sein, das ist kein Thema, das schnell abgearbeitet ist, sondern das ist eine Herausforderung, die sich über mehrere Jahre hinziehen wird. Das gilt sowohl für alles, was die Digitalisierung betrifft, aber natürlich auch für die Veränderungen im Antrieb von Fahrzeugen. Und deswegen betone ich nochmal, ich glaube es ist wichtig, und gerade auch für ein Land wie Oberösterreich, Anreize zu schaffen, dass die Investitionen hier stattfinden, dass wir die Zukunftsinvestitionen hier herholen. Und in dem Zusammenhang möchte ich mich auch ganz ausdrücklich beim Landesrat Achleitner und auch beim Landeshauptmann Thomas Stelzer bedanken für die Bereitschaft, zu unterstützen, zu tun, was möglich ist, um für die Betriebe möglichst gute Rahmenbedingungen zu schaffen.

Ja, ein drittes Handlungsfeld, auf das ich noch eingehen möchte, ist mir auch wichtig, mit Ihnen zu besprechen, der Wandel hin zur E-Mobilität nimmt Fahrt auf, und das hat große Auswirkungen auf unser Produkt, auf unsere Produktionen, auf unser Produktionsnetzwerk. Aber natürlich wird die Frage, wie die Elektromobilität von den Kunden angenommen wird, auch sehr stark davon abhängen, wie die Rahmenbedingungen sind, und das betrifft insbesondere die Ladeinfrastruktur. Und auch das ist ein Punkt, denke ich, der für Sie alle wichtig ist, dass die Rahmenbedingungen dafür stimmen, dass Ladeinfrastruktur schnell aufgebaut wird.

Und es geht ja nicht nur um Ladepunkte, öffentliche, betriebliche, aber auch um private Ladepunkte, sondern wichtig ist natürlich, dass die Energieversorgung, die dafür notwendig ist, um dann auch die Elektrofahrzeuge zu betreiben, aus sauberer Energie kommt. Ich glaube, da ist Österreich eh in einer sehr guten Position im Vergleich zu vielen anderen Ländern. Aber dass auch die Versorgungsnetze entsprechend ausgebaut werden, dass die Versorgungssicherheit gewährleistet ist, das ist für die Kunden dann wichtig, aber für uns als Industrieunternehmen natürlich auch von eminenter Wichtigkeit und das sind, denke ich, ganz wichtige Aufgaben auch, deren sich die Politik hier annehmen muss.

Ja, all diese Veränderungen auf den Weg zu bringen, verlangt kollektive Anstrengungen. Und eines ist dabei für mich auch klar, die Frage ist nicht, ob Wandel nötig ist, sondern wie wir diesen gestalten und vor allem wie wir dabei auch unsere Industriebetriebe zukunftsfit machen. Ja, ich bin mir sehr sicher, diese Anstrengungen werden sich lohnen, sie werden sich lohnen für den Industriestandort, für die ansässigen Betriebe, aber vor allem für die Menschen, die hier leben und arbeiten. Vielen Dank! (Beifall)

Moderatorin **Theiner**: Herzlichen Dank, Dr. Susanek, für diesen Ausblick in die Zukunft! Meine Damen und Herren, das Spannende an Tagen wie heute ist ja der Austausch zwischen Menschen, zwischen Menschen, die wie der Herr Dr. Susanek in der Praxis Tag für Tag in einem konkreten Werk vor der Herausforderung stehen, diesen Wandel in der Automobilindustrie zu gestalten auf der einen Seite und zwischen Menschen auf der anderen Seite, wie unserem nächsten Gast, der diesen Wandel aus der Sicht der Wissenschaft beobachtet. Dr. Ulrich Brand ist gleich bei uns bzw. via Video gleich bei uns. Er ist in Konstanz geboren worden und unterrichtet hier in Österreich internationale Politik an der Universität Wien. Und er hat hier gerade ein Forschungsprojekt abgeschlossen, das über zweieinhalb Jahre gegangen ist und untersucht hat, vor welchen sozialen und ökologischen Herausforderungen die Automobilindustrie hier in Österreich steht. Genau darum, aber auch

um konkrete Vorschläge hier für den Standort Steyr wird es jetzt bei ihm gehen. Herzliche Grüße nach Wien! Grüß Gott Herr Professor Brand!

**Prof. Dr. Ulrich Brand:** Ja, einen schönen guten Nachmittag auch von meiner Seite, sehr geehrter Herr Landtagspräsident Stanek, sehr geehrte Abgeordnete und liebe Teilnehmende, auch sehr geehrter Herr Dr. Susanek! Vielen Dank erstmals für die Einladung und herzlichen Glückwunsch für die Initiative! Ich halte es für ganz wichtig, Räume zu schaffen für die Diskussion, Analysen zu haben, um besser zu verstehen, Erfahrungen auszutauschen, aber auch Unsicherheiten ernst zu nehmen in dem Transformationsprozess, der gerade auch schon beschrieben wurde heute Morgen, und dann auch Optionen aufzuzeigen. Und in dem Spannungsfeld möchte ich die nächsten 25 Minuten zu Ihnen sprechen. Vielen Dank auch schon an die Techniker für die ganz vorzügliche Begleitung hier, um das technisch möglich zu machen.

Ich komme aus der Nachhaltigkeitsforschung, das möchte ich gleich am Anfang betonen. Die Klimakrise treibt mich sehr um. Ich bin aufgewachsen auf der Insel Mainau im Bodensee, also im deutschsprachigen Teil. Ich habe mich früh natürlich damit auch auseinandergesetzt, ich bin sozusagen mit ökologischen Fragen auch sozialisiert worden und in den letzten Jahren wohl meine Professuren zu internationaler Politik dominiert. Das habe ich mich auch sehr stark gefragt, wie der Globalisierungsprozess selber nochmal eben in Österreich stattfindet, wie er hier ja vonstattengeht. Dr. Susanek hat ja gerade schon einiges ausgeführt.

Wie von Frau Theiner angekündigt, werde ich jetzt Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt vorstellen, das vom Klima- und Energiefonds finanziert wurde und möchte darüberhinausgehende Überlegungen auch präsentieren.

Erstmal möchte ich ganz kurz auf den gesellschaftspolitischen Kontext nochmal eingehen, aus meiner Sicht Probleme und Chancen, da ist jetzt auch schon viel gesagt worden, dann zentrale Ergebnisse aus unserem Forschungsprojekt, auch da nochmal reinfokussieren. Das zweite KLIEN-Projekt war eben zur österreichischen Automobilindustrie und vor allem die Rolle der Beschäftigten, auch da nochmal ein paar Optionen aufzuzeigen und dann möchte ich ein Leuchtturmprojekt für Steyr, als Idee, als Option, als Wissenschaftler, der sozusagen auch mit darüber nachdenkt, es skizzieren und werde argumentieren, ich bin ja eben vor allem Politikwissenschaftler, dass es nicht nur um die betriebliche Ebene geht, da ist Herr Susanek oder sind andere natürlich viel ausgewiesener, obwohl meine erste Ausbildung auch Betriebswirtschaftslehre war, sondern es geht eben auch sehr stark um die geeigneten Rahmenbedingungen. Und da haben wir in unserer Untersuchung sehr interessante Ergebnisse gefunden. Dann ein paar offene Fragen, vor allem zu dem Leuchtturmprojekt und dann die Schlussbemerkung.

Die Probleme, das gehe ich nur ganz kurz durch, aber ich finde, es ist zwar von allen Vorträgen angesprochen worden, aber wir müssen uns, glaube ich, nochmal deutlich machen, dass die Klimakrise vor allem im Transportsektor noch nicht gut bearbeitet ist. Ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Österreich kommen aus dem Verkehr, die Klimaneutralität hat zwar einen breiten Konsens, aber der Verkehrssektor ist mit dem Gebäudesektor das Problemkind im Bereich sozusagen, wie gehen wir mit der Klimakrise um?

Es gibt, auch das ist schon angesprochen worden, den enormen Druck auf die Autoindustrie neben Klimakrise, Abgasskandal, Digitalisierung und da schon aus den vielen, vielen Studien, die gemacht werden, der reine Umstieg auf die E-Automobilität wird nicht reichen gegen die Klimakrise. Wir müssen da einen Schritt weiter gehen, weil das E-Auto zwar im Antrieb vielleicht emissionsneutral ist, aber natürlich nicht in der Produktion, in der Infrastruktur.

Professorin Herzog hat auch noch einmal gesagt oder auch Professor Felbermayr heute Morgen, es gibt Konflikte um den Umbau. Heute Morgen habe ich auf ORF Science einen

offenen Brief der Autolobby an Kanzler Kurz gefunden, die noch einmal dafür plädiert, Dr. Susaneck oder BMW hat nicht unterschrieben, vielleicht können Sie da nachher nochmal darauf eingehen, wenn Sie von der Initiative wissen, warum sozusagen der Verbrenner länger in Betrieb bleiben soll.

Und dann haben wir auch das schon gehört, die globale Dimension. Das ist einerseits natürlich die Konkurrenz mit China, das ist schon angesprochen worden, es hat aber auch eine globale Dimension, ich bezeichne das in meinen Forschungen als imperiale Lebensweise, dass es nämlich ein enormes Ungleichgewicht gibt in den Lebensweisen weltweit, im Ressourcenverbrauch, in den Emissionen zwischen Menschen in Nord und Süd. Das soll nicht die Menschen hier moralisieren, schon gar nicht die sozial Schwächeren, aber wir müssen das anerkennen, dass es Aufholbewegung gibt in den Schwellenländern, und dass wir damit auch irgendwie umgehen müssen.

Die Chancen sind die Ankündigung einer Mobilitätswende. Die Chance ist jetzt von der Regierung der gerechte Strukturwandel, die Just Transition, also soziale und ökologische Fragen sollen stärker zusammengebracht werden, und auch das hat Professorin Herzog schon heute Morgen erwähnt. In der Corona-Krise erleben wir noch einmal eine stärkere, aktivere Rolle des Staates. Ich gehe nachher noch vor allem auf die Industriepolitiker ein.

Und wir sehen auch nochmal die Diskussion, was sind systemrelevante Berufe, was sind systemrelevante Bereiche und da könnten wir, das wird der zweite Teil meines Vortrags sein, argumentieren, es ist weniger das Auto per se im System relevant und die Autoproduktion, sondern ein gutes Mobilitätssystem, ein ökologisch nachhaltiges, ein sicheres, ein schnelles, modernes Mobilitätssystem.

In dem Forschungsprojekt CON-LABOUR, das von 2018 bis 2020 lief am Institut für Politikwissenschaft der Uni Wien und an der Universität für Bodenkultur, haben wir uns vor allem mit der Rolle der Gewerkschaften, weil diese Forschung fehlt ganz stark in der Nachhaltigkeitsforschung, die mögliche Rolle der Gewerkschaften in diesem Umbauprozess auseinandergesetzt, und da stelle ich Ihnen einige Ergebnisse vor. Das ist heute Morgen auch von beiden schon sehr stark betont worden, dass die Beschäftigten beteiligt werden müssen und dann eben etwas darüber hinausgehend.

Aber erst nochmal, um das Problem genauer zu verstehen. Es gibt einen neueren Aufsatz von Mattioli et al., die argumentieren, wenn das Mobilitätssystem sozialökologisch umgebaut werden soll, dann ist gerade in Ländern wie Westeuropa, und den USA natürlich, das, was sie Cardependency nennen, die Autoabhängigkeit des Verkehrssektors ein zentrales Problem. Das ist einerseits natürlich die schiere Macht der Autoindustrie, der Unternehmen, der Anteilseigner, aber natürlich der Beschäftigten und der Gewerkschaften, das ist sehr ambivalent, weil natürlich da, schon mehrfach betont, gute Arbeit auch geschaffen werden wird, hoffentlich auch sinnerfüllende Arbeit und es natürlich für die Wertschöpfung, für den Export und anderes wichtig ist. Die Macht der Autoindustrie zeigt auch oft, dass der Staat, weil er eben sehr stark davon abhängig ist, auf weitergehenden Gestaltungsspielraum verzichtet, auf die Diskussion werden wir sicherlich nachher noch kommen.

Autoabhängigkeit bedeutet aber auch, also wenn wir nachher nochmal an grundlegendere Veränderung des Mobilitätssystems denken, dass es Infrastrukturen gibt, also nicht nur das Automobil selber, sondern die Infrastrukturen Straßen, Autobahn, die natürlich auch entsprechend in den letzten vier Jahrzehnten automobil gemacht wurden, auch die Siedlungsentwicklung, die Stadt-Land-Entwicklung, das sogenannte Urban sprawl, also die Zersiedelung, die da auch ein Problem ist und die Menschen zunehmend vom Auto abhängig macht.

Und eine Autokultur, eine tief verankerte Autokultur, die eben, angefeuert von Werbung, das Auto nochmal zu einem besonderen Stellenwert macht. Das ist eine analytische Position, das ist keine moralisierende Position, erstmal zu verstehen, wenn wir gleich darauf kommen, wie kann das Mobilitätssystem umgebaut werden, dass es nicht nur darum geht, Auto ja oder nein, sondern dass das Mobilitätssystem sehr umfassend ist und dass die Autoabhängigkeit oder die Autofokussierung da auch tief eingeschrieben ist in Politik, in Kultur, in Infrastruktur.

Die Herausforderung der Autoindustrie, das kann der Herr Susanek nachher viel besser nochmal ausführen, wir haben das sozusagen im Projekt bei uns auch nochmal für Österreich insgesamt untersucht, ist natürlich, dass sie vor allem eine Zulieferindustrie ist mit guten Arbeitsbedingungen, mit gutem Qualifikationsniveau. Wir hatten eine Vergleichsstudie in Thüringen, in Deutschland, was ja auch Zulieferindustrie ist, wo es ganz anders aussieht, also wo das Qualifikationsniveau viel geringer ist, wo auch die Löhne viel geringer sind, das ist hier nicht der Fall. Es gibt starke Gewerkschaften, es gibt gute Qualifizierung und gute Löhne, allerdings gibt es wenig Entscheidungsmacht, weil es eben Zulieferindustrie ist und weil es vor allem internationale Unternehmen, BMW natürlich als Beispiel, MAN, Volkswagen, hier in Oberösterreich sind. Es gibt den starken Fokus auf den Verbrennungsmotor, da hat Dr. Susanek gerade schon einiges gesagt, und eben eine starke Abhängigkeit von Exporten.

Und nun gibt es drei Dimensionen des Umbaus. Bisher haben wir von zweien gesprochen, jetzt gerade am Beispiel BMW, natürlich die Optimierung des Verbrenners und die sogenannte Diversifizierung, nämlich den Ausbau der E-Mobilität. Und wenn wir aber die Mobilitätsforschung uns insgesamt ansehen oder auch die Politiken, da kann es natürlich auch darum gehen, das Mobilitätssystem insgesamt umzubauen. Also es geht darum, vielleicht die Automobilität, die Fixierung darauf ein Stück weit zu überwinden, also natürlich daneben E-Autos, neben E-LKWs, den Ausbau von Rad, Schiene, Bussen, Radwegen, Fußwegen und auch, ich habe die Siedlungsstrukturen angesprochen, dass was man als erzwungene Mobilität bezeichnet, die Menschen müssen aus den Städten raus oder wollen vielleicht auch aufs Land, haben keine gute Öffi-Anbindung und müssen dann das Auto nehmen, 50 Kilometer am Tag fahren.

Also das wäre jetzt mein erster Punkt schon. Also die Klimakrise, Krise der Autoindustrie, der notwendige Umbau des Mobilitätssystems könnte eine dritte Option öffnen, die ich sozusagen hier zur Diskussion stellen möchte, die wir im Forschungsprojekt auch bearbeitet haben, nämlich eine Konversion, also dass die bestehenden Produktionsstrukturen umgebaut werden, wir nennen das geordnete Abwicklung, also nicht durch die Krise, nicht Change by Disaster, sondern Change by Design, Dr. Susanek hat gesagt, wir sind im Transformationsprozess, und wie sieht dieser Transformationsprozess aus? Und da zeigen viele Studien, wenn wir ein sozialökologische Mobilitätssystem brauchen, neben dem Flugverkehr, der ist heute nicht Thema, muss es vor allem einen Rückbau der Autozentrierung geben, und das bedeutet eben auch eine geordnete Abwicklung und damit eine Konversion von Autoproduktion.

Das ganz kurz zum Kontext, und jetzt möchte ich diese Idee entwickeln, die ich ja schon in einigen Artikeln, Presse, Standard in wissenschaftlichen Studien auch immer wieder mal angetippt habe, und ich vermute, das hat mir auch die Einladung heute zu dieser Enquete gebracht, nämlich, und das ist ja auch die Rolle von Wissenschaft neben dem Hinterfragen, wie Professorin Herzog sagte, auch nochmal verschiedene Alternativen aufzuzeigen, wie sie diskutiert.

Der Vorschlag wäre jetzt wirklich für die Diskussion, da brauche ich sicherlich andere, nochmal viel detailliertere dann auch Studien und Begleitung, aber diesen Transformationsprozess und diese Transformationsdynamik, die wir gerade erleben, zu nutzen und so wie ja nach dem Ersten Weltkrieg der Automobilbau in Österreich vor allem entstanden ist durch die Abwicklung der Rüstungsindustrie, durch das Verbot Waffen herzustellen, wäre heute die Frage, und zwar

nicht von jetzt auf gleich, aber als Change by Design, ob es nicht einen neuerlichen Umbau der Autoindustrie braucht, zumindest in Teilen.

Auch vor dem Hintergrund, dass ja die Beschäftigung heute schon in Österreich zwischen der Produktion von Öffis, also Bussen, Bahn und Straßenbahn zu Autos ungefähr 50 zu 50 ist, in Deutschland ist es 80 zu 20, also ein großer Unterschied, also es gibt ja hier in Österreich schon ganz viele Produktionen. Und da wär jetzt die Idee, ob nicht in Steyr, also im Werk von MAN, ein solches Leuchtturmprojekt, ein Projekt der Konversion entstehen könnte.

Professor Felbermayr hat die Industrie den Wohlstandsanker genannt. Das teile ich sehr, das würde bleiben, es würde zukunftsfähig gemacht werden, über eine zukunftsfähige Produktion und Beschäftigung, auch über die Exporte, es würde regional verzahnte Wertschöpfungsketten geben in Oberösterreich, da ist auch die Kunststoffindustrie wichtig und Steuereinnahmen vor Ort und die ganzen Vorteile, die heute Morgen auch dargestellt wurden.

Und jetzt, Herr Landtagspräsident Stanek hat heute Morgen in der Einleitung gesagt, es soll gemeinsam und solidarisch sein, und genau das ist das Forschungsergebnis auch aus unserem Forschungsprojekt des Klima- und Energiefonds.

Was ja oft in der Literatur vergessen wird, ist, dass Produktion und Unternehmen ja nicht nur Management und Anteilseigner sind, sondern natürlich vor allem die Beschäftigten. Das kam ja heute Morgen schon raus, weil es um Arbeitsmärkte und Beschäftigung ging. Und ein solches Leuchtturmprojekt, das wär jetzt der Vorschlag für die Diskussion, müsste natürlich vor allem die Beschäftigten dazunehmen, a) um ihnen Angst zu nehmen, die es wahrscheinlich jetzt massiv gibt in Steyr, was ich sehr gut verstehen kann, aber auch um diesen Umbauprozess besser zu gestalten.

Heute Morgen wurde es ja schon öfter angesprochen, es geht um das enorme Wissen, das Produzentinnenwissen, das ja in den Betrieben ist, das eben dann über Umqualifizierung weiter genutzt werden müsste. Es ginge darum, gute, sinnerfüllte und auch nachhaltige Arbeit, eine große Diskussion in der Arbeitssoziologie, nachhaltige Arbeit auch wirklich zu schaffen. Die Frage der Beschäftigungsgarantie, die heute Morgen schon, ich habe die Folie natürlich gestern gemacht, die heute Morgen schon diskutiert wurde, finde ich sehr interessant, da gibt es sehr spannende Vorschläge, ob das eben auch eine Option wäre. Und etwas, was ich noch stark machen möchte und immer wieder auch stark mache, neben einer starken Sozialpartnerschaft, die wichtig ist, müsste es auch eine Ökologisierung der Sozialpartnerschaft geben, also nicht nur die sozialen Aspekte, die ausgleichenden Aspekte, die ja den Wirtschaftsstandort Österreich auch stark machen, sondern auch die Sozialpartnerschaft zur Ökologisierung.

Auch Managementkultur, da kann Herr Susaneck viel mehr dazu sagen, Führungskulturen und so, die Frage ist, ob da sich auch was verändert? Sehr interessante, jüngere Studie von zwei jüngeren Kolleginnen an der Universität für Bodenkultur, die Interviews gemacht haben mit IngenieurInnen, und die herausbekommen haben, das ist auch nichts Neues und vielleicht aber interessant, wenn jetzt hier die neue TU in Linz aufgebaut wird, dass IngenieurInnen in der Regel sehr technisch denken.

Der Klimawandel oder die Herausforderungen, die ökologischen Herausforderungen sind ja eben nicht nur technologisch lösbar, weil sonst ist man gleich bei der E-Automobiltechnik, sondern noch einmal einen umfassenderen Blick auf soziale, ökologische Fragen. Das wird über Interviews in der Studie von Krenmayr und Wawerda sehr schön deutlich, da auch noch einmal breiter zu schauen.

Schließlich müsste ein Leuchtturmprojekt, ein Umbau, Change by Design und nicht Change by Disaster auch andere Interessensgruppen dazu nehmen. In Deutschland wird das

diskutiert in der Autobranche als sogenannte Transformationsbeiräte. Also, ob es nicht sozusagen noch einmal lokale Anlieger, Politik, Verbände noch einmal in solchen Transformationsbeiräten sich verständigen können.

Die Bedingungen, das ist ein Interview, ein Auszug aus einem Interview, das wir gemacht haben. Die Bedingungen sind bei den Beschäftigten gar nicht so schlecht. Die Beschäftigten haben durchaus Selbstbewusstsein. Wir haben von einem Betriebsrat, der vielleicht auch zuhört, er wird sich erinnern, es ist auch so, dass die Leute super sind. Da ist so eine Gesamtintelligenz da, dass die Leute immer das Beste daraus machen.

Wie man sprichwörtlich sagt, die machen aus Kacke Butter. Also, eine ganz starke Perspektivenänderung, dass die Qualifikation bei den Beschäftigten ist, das Selbstbewusstsein bei den Beschäftigten ist und das unbedingt weiter genutzt werden könnte. Also, es gibt ein hohes Vertrauen in die eigenen Kompetenzen, und das müsste, könnte im Umbauprozess stärker genutzt werden.

Wir haben herausgefunden, auch das in Interviews, dass es mehr Kooperation der Beschäftigten zwischen Unternehmen geben könnte. Da wäre Steyr natürlich perfekt, weil es eben die vielen Leitunternehmen vor Ort gibt, also noch einmal mehr Austausch, mehr Erfahrungsaustausch und auch ein Ergebnis, dass die Gewerkschaften eine Art Transmissionsriemen sein könnten. Also, Interessensartikulation natürlich auch mit dem lokalen Management, mit anderen zwischen der betrieblichen Realität und den politischen Entscheidungen.

Jetzt bin ich eins vorgespungen, Entschuldigung. Dann komme ich jetzt zu einem Punkt, der interessanterweise in der Diskussion noch relativ schwach ist. Das hat uns selber überrascht. Wir haben dann jetzt auch die ersten Aufsätze publiziert, haben uns noch einmal die Literatur dazu angesehen, nämlich ein spezifischer Aspekt dessen, was man als Rahmenbedingung bezeichnet.

Dr. Susanek hat es schon angesprochen. Es braucht natürlich die guten Rahmenbedingungen, und ein Betriebsrat meinte auch, die Politik muss ein Stück weit die Vorgabe machen, muss ein Stück weit sagen, wo soll es langgehen, damit eben die Unternehmen, Management, Anteilseigner aber auch Beschäftigte Planungssicherheit haben.

Was uns aber gewundert hat, und was wir in den Forschungen herausbekommen haben, dass es nur eine ganz geringe Industriepolitik gibt, dass sozusagen Standortpolitik gemacht wird, dass es aber gerade in der Industriepolitik, also auf der Mesoebene wichtig ist, genauer zu schauen, wo muss, auch wie muss interveniert werden, welche Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, damit sozialökologisch umgebaut wird oder damit überhaupt ein Wirtschaftsstandort zukunftsfähig gemacht wird?

Das sollte unbedingt stärker sein. Also klar, die Stichworte sind auch heute längst gefallen, lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken. Wir haben ja gerade in der Coronakrise gesehen, oder auch ein Stück weit wurde sichtbar, wie transnational die Lieferketten sind, was da auch vielleicht die Probleme sind. Die Industriepolitik kann eine hohe Wertschöpfung natürlich am Standort halten, und der Imperativ, den ökologischen Umbau nicht auf dem Rücken der Beschäftigten auszutragen, das nur als Stichwort.

Es gibt noch andere Ziele, aber erst einmal wieder einen Blick zu nehmen, wenn wir über Rahmenbedingungen sprechen, dann geht es nicht nur darum, die Suche nach einem Investor zu unterstützen und anderes, sondern auch wirklich ein Land über die Rahmenbedingungen, über eine entsprechende Industriepolitik sozialökologisch zukunftsfit, haben Sie gesagt, Dr. Susanek, gefällt mir sehr der Begriff, zukunftsfit zu machen.

Da jetzt nur einige Stichworte. Also, natürlich geht es darum, die aktiven Investitionen, klimafreundliche Technologien zu fördern. Das ist natürlich vor allem Aufgabe der Unternehmen von F & E, aber da sollte der Staat das sozusagen fördern. Das geschieht ja auch ganz stark. Die Unterstützung der Betriebe über Transformationsfonds, also dass noch einmal vielleicht öffentliche Gelder angeboten werden, um diese Umbauprozesse, gerade, wenn es Konversationsprozesse geben soll, zu unterstützen.

Oberösterreich hätte mit dem Automobilcluster, es gibt einen in der Steiermark, einen in Oberösterreich, hätte noch einmal gute Chancen, vielleicht einen Automobilcluster als Mobilitätscluster zu verstehen. Es gibt eine sehr gute Vernetzungsarbeit zwischen KMU's, Zulieferern, in die Forschung hinein, die jetzt über die TU vielleicht noch einmal ausgebaut wird und da noch einmal stärker hereinziehen kann.

Es sollte stärker sozialökologische Infrastrukturpolitik geben. Da bemüht sich die Bundesregierung, auch über den Ausbau der Rad-, Schieneninfrastruktur, da noch einmal stärker reinzugehen, und was wir nicht vergessen sollten, und da müssen wir ehrlich sein, wenn wir die Dramatik der Klimakrise ernst nehmen, die Dramatik dessen, was in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auf uns zukommen könnte, dann heißt Industriepolitik auch geordneter Rückbau. Ich habe es vorhin schon gesagt.

Da können wir uns nicht in die Tasche lügen. Das wäre auch eine Kritik, sich für das nicht stark zu machen, aber an der jetzigen Bundesregierung, auch an der Klimaministerin, da wird über ganz viel Umbau, über Ökologie, über klimafit gesprochen, aber die Notwendigkeit, auch eben andere, also bestimmte Bereiche zurückzubauen, die wird gar nicht angesprochen. Zum Arbeitsmarkt muss ich jetzt gar nicht so viel sagen. Da ist heute Morgen schon alles gesagt worden, auch von viel kompetenteren Kollegen und Kolleginnen. Die Frage, noch einmal, der Arbeitszeitreduktion ist natürlich ganz wichtig.

Die Frage, wie wird das abgesichert, gibt es vielleicht für untere Lohngruppen doch ein Stück weit Lohnausgleich, da ist aber schon viel dazu gesagt worden. Ich schließe ab und komme mit den vielen offenen Fragen, die mir jetzt in der Vorbereitung natürlich speziell für den Vortrag gekommen sind, die Sie auch umtreiben und es deshalb auch diese Enquete gibt.

Das ist natürlich die Frage, jetzt die dringende Frage nach einem Investor. Da wäre natürlich aus meiner Perspektive, die ich Ihnen jetzt die letzten 20 Minuten dargelegt habe, wenn wir die sozialökologische Herausforderung ernst nehmen und nicht nur die Frage von Standortsicherung, Beschäftigungssicherung wichtig genug, sondern die ergänzen über ökologische Fragen, dann natürlich welche Zukunftskonzepte haben die Investoren und da auch dann, wer trifft die Investitionsentscheidung am Ende, also wo sitzen sozusagen die Headquarters, die dann die Entscheidung treffen und wohin fließen die Gewinne?

Es gibt offensichtlich ein großes Misstrauen bei der Belegschaft und bei der Politik Fragezeichen in ausländische Investoren. MAN hat ja den Standortsicherungsvertrag aufgekündigt. Also, was sind da auch noch einmal bestimmte Konstellationen, dass ein sozialökologischer Umbauprozess auch in einer öffentlichen Entscheidung, in einer öffentlichen Debatte, ich rede nicht von Verstaatlichung, aber in einer öffentlichen Entscheidung oder Debatte da verfügbar bleibt.

Es sind Finanzierungsfragen. Da bin ich jetzt im Detail nicht drin, aber die sind natürlich total wichtig, wo käme das her? Und dann die Frage von Land und Bund. Ich hatte kürzlich ein Gespräch, das kann ich jetzt auch sagen, es wird demnächst veröffentlicht, mit Rainer Wimmer, dem Geschäftsführer der Produktionsgewerkschaft, der sagte, gerade in Steyr, also in dieser Krise um MAN, hat er den Bund noch nicht bemerkt.

Also, da könnte der Bund aktiver sein. Ich weiß jetzt nicht, was die letzten Tage, Wochen konkret geschehen ist. Das Gespräch ist schon etwas älter, aber da können Sie, und es gibt ja nachher noch die Diskussionsrunde, können Sie sicherlich noch einmal etwas sagen.

Ja, zum Schluss, mein Argument wäre auf der Linie von Professor Felbermayr, Mut für neue Wege und mal was riskieren. Das hat er heute Morgen gesagt, das habe ich noch in die Folien genommen. Das wäre jetzt als Nachhaltigkeitsforscher, der sich eben mit Industrie, mit Autoindustrie, mit der Rolle der Beschäftigten auseinandergesetzt hat, wäre das Plädoyer, wirklich eine sozialökologische Politik zu machen, für Standortbeschäftigung und für die Industrie und da auch den politischen Willen mit hereinzunehmen.

Eine Voraussetzung, nicht die Hauptvoraussetzung, aber eine Voraussetzung wäre, die Beschäftigten miteinzubeziehen und sich vielleicht zu trauen, Mut für neue Wege, mal was zu riskieren, einen sozialökologischen Umbau von MAN-Steyr als Leuchtturm, als Produzent von Bussen, Bahn und Straßenbahn. Dafür braucht es die Räume des Austausches. Die Enquete ist natürlich jetzt ein sehr öffentlicher und halbtägiger Raum.

Das muss natürlich viel systematischer diskutiert werden, und ich kann total anschließen, direkt anschließen an meine zwei Vorredner/innen am Vormittag, die ja die Machtassymetrien, die es in diesen Prozessen gibt, sehr offen angesprochen haben, dass man die auch anerkennen muss. Also, dass man damit umgehen muss, dass man sie nicht perpetuiert. Natürlich ist es ein Unterschied, ob jetzt ein Investor sagt, ich mache da etwas. Ich habe den Zugang zu MAN und spreche da mit dem Gesamtmanagement oder ob es noch einmal andere Akteure sind.

Mein letzter Punkt, und ich weiß, der ist ganz schwierig. Ich höre aber ganz bewusst damit auf. Ich weiß, dass morgen noch einmal ein Investor an die Öffentlichkeit geht mit konkreteren Plänen.

Zeit lassen heißt nicht, das auf die lange Bank schieben. Nein, das ist ein Prozess, der jetzt drängt, und vor allem die Unsicherheit der Beschäftigten ist natürlich total wichtig, aber wenn wir die sozialökologischen Herausforderungen ernst nehmen, und wenn meine Argumente plausibel sind, dass es eben nicht nur um Verbrennermotoroptimierung, dass auch die E-Automobilität auch die Zukunft ist, dass es einen breiteren Prozess geben kann.

Wo soll eben der Industriestandort Österreich, Steyr, auch hingehen? Dass man sich dafür ein Stück weit auch Zeit lässt, und Zeit nehmen heißt wirklich nicht auf die lange Bank schieben, aber noch einmal überlegt, was wollen wir in der Region und was ist möglich? Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Moderatorin **Theiner**: Vielen Dank Herr Dr. Brand und Herr Dr. Susanek. Ich darf Sie auch noch einmal zu uns bitten, denn wir haben auch noch einmal jetzt am Nachmittag die Gelegenheit, unseren Experten Fragen zu stellen. Auch das funktioniert wieder per E-Mail und auch das funktioniert wieder hier im Saal per Mail an [landtag.enquete@ooe.gv.at](mailto:landtag.enquete@ooe.gv.at).

Es haben uns bereits zwei Fragen aus der HTL Steyr erreicht. Marco Glöckl fragt konkret Herrn Dr. Susanek zum einen, wie kann man junge Personen dazu animieren, vor allem technische höhere Schulen zu besuchen, um dem Rücklauf der Anmeldezahlen entgegenzuwirken? Also, wie kann man junge Menschen für die höhere Technik begeistern?

Und zum Zweiten würden die Schüler aus der HTL in Steyr von Ihnen gerne wissen, ob Sie mit dem derzeitigen Stand die Elektromobilität bereits als zukünftig verbreitet und zukunftsfit sehen mit speziellem Augenmerk auf Entsorgung der Motoren, Beschaffung der Rohstoffe und Brandunfälle. Bitte!

**Dr. Alexander Susanek:** Ja, zwei anspruchsvolle Fragen, vielen Dank dafür. Was macht man, um junge Menschen mehr für Technik und Naturwissenschaften zu begeistern? Ich glaube, da gibt es viele Untersuchungen, viele Überlegungen dazu, aber ich glaube, was man heute definitiv weiß, die Neugier dazu, die muss eigentlich in der sehr frühen Lebensphase erzeugt werden.

Und ich denke, wenn man diesen Aspekten auch in der sehr frühkindlichen Bildung mehr Raum geben würde, das heißt, Stärkung der Aktivitäten schon in Kindertagesstätten, in Kindergärten, Schuljahren, und zwar nicht nur durch Frontalunterricht, sondern auch durch Erleben, durch Anlagen, durch Kontakt mit Technik.

Es sind ja sehr viele spannende, faszinierende Erlebnisse, die man mit Technik haben kann und ich glaube, wenn man in diese Richtung mehr Anstrengungen unternehmen würde, und ich wiederhole es auch gerne noch einmal, gerade auch Anstrengungen, um mehr junge Frauen, mehr Mädchen auch für Technik zu begeistern, ich glaube, das wäre ein sehr lohnendes Investment.

Die zweite Frage war nach der Elektromobilität.

Moderatorin **Theiner:** Genau, ob die nach dem jetzigen Stand der Technik schon zukunftsfit ist.

**Dr. Alexander Susanek:** Also, da kann man, glaube ich, lange diskutieren. Da gibt es sehr viele unterschiedliche Meinungen dazu. Was aber klar ist, die Elektromobilität entwickelt sich rasant. Unternehmen, Forschungsinstitute, stecken dort viel Geld hinein und versuchen aus gutem Grund die Elektromobilität zu verbessern, und wir haben den Verbrennungsmotor über hundert Jahre optimiert, und man hätte sich früher auch nicht vorstellen können, was daraus geworden ist.

Und was heute alles in einem modernen Dieselaggregat an Technologie verbaut ist, und wie effizient man damit einen Antrieb realisieren kann und wie viel Aufwand und wie viel erfolgreichen Aufwand man auch für Abgasreinigung betreiben kann, das war früher undenkbar. Insofern sehen wir sicherlich heute auch noch Herausforderungen bei der Elektromobilität. Einige davon haben Sie ja angesprochen. Aber ich bin mir auch sicher, dass die in den nächsten Jahren Schritt für Schritt überwunden werden.

Maria Theiner: Dann sage ich vielen herzlichen Dank. Ganz liebe Grüße an die HTL Steyr. Herzlichen Dank für diese Fragen, die uns erreicht haben. Sind hier im Saal schon Fragen aufgetaucht? Bitteschön!

Abg. **Kattnigg, BA (FH):** Ja, zuerst einmal eine Frage, nicht an den Herrn Dr. Susanek, da habe ich ja ausreichend Informationen. Ich bin ja selbst seit langer Zeit in der Automobilindustrie tätig, sondern eine Frage an den Herrn Professor Brand. Zuerst einmal Danke für das Impulsreferat, das sehr interessant war. Ich bin auch sehr froh, dass Sie gesagt haben, Sie wollen die Verbrenner nicht abschaffen, sondern optimieren.

Haben Sie in Ihren Forschungen, auch in Ihren wissenschaftlichen Forschungsprojekten, E-Fuels berücksichtigt? Und damit meine ich, E-Fuels, da gibt es auch Projekte in Österreich aus alternativen Kraftstoffen, also E-Fuels aus alternativen Quellen herzustellen. Da gibt es ja jetzt ein Projekt der Energie AG in Kooperation mit der AVL, beziehungsweise haben Sie Wasserstoff auch berücksichtigt?

Das zweite Thema, was Steyr betrifft, da muss ich schon festhalten, von der ganzen Infrastruktur und die Vorschläge bei den Projekten, die Sie machen, zum Beispiel Busse mit E-Antrieben auszustatten, da gibt es ja sowieso von der Gesetzgebung, von der EU-

Gesetzgebung für die Anschaffung von Bussen für den öffentlichen Verkehr schon Vorgaben, wo Busse dieses Serial-Mission-Gesetz, oder wo wir sowieso die CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für die Busse, für die Anschaffung von Bussen für den öffentlichen Verkehr, reduzieren müssen.

Damit will ich nur wiederum darstellen, ich finde es manchmal nicht für sinnvoll, wenn die Politik Vorgaben macht und teilweise mit Fachexperten nicht spricht, ob überhaupt ein gewisses Projekt umsetzbar ist. Wie ist da Ihre Sichtweise?

Moderatorin **Theiner**: Herr Professor Brand, zwei ausführliche Fragen. Bitte um Ihre Antworten.

**Prof. Dr. Ulrich Brand**: Super. Ich möchte noch auf die erste Antwort von Dr. Susanek kurz eingehen. Ich möchte noch eine kleine begriffliche Unterscheidung einführen, die in der Sache, glaube ich, sehr wichtig ist. Und zwar, zu unterscheiden zwischen E-Mobilität und E-Automobilität. Weil, was wir ja oft vergessen, wir haben ja gute E-Mobilität. Züge und Straßenbahnen sind E-Mobilität.

Und wenn wir jetzt in der Diskussion, die uns ja jetzt in den nächsten Jahren wahnsinnig beschäftigen wird, dann immer sagen, die E-Mobilität sind die Autos, dann werden wir sozusagen die bestehenden und auch auszubauenden Formen der E-Mobilität, die anderen die ich genannt habe, also, wir sollten eine gute Unterscheidung treffen, und das ist keine Haarspalterei.

Ich glaube, es ist für die politische, öffentliche Diskussion wichtig, zwischen E-Automobilität und einem Überbegriff E-Mobilität, wo die E-Automobilität sogar noch anheftet. Das wäre mir noch einmal wichtig. Das zweite, die Frage noch einmal von der HTL mit der Zukunft der E-Automobilität.

Ich arbeite ja auch sehr stark zu Lateinamerika und zu Ressourcenkonflikten in Lateinamerika, habe mich in dieser Debatte um Ressourcenextraktivismus die letzten Jahre sehr umgetan, und hatte gerade vorgestern eine Gesprächsrunde mit Kollegen aus Argentinien. Es gibt ja zwischen Chile, Argentinien und Bolivien das sogenannte Lithium-Dreieck. Also, das Lithium, die größten Vorkommen der Welt neben Australien, die ja wichtig sind für die Batterien, und dort wird deutlich, auch wie konfliktgeladen das wird.

Der Begriff, den ich verwende, in freier Lebensweise, bedeutet ja, dass für unsere Selbstverständlichkeiten hier auch im Produktionsprozess, auch im Konsumprozess Ressourcen aus anderen Ländern kommen, und da noch einmal genau hinzuschauen, was bedeutet es eigentlich?

Und die Erwartung in den Ländern, in Südamerika ist, wenn die E-Automobilität, ich bleibe bei diesem Wording, jetzt ganz schnell hochgeht, dann werden starke Akteure, starke Investoren, ihre Interessen machtvoll durchsetzen. Das wird wenig Achtung geben auf sozialökologische Fragen. Ich will diese globale Dimension nur ganz kurz anticken, weil wir sie oft vergessen.

Dann die Frage jetzt direkt an mich. Ja natürlich sollte der Verbrenner optimiert werden. Es gibt ja seit jetzt vielen Jahren eine Debatte um E-Fuels. Die Frage, bei Wasserstofftechnologie, ich kenne mich da im Detail nicht aus, aber bei den E-Fuels gibt es auch die Frage, wo kommen sie her? Wenn sie landbasiert sind, also wenn sie aus Biomasse kommen, die angebaut wird, dann haben wir ein großes Problem. Das Institut für soziale Ökologie an der BOKU in Wien macht da federführend weltweit Forschung, denn wo kommt denn das Land her?

Es gibt die sogenannte Food- versus Fuel-Debatte. Also, ob das Land, wenn dann eben Agrartreibstoffe angebaut werden, in Konkurrenz geht mit dem Anbau von Nahrungsmitteln. Ich will das jetzt nicht und alles per se wegschieben, die Bedeutung von E-Fuels. Aber ich

möchte auch als jemand, der eben gerade aus der Nachhaltigkeitsperspektive kommt, daran erinnern, dass wir es uns nicht zu einfach machen können. Wir müssen bei E-Fuels genau fragen, was ist das für eine Biomasse, wo kommt sie her? Und wenn sie eben angebaut wird, wenn sie Land braucht, dann kann es schnell auch zu Landkonflikten kommen. Stichwort: Welchen Zugriff haben österreichische Unternehmen natürlich auf diese wahnsinnigen Landmassen in der Ukraine? Was wird da jetzt angebaut?

Zu Ihrer letzten Frage habe ich völlige Zustimmung. Eine Politik, die nicht auf technische Expertise basiert, die ist zu kritisieren. Natürlich, das ist auch mein Argument noch einmal mit der Zeit, jetzt in meinem Vorschlag der Konversion von einer MAN in Steyr, ein Prozess, wo ganz schnell gesagt wird, wie machen wir denn das, da muss Expertise rein, Transformationsbeiräte, ingenieurwissenschaftliches Wissen, und anderes. Und genauso erwarte ich das von Gesetzgebungsprozessen.

Vielleicht nur einen halben Satz dazu noch, weil der Transformationsprozess geht mit so vielen Unsicherheiten einher, dass wir ein permanentes Monitoring brauchen, um diesen Transformationsprozess zu begleiten, von auch naturwissenschaftlichem, ingenieurwissenschaftlichem, sozialwissenschaftlichem Wissen. Was sind vielleicht die Probleme, die auftauchen, die wir in den ersten Schritten gar nicht haben? Das wäre ein ganz wichtiges Plädoyer für mich. Auch für die Forschung eine große Aufgabe, an diesen Prozessen immer dranzubleiben.

Maria Theiner, ORF: Herzlichen Dank, Herr Professor. Klubobmann Hirz hat die nächste Frage angekündigt. Bitte.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz**: Danke. Ich habe eine Frage an Sie, Herr Dr. Susanek. Ich habe ja mit Freude wahrgenommen, dass BMW ganz stark in die Richtung Ausbau des Elektromotors geht. Und soweit ich informiert bin, und Sie gesagt haben, sind ja die Hybridmotoren auch schon am Standort hier in Produktion. Jetzt die Annahme: Wenn am Standort Steyr man in die E-Motoren-Produktion gehen würde, in welchem Zeitraum wäre das möglich bzw. welche Investitionen sind möglich, und was würde das für den Personalstand bedeuten?

**Dr. Alexander Susanek**: Zunächst einmal ist es für uns extrem wichtig, dass wir schon den Fuß in der Tür haben. Dass wir schon Umfänge aus der Elektromobilität bei uns am Standort machen. Gehäusefertigung ist eine wichtige Investition gewesen. Aber genauso wissen Sie, wir haben ja ein Entwicklungszentrum bei uns am Standort mit 700 Mitarbeitern. Dort ist es auch schon seit Längerem so, dass ca. 10 Prozent der Mitarbeiter mit Umfängen aus der Elektromobilität betraut sind. Das betrifft die Kühlkreisläufe der Batterien. Das betrifft die Ladeinheit. Das betrifft die Fragen der Akustik.

Das ist wichtig für unseren Standort, weil wir dort zeigen, wie wir unsere Kompetenzen eben übertragen können. Wie wir natürlich dann auch nachhaltig für eine Absicherung der Beschäftigung sorgen.

Zur Höhe von Investitionen kann ich momentan natürlich schwer was sagen. Aber Sie können sich vorstellen, dass wir schnell in dreistelligen Millionenbeträgen denken, wenn wir hier über zusätzliche Umfänge reden. Die dann auch mit entsprechender Beschäftigungswirkung natürlich einhergehen. Ich kann die Zahlen jetzt hier heute natürlich nicht nennen. Das sind auch keine Entscheidungen, die wir als Werk alleine treffen können. Wir sind Teil eines Produktionsverbundes. Und natürlich muss sich BMW als Ganzes überlegen, wie es sein Produktionsnetzwerk weiterentwickelt. Was an welchem Standort dann auch zum Zuge kommt.

Da haben wir heute Vormittag ja auch schon einiges gehört. Da müssen wir uns natürlich dem Wettbewerb stellen. Keine Frage, da müssen wir uns einem Wettbewerb stellen. Intern, zum

Teil auch extern. Lieferanten haben ja genau die gleiche Veränderung und den gleichen Veränderungsprozess, durch den viele unserer Lieferanten gehen. Die engagieren sich auch sehr stark im Bereich der Elektromobilität, die wollen natürlich Umfänge, die nachhaltig bei ihnen auch gutes Geschäft und Beschäftigung absichern, gerne gewinnen. Da stehen wir in einem Wettbewerb. Das ist eine Herausforderung. Gerade auch in der aktuellen Situation. Weil wir ja grundsätzlich mit den Verbrennungsmotoren auch gut ausgelastet sind. Und wir daher keine freien Kapazitäten, Flächen verfügbar haben. Das ist auch eine positive Nachricht.

Wir gehen auch davon aus, dass es die nächsten Jahre weiterhin so Bestand haben wird. Aber wir müssen uns natürlich rechtzeitig mit diesen Fragen beschäftigen, und das tun wir. Weil die Entscheidungen werden ja nicht getroffen, wenn uns das gerade als Standort passt. Sondern dann, wenn das Unternehmen Notwendigkeiten hat, und deswegen führen wir natürlich sehr intensiv diese Diskussionen. Aber auch in einem intensiven Wettbewerb. Das kann ich auch dazu sagen, und der Prof. Brand hatte das ja auch mit auf der Agenda. Unterstützungen von Unternehmen in einem solchen Transformationsprozess sind wichtig. Weil die Frage ist, wo gehen diese Investitionen hin? Wo geht damit zukunftssichere Beschäftigung auch hin? Deswegen, glaube ich, ist es ein ganz relevanter Punkt.

Vielleicht noch ein Punkt, den auch Prof. Brand angesprochen hat, Sie betonen die Unsicherheit so, natürlich ist das eine Phase von Unsicherheit. Aber Unsicherheit ist etwas, was wir als Unternehmer gewöhnt sind. Das ist jetzt auch nichts, was uns jetzt komplett aus der Bahn wirft. Wir sind es gewohnt, dass wir uns anpassen müssen. Dass wir uns der Nachfrage anpassen müssen. Das haben wir in der Vergangenheit immer wieder getan. Das tun wir auch heute wieder. Natürlich gibt es momentan geballt vielleicht besonders viele Herausforderungen. Aber grundsätzlich bleibe ich optimistisch. In der Vergangenheit haben wir Veränderung bewältigt, haben wir mit Unsicherheit umgehen können. Deswegen, glaube ich, werden wir das auch in der Zukunft schaffen. Aber man muss es aktiv anpacken. Das tun wir!

Moderatorin **Theiner**: Das klingt doch sehr positiv. Wer hat denn die nächste Frage hier im Saal? Bitte.

Erich **Schwarz, (Betriebsratsvors. MAN Steyr)**: Ich bin der Betriebsratsvorsitzende der MAN und habe das jetzt natürlich sehr spannend gefunden und sehr aufmerksam zugehört. Das ist ja eine spannende Darstellung. Es gibt ja ein Green-Mobility-Center, die ebenfalls Interesse hat, den Standort Steyr zu übernehmen. Und die haben genau dieses Konzept, welches wir jetzt gehört haben, uns schon vorgestellt. Es wäre natürlich für uns sehr interessant, so etwas zu machen.

Man muss aber trotzdem, wenn man so etwas macht, das in eine Gesellschaftsform reinpacken. Das heißt, wenn das Land, der Bund und die öffentliche Hand mittut, weiß ich nicht, wie das in einer Gesellschaftsform zu machen ist. Spannend wäre es auf jeden Fall.

Ich glaube, dass es auch sinnvoll ist. Speziell die Antriebstechnologie. Nicht nur was Nutzfahrzeuge anbelangt, sondern man hat es auch schon gehört, der ganze Automotivsektor wird sich ändern. Aber es gehört auch noch viel mehr dazu, wenn man über das Klima redet. Ich weiß zwar, dass man in Steyr über LKW und Autos redet, aber es gehört auch noch die Luftfracht dazu. Es gehört die Schiene dazu. Es gehören aber auch die Frachtschiffe dazu. Auch die verursachen sehr viele Klimaverschmutzungen. Und auch da muss man sich Gedanken machen als Gesellschaft, wenn wir wollen, dass das Klima in den nächsten 10, 15, 20 und 50 Jahre für uns lebenswert sein soll. Dass man sich auch da Gedanken macht, wie man das gut rüberbringt.

Vielleicht können Sie darauf eine Antwort geben. Wie man das vielleicht in eine Gesellschaftsform bringen kann? Und ob das, was Sie da dargestellt haben, eigentlich das

komplett gleiche System ist, das was auch das Green-Mobility-Center vorhat am Standort Steyr? Derzeit werden sie leider nicht von der MAN Zentrale gehört.

Moderatorin **Theiner**: Herr Professor Brand, wie schaut es aus? Decken sich da die zwei Konzepte, und welche Gesellschaftsform könnte das möglich machen?

**Prof. Dr. Ulrich Brand**: Ja, ich kenne jetzt den Karl Egger Vorschlag nicht im Detail. Ich habe es natürlich auch über die Presse mitverfolgt. Aber jetzt als Politikwissenschaftler und in der Linie meines Arguments vom Vortrag, es eben nicht jetzt einer zurückziehenden Investorenkonstellation zu überlassen. Also MAN, Green-Mobility, Egger oder auch andere. Sondern auch auf der politischen Ebene, dann der Druck natürlich Sie als Betriebsrat oder der Beschäftigten da eine Konstellation zu schaffen, dass es auch attraktiv wird. Das heißt jetzt eben nicht ganz schnell Geld rauszuziehen, obwohl es natürlich drängt. Sondern eher auch noch einmal zu fragen, wo können wir einen Konsens geben, eine Absicherung, dass uns diese Investition, diese Option sinnvoller erscheint? Und nicht, ich glaube, „heiße Luft“ war die Antwort des MAN Vorstands, oder Aufsichtsrat, ich erinnere mich nicht genau, sondern dass es wirklich ernsthaft verfolgt wird. Das ist eine Zeitfrage. Das ist aber auch eine Frage von politischem Willen. Herr Betriebsratsvorsitzender, wir können das gleich noch vertiefen.

Zu Dr. Susanek noch ganz kurz. Mit der Unsicherheit habe ich natürlich vor allem die MAN-Steyr-Konstellation gemeint. Ihr Unternehmen kann es ja, wie es aussieht, verkraften. Interessant wird auch noch einmal, weil MAN Steyr ist ja nicht isoliert, ob es jetzt in Steyr selber noch einmal Diskussionen gibt, die guten MAN-Leute sollen halt zu uns kommen, wir sind eh am Expandieren, oder wie auch immer, da kenne ich die Konstellation zu wenig. Aber mein Punkt mit der Unsicherheit war eben die MAN Steyr.

Weil ich gerade spreche, ich hätte noch eine Frage, wenn Sie das beantworten wollen, Herr Dr. Susanek. Warum haben Sie den Brief an den Kanzler nicht unterzeichnet? Der ist ja von Magna, Miba, KTM, ÖAMTC und anderen Unternehmen unterzeichnet worden. Waren Sie einfach nicht beteiligt, oder gibt es gute Argumente, dass Sie nicht dafür plädieren, der Brief der heute veröffentlicht war, den Zeitraum für die Nutzung des Verbrenners deutlich nach hinten zu schieben. Sozusagen, die EU-Kommission soll nicht zu früh da Regeln aufsetzen. Ich weiß nicht, ob Sie das öffentlich sagen dürfen, wenn, dann würde mich das natürlich interessieren.

Moderatorin **Theiner**: Möchten Sie, dürfen Sie?

**Dr. Alexander Susanek**: Warum haben wir nicht unterschrieben? Warum habe ich nicht unterschrieben? Weil ich nicht alle Positionen teile, die in diesem Brief sind. Sie fokussieren dass jetzt auf einen Aspekt. Da stecken mehrere drinnen. Was aber richtig ist, die Politik gibt den Rahmen vor in dem sich, sage ich einmal, auch die Automobilindustrie bewegen muss. Falsch wäre, ein Ende des Verbrennungsmotors zu definieren. Das unterschreibe ich natürlich. Das trage ich völlig mit. Weil wir werden, auch um die Ziele des Klimaschutzes zu erreichen in verschiedenen Regionen der Welt, und für uns sind unsere Absatzmärkte eben nicht nur Österreich und Deutschland, sondern es gibt auch viele andere Länder, wo vielleicht die Energiewende, der Wandel hin zur CO<sub>2</sub>-neutraler-Energieerzeugung nicht so schnell läuft, und dort wird auch der Verbrennungsmotor nach wie vor seinen Platz haben. Keine Frage. Deswegen, glaube ich, ist es falsch, das heute festzulegen. Ich glaube, es ist aber auch falsch zu sagen, wir bremsen jetzt möglichst lange die Entwicklung der Elektromobilität aus.

Wir haben aus gutem Grund klare klimapolitische Zielsetzungen. Dazu bekennt sich auch die BMW Group, ganz klar. Die wollen wir gemeinsam erreichen. Wir haben uns auch nie an Diskussionen beteiligt, auch nicht während der Corona Krise, dass die Corona Krise ein Grund ist, die CO<sub>2</sub>-Vorgaben für die nächsten Jahre zu stoppen oder zu reduzieren. Das ist eigentlich

unsere Position bei BMW. Wir wissen, was zu tun ist. Wir wollen unseren Beitrag dabei leisten, und dem stellen wir uns auch.

Moderatorin **Theiner**: Vielen herzlichen Dank! Die nächste Frage aus dem Saal bitte.

Abg. **Margreiter**: Ja, ich habe eine Frage an den Herrn Professor Brand. Und zwar, wenn man den Bereich der Mobilität hernimmt, und da spreche ich jetzt nicht nur von E-Mobilität oder E-Automobilität, sondern sehr generell mit allen Möglichkeiten, die es hier gibt, könnte ja Österreich, wenn es über die Grenzen schaut, glaube ich, durchaus auch andere Länder oder Staaten finden, wo man sich vielleicht in manchen Bereichen ein Vorbild nehmen könnte. Wo eben auch durchaus schon gesetzliche Maßnahmen getroffen wurden. Da würde mich interessieren, welches Land uns hier Prof. Brand empfehlen würde und warum er das tun würde?

Moderatorin **Theiner**: Gibt es so etwas wie eine Modellregion, in die wir schauen dürfen in diesem Punkt, Herr Prof. Brand?

**Prof. Dr. Ulrich Brand**: Das kann ich Ihnen nicht valide sagen. Ich kann Ihnen das gerne nachliefern, aber das kann ich aus dem Bauch heraus nicht sagen. Das ist mir ein zu wichtiges Terrain, auf das wir uns begeben. Natürlich kann ich Ihnen jetzt etwas von der Anschauung oder was ich darüber weiß erzählen, aber da müsste ich Ihnen jetzt wirklich Studien noch einmal liefern, und genau anschauen, was die tollen Modellregionen sind. Ich bin ja in dem Sinne kein breiter Mobilitätsforscher.

Da halte ich mich jetzt bewusst zurück, aber schreiben Sie mich gerne an. Kontaktieren Sie mich gerne. Dann kümmere ich mich darum.

Moderatorin **Theiner**: Also diese Frage haben wir ins Privatissimum vertagt, sozusagen. Gibt es eine weitere Frage hier im Saal? Die gibt es im Moment offensichtlich nicht. Auch online hat uns nichts mehr erreicht, Herr Dr. Steiner. Dann sage ich vielen herzlichen Dank, Prof. Brand und Herr Dr. Susanek. Dankeschön für die Diskussion und dafür, dass Sie uns zur Verfügung gestanden sind. Einen schönen Nachmittag. Dankeschön. (Beifall)

Ja, meine Damen und Herren! Wir haben heute viele Vorschläge aus der Wissenschaft gehört. Wir haben Bitten um Rahmenbedingungen aus der Wirtschaft gehört. Natürlich können sich auch die Arbeitnehmer zu Wort melden, aber unterm Strich gilt dann, die verschiedensten Argumente abzuwägen und für Sie als Politikerinnen und Politiker die Rahmenbedingungen zu gestalten. Genau deswegen freue ich mich jetzt sehr auf eine Talkrunde mit allen vier Landtagsklubs. Die gleich zu mir auf die Bühne kommen.

Der Klubobmann der ÖVP, Bürgermeister Dr. Christian Dörfel, herzlich willkommen. Ich freue mich genauso auf den Klubobmann der FPÖ, Kommerzialrat Ing. Herwig Mahr. Den Klubobmann der SPÖ, Mag. Michael Lindner und die stellvertretende Grüne Landessprecherin und Grüne Wirtschaftssprecherin Abgeordnete Ulrike Schwarz. Bitte schön! (Beifall)

Sie sind eingeladen zu replizieren, und jeder und jede darf sich jederzeit zu Wort melden. Selbstverständlich möchte ich mit Ihnen heute auch über die Situation hier in Steyr sprechen. Aber zuerst würde ich gerne den Blick auf das ganze Land werfen. Da stehen auch durch Corona viele Branchen enorm unter Druck. Arbeitnehmerseite wie Arbeitgeberseite wird wirklich hergebeutelt seit einem Jahr. Und auch wenn hier in Oberösterreich die Arbeitslosenzahlen noch ein bisschen weniger dramatisch sind als in anderen Bundesländern, vor allem auch in den klassischen Tourismusbundesländern, die große Frage ist, was können wir tun, dass das zum einen so bleibt und dass nach Ende der Krise die Menschen so schnell wie möglich und so zahlreich wie möglich zurück in die Arbeitstätigkeit gebracht werden können?

Herr Klubobmann Dörfel, ihre Partei, sowohl in der Bundesregierung, als auch in der Landesregierung vertreten, welche Handlungsmöglichkeiten hat denn die Politik überhaupt, um da am Arbeitsmarkt nachzuschieben?

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel:** Frau Theiner, Sie haben es eh schon richtig gesagt. Ich glaube, dass wir in Oberösterreich doch in einer besseren Position sind wie andere Bundesländer. Das hat natürlich mehrere Gründe. Ich glaube doch, dass einer der Gründe jedenfalls ist, dass diese Hilfspakete, die auf Bundes- und Landesebene geschnürt wurden, tatsächlich greifen.

Wir waren ja in Oberösterreich in der glücklichen Lage, dass wir zusätzlich zu den Bundespaketen auch noch das 580 Millionen Euro Paket für die Wirtschaft oder 340 Millionen Euro Paket für die Gemeinden schnüren konnten. Und das hat sich natürlich ausgewirkt auch am Arbeitsmarkt. Denn letztlich heißt es ja, wenn wir Hilfspakete machen, dass das Aufträge sind, die vergeben werden und die Firmen, die diese Aufträge dann abarbeiten, sichern ja Arbeitsplätze.

Das zweite, das haben wir auch heute schon gehört von Prof. Felbermayr, glaube ich, dass unsere Industrie in Oberösterreich sehr gut aufgestellt ist. Jetzt nicht nur, was Branchen betrifft, sondern auch die regionale Verteilung. Er hat ja gesagt eine der Stärken Oberösterreichs ist, dass die Industrie nicht nur konzentriert ist auf einen oder zwei Standorte. Sondern eigentlich auch im ländlichen Raum verankert ist. Das sehen wir auch hier gerade in Steyr, dass Steyr natürlich der Hauptort ist, aber er strahlt aus in alle Täler bei uns.

Das dritte zum Abschluss noch. Ich glaube auch, dass es uns gelungen ist mit dem Oberösterreich-Plan von Landeshauptmann Dr. Thomas Stelzer doch eine gewisse Perspektive aufzuzeigen, wie es weitergeht, wenn die Krise, hoffentlich bald, hinter uns liegt. Und in welchem Zeitraum wir welche Summen, in welchen Bereichen, in allen Regionen investieren werden. Das heißt Wohlstand in ganz Oberösterreich.

Moderatorin **Theiner:** Klingt doch wunderschön. Herr Klubobmann Lindner. „Koste es was es wolle!“, haben wir gehört zu Beginn der Krise vom Bundeskanzler, wird dieses Geld, dass der Bundeskanzler angesprochen hat, dass auch der Herr Klubobmann Dörfel angesprochen hat, aus Sicht der SPÖ richtig investiert? Oder wo würden Sie es anders ausgeben?

Abg. KO **Mag. Lindner:** Es wird sehr viel Geld ausgeben. Man hat ja wirklich den Eindruck, das Geld ist abgeschafft. Die Frage ist immer dann, kommt es richtig an und nützt es auch was?

Und wenn ich lese, dass bundesweit 33 Milliarden Euro an Wirtschaftshilfen ausgegeben worden sind, und ich aber dann im Europavergleich sehe, dass wir trotzdem einen der größten Wirtschaftseinbrüche haben. Ich glaube, die Folie heute von Dr. Felbermayr hat gezeigt, dass wir mit dem Ausblick auf 2022 das zweitschlechteste Land sind mit dem Ausblick auf die wirtschaftliche Situation im kommenden Jahr. Dann muss man schon die Frage stellen, wurde richtig investiert? Weil, dass investiert werden muss, ist vollkommen klar. Das liegt am Tisch. Es ist sehr viel Geld in den Ring geworfen worden.

Ich habe nur das Gefühl gehabt, da sind häufiger Luftblasen produziert worden, als wirklich Realhilfen dann angekommen sind. Das ist ja, was wir aus vielen Rückmeldungen hören. Ich glaube, was uns richtig durch die Krise gebracht hat ist, und da muss man den Sozialpartnern auch einen riesengroßen Dank sagen, gerade auch wenn ich die Gewerkschaft hier gegenüber anschau, das Modell der Kurzarbeit, weil sie hunderttausende von Arbeitsplätzen gerettet hat.

Geht es darum, können wir uns wirtschaftlich langfristig absichern und für die Zukunft gut aufstellen? Und das sehe ich noch sehr viel Aufholbedarf, weil wenn der Kollege Dörfel das

580 Millionen Euro Paket anspricht und wir wissen dann, dass nur ein Bruchteil ausgezahlt ist, darf man schon kritisch fragen, ob alles gut aufgebaut ist.

Wenn der Oberösterreich-Plan auf 5 Jahre angelegt ist und heuer eigentlich nur 191 Millionen Euro zur Verfügung stehen darf man auch kritisch fragen: Wäre es nicht viel wichtiger im heurigen und nächsten Jahr, welche die zwei schlimmsten Krisenjahre seit dem 2. Weltkrieg sein werden, mehr zu investieren? Und da sehen wir schon den Fokus, dass man viel, viel mehr Geld in die Hand nehmen muss, um jetzt anzukurbeln, um jetzt Beschäftigung zu schaffen und vor allem auch Arbeitsplätze abzusichern und zu schützen.

Und der zweite Bereich ist natürlich, dass wir uns auch um die jetzt arbeitslosen Menschen ordentlich kümmern müssen, die größtenteils unverschuldet von einem Tag auf den anderen arbeitslos geworden sind. Von 55 Prozent des letzten Nettoeinkommens leben müssen. Das kann sich daheim jeder selbst überlegen, ob er den eigenen Lebensstandard mit Haus, Wohnung, Auto, etc. von einem Tag auf den anderen mit 55 Prozent finanzieren kann? Hier herinnen fragen wir die falschen, aber sozusagen draußen die Menschen, wird sich jeder gut überlegen, ob das länger als ein, zwei, drei Monate gut geht. Also da braucht es auch höheres Arbeitslosengeld, damit wir da Armutsfallen verhindern.

Moderatorin **Theiner**: Herr Klubobmann Mahr, wie schaut da die Position der FPÖ in diesem Punkt aus? An welchen „Schrauferln“ muss jetzt gedreht werden, um die Menschen zurück in die Arbeit zu bringen und um die Menschen, die den Arbeitsplatz verloren haben, auch entsprechend zu unterstützen?

Abg. KO KommR **Ing. Mahr**: Eingangs möchte ich schon erwähnen, dass über alle parteipolitischen Grenzen hinaus auch alle Kammern, wie Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer und AMS in Oberösterreich an einem Strang ziehen und daher die Lage in Oberösterreich relativ gut ist, und OÖ relativ gut durch die Krise bislang kommt. Das muss man sagen.

Dass die Wirtschaft eine Delle hat, ist klar, da sind die Corona-Maßnahmen nicht wirklich unternehmerfreundlich, so sage ich es jetzt einmal vorsichtig. Wir haben auch schon im Sinne der Gemeinsamkeit ein 580 Millionen Euro schweres Konjunkturpaket auf den Weg gebracht, was den Wirtschaftstreibenden tatsächlich hilft. Wir haben auch andere Investitionsprogramme parallel dazu laufen. Aber die richtige Lösung, wie man den Arbeitsmarkt entspannt, erwarte ich mir natürlich auch vom Bund, von dort müssen die Lösungen kommen, und eine meiner Lösungen kann nur sein, keine weiteren Lockdowns, was die Wirtschaft betrifft, weil das würde sie nicht mehr verkraften, das wäre auch monetär für die einzelnen Betriebe nicht mehr darstellbar.

Moderatorin **Theiner**: Frau Abgeordnete Schwarz, die Krise als Chance nutzen, das ist ein oft wiedergekauertes Schlagwort, das wir immer und immer wieder hören. Obwohl es so oft wiedergekauert ist: Gibt es etwas, wo Sie sagen, ja auch in der aktuellen Krise, auch am Arbeitsmarkt, daraus kann eine Chance wachsen, wenn man es richtig macht?

Abg. **Schwarz**: Es kommt wahrscheinlich wirklich ein wenig schräg an, wenn man weiß, wie viele Menschen jetzt darunter leiden. Nicht nur gesundheitlich, sondern auch wirtschaftlich oder sozial. Ich glaube, was die Coronakrise auch zeigt, ist dass dort, wo schon ein Wandel war, und das haben heute alle Referentinnen und Referenten gesagt, der Wandel hat schon vorher angefangen, dass das natürlich verstärkt worden ist. Jetzt geht es darum, und da sind Investitionen angesprochen worden, ob man Investitionen nur hingibt, um das zu retten, was wir eh schon haben oder mache ich es wirklich in die Zukunft gerichtet.

Das heißt, mache ich wirklich einen riesen großen Schritt in Richtung Ökologisierung? Da ist heute viel angesprochen worden, was die Industrie und Wirtschaft anbelangt. Diese

Zeitenwende zu nutzen, um Wirtschaft und Klimaschutz zusammenzubringen. Was eigentlich eh schon das gemeinsame Ziel ist in vielen Bereichen und ich glaube, eine Chance ist trotzdem auch, welche wir in dieser wirklich schwierigen Zeit ergreifen müssen, dass sowohl arbeitslose Menschen, also auch jene in der Kurzarbeit, die Zeit nutzen, um sich weiterzubilden und weiterzuentwickeln und zu schauen, wo kann es hingehen? Wo sind die eigenen Interessen, und wo braucht die Wirtschaft, der Arbeitsmarkt, die Gesellschaft diese neuen Arbeitsplätze?

Ich glaube, wir dürfen nicht vergessen, wir haben zwei oder drei, jeder einzelne Arbeitslose ist einer zu viel, aber wir haben ein riesengroßes Dilemma, dass jetzt Menschen, die vorhin schon arbeitslos waren, noch weiter in der Arbeitslosigkeit sind. Und da geht es nicht nur darum, wie viel Geld sie bekommen, sie haben jetzt trotzdem sechs Monate jeweils 150 Euro dazubekommen, das hat auch noch keine Regierung geschafft. Wie bringen wir diese Menschen in Arbeit und Beschäftigung? So wie es heute die Frau Dr. Herzog angesprochen hat, wirklich in diesem Bereich sinnvolle, sinnstiftende Arbeitsplätze zu schaffen, und da ist die Politik auch verantwortlich und hat auch die Möglichkeiten, diese zu nutzen, das ist ein ganz entscheidender Punkt, und natürlich Umschulungsmaßnahmen, passgenau.

Und wenn ich mir die Situation anschau in Steyr, das ist eine ganz andere als jene im Mühlviertel. Wenn ich aber überall die gleichen Weiterbildungsprogramme fahre, und nicht schaue, was braucht die Wirtschaft im Mühlviertel an Arbeitsplätzen und Fachkräften und was braucht sie in Steyr, dann produzieren wir ein Stückchen vorbei. Und das dürfen wir auch nicht machen.

Unser Credo ist immer, wir brauchen Beschäftigungsmaßnahmen, Weiterbildungsmaßnahmen, die regional abgestimmt sind, weil sonst bringe ich die Schere zwischen Facharbeitern oder Lehrlingen, die wir nach wie vor suchen, und den arbeitslosen Menschen nicht zusammen. Hier brauchen wir noch mehr Ideen, wie wir das noch verbessern können, dass die richtigen auch zusammenkommen.

Moderatorin **Theiner**: Also der Fokus auf die Region, den nehme ich sehr gerne gleich auf. Wir sind ja heute nicht durch Zufall hier in Steyr, sondern auch weil die alte Eisenstadt ein wirklich dynamisches Arbeitsmarktpflaster ist und immer schon war, wie heuer ja auch die oberösterreichische Landesausstellung zeigen wird unter dem Titel: Arbeit, Wohlstand und Macht. Herr Klubobmann Dörfel, was kann man vielleicht aus der Geschichte der Stadt jetzt für die Situation auch um MAN lernen?

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel**: Der Blick auf die Geschichte Steyrs und der Region kann uns eigentlich zuversichtlich machen. Es ist ja, als wenn ein heimliches Drehbuch geschrieben worden wäre, aber wenn man Steyr so rückblickend verfolgt, hat es immer Auf und Ab's gegeben. Das hat schon beim Werndl angefangen, der immer ein Pionier war, dann hat es eine kleine Delle gegeben, dann war Steyr-Daimler-Puch wichtiger Arbeitgeber, ebenfalls ein technologischer Fortschritt, und jetzt haben wir die Problematik mit MAN.

Man hat wirklich den Eindruck, Steyr hat die Krise immer als Chance genützt. Wenn man sagt, Steyr war immer eine Arbeitsstadt, Stadt der Arbeit. Mittlerweile sind wir Stadt der Arbeit und der Bildung. Wenn ich jetzt nur unsere höheren Schulen hernehme und die Fachhochschule Oberösterreich mit Standort in Steyr, die ja international bestes Renommee hat.

Und daher bin ich da schon sehr zuversichtlich, dass wir eine gute Lösung finden für MAN, vor allem der Erich Schwarz, der ja hier bei uns heute ist. Ich wünsche dir alles Gute. Ich weiß, du bist ein harter Kämpfer, und die werden sich die Zähne noch ausbeißen, aber die ganze Region hilft euch mit und fiebert mit, denn es geht nicht nur um die Arbeitsplätze hier am Standort in Steyr MAN, sondern alle, die da daran hängen, und in Summe sind das 6.000 bis 7.000 Arbeitsplätze hier in der Region Steyr-Kirchdorf.

Und daher glaube ich auch, dass wir aus dieser Situation wieder gestärkt herauskommen und wahrscheinlich den nächsten Schub oder den nächsten Fortschritt in der Region Steyr macht. BMW ist ja ein gutes Beispiel, hat uns ja schon Dr. Susanek den Weg vorgezeigt, und ich glaube, Prof. Brand hat auch schon in eine Richtung gesagt, was denn jetzt die Chance für Steyr ist, und ich glaube, diese Chancen müssen wir nutzen und dafür müssen wir gemeinsam kämpfen.

Moderatorin **Theiner**: Herr Klubobmann Mahr, wir hoffen jetzt einmal alle, dass bei MAN eine gute Lösung herauskommt und möglichst viele der Arbeitsplätze, die auch schon der Herr Klubobmann angesprochen hat, erhalten bleiben. Dazu die vielen Tausenden, die auch am BMW-Werk hängen und, und, und. Also die ganze Region hängt zu einem großen Teil an der Mobilitätsindustrie. Angesichts des ganzen Wandels, von dem wir heute gehört haben. Wie können diese Arbeitsplätze auch in der Zukunft und nicht nur in den nächsten paar Jahren erhalten bleiben?

Abg. KO KommR **Ing. Mahr**: Es ist natürlich wirklich eine spannende Frage, weil sie hauptsächlich von den eigenen Werken natürlich realisiert und umgesetzt werden müssen. Wir können als Politik ja nicht BMW sagen, in welchem Zweig sie arbeiten sollen.

Aber ich glaube schon, dass die Betriebe hier wissen, dass wir extrem gute Leute haben, Fachpersonal haben, die arbeitswillig sind. Das schätzen sie und daher wird, wie man ja auch hört, sind 700 Leute bei BMW im Forschungsteam, natürlich in diese Richtung, die die Zukunft beeinträchtigen, auch geforscht werden. Aber ich glaube auch, dass Steyr durchaus in der Lage ist und hat immer schon Höhen und Tiefen gehabt und tatsächlich ist eine Krise auch oft ein Fortschritt. Ich glaube, so leid es mir für die Leute jetzt bei MAN tut, weil da kann die Politik als solches nicht wirklich viel machen, weil wenn man sich so einen Standortsicherungsvertrag anschaut, dann ist er ja eigentlich das Papier nicht wert, auf dem es steht. Da ist die Politik auch relativ machtlos.

Ich möchte aber vielleicht schon noch einen Aspekt ein bisschen mit hereinbeziehen, der mir ein bisschen abgeht. Natürlich weiß ich, dass wir heute hauptsächlich über Industrie reden und über Großbetriebe, aber ich möchte schon auch darauf hinweisen, dass zwei Drittel der Wirtschaftsleistung von Klein- und Mittelbetrieben realisiert werden. Und die dürfen bitte nicht unter die Räder kommen, und da haben wir schon in der Diskussion ein bisschen den Eindruck, dass man so ein bisschen auf die Kleinen vergisst.

Wenn voest oder BMW 3.000 Leute in die Kurzarbeit schicken, eine hervorragende Vermeidung der richtigen Krise sage ich einmal, dann ist das das eine, wenn auch die ganzen kleinen Betriebe oft nicht wissen, wie es weitergehen soll, denen wird von der Möglichkeit her bei weitem nicht so geholfen. Und ich möchte schon grundsätzlich appellieren, dass wir die Klein- und Mittelbetriebe nicht vergessen.

Moderatorin **Theiner**: Frau Abgeordnete Schwarz, ich formuliere es jetzt einmal ein bisschen provokant: Tausende Arbeitsplätze, die in einer Region an der Mobilitätsindustrie hängen. Sollen diese Arbeitsplätze aus ihrer Sicht überhaupt erhalten bleiben in dieser Form oder schwebt Ihnen da ein größerer Strukturwandel vor?

Abg. **Schwarz**: Alle Bereiche sind einem ständigen Wandel unterworfen. Das klingt ein wenig flapsig, aber es ist so. Mobilität wird es immer geben, von der Fracht her, von den Personen her. Die Frage ist, wie organisiere ich es und welche Produkte brauche ich, welche Dienstleistungen brauche ich? Und da möchte ich auch beim Klubobmann Mahr anhängen, welche Betriebe liefern mir zu, welches Netzwerk kann ich bilden? Das sind ja nicht nur die 2.000 Arbeitskräfte hier, sondern da hängen noch irrsinnig viele dran.

Da kann die Politik sehr wohl gestalten mit einer klaren Zielvorgabe. Das kann oft auch scharf sein. Ich glaube, ein scharfes Ziel zwingt uns, die letzten Reserven an Innovation herauszuholen und klar zu sagen, wann gehen wir gemeinsam diesen Weg dorthin, welche Schritte machen wir und wie nehmen wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit, und wie stellen wir eine Klasse Zukunftsregion auf?

Wenn wir uns anschauen, wie sich Steyr oder andere Regionen entwickelt haben, dann hat man das Gefühl, wenn man die Leute mitnimmt zu einem Ziel, das sich jeder vorstellen kann, dann können sie auch mitgehen. Und ich glaube, dass wir sehr wohl Arbeitsplätze in der Mobilität brauchen, aber vielleicht halt nicht mehr an Förderbändern, wo Verbrenner zusammengebaut werden, sondern vielleicht andere.

Ich glaube, genau dort müssen wir hinschauen und müssen schauen, was haben wir für ein Netzwerk an tollen Zulieferbetrieben, denen es im Endeffekt Wurst ist, was für ein Motor drinnen ist. Was haben wir noch für Chancen, wo wir noch gar nicht geredet haben, wo passieren Batterieproduktionen, wo werden diese entwickelt, was gibt es für ein Know-how? Die TU Graz forscht im Recyclingbereich, ich glaube, das sind die Zukunftsfragen, die auch die HTL angesprochen hat: Wenn ich ein Elektroauto-Mobilität mir anschau, dann muss ich mich auch mit diesen Gedanken beschäftigen.

Auch das gehört zum Arbeitsplatz und zur Mobilität und genau da, glaube ich, haben wir eine riesen Chance mit den innovativen Unternehmen und vor allem auch mit engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die diesen Weg gehen.

Moderatorin **Theiner**: Herr Klubobmann Lindner, um einmal noch das Thema MAN aufzugreifen: Wie kann man denn in Zukunft verhindern, dass Unternehmen ganz einfach dorthin gehen, wo es am billigsten ist, Standortgarantien hin oder her?

Abg. KO **Mag. Lindner**: Das ist wahrscheinlich ein Thema, das man international und auch europäisch angehen muss. Weil grundsätzlich, und wir haben es heute Vormittag schon gehört, den Konzernen ist ja sehr oft billig nicht billig genug. Wenn man in einem internationalen oder europäischen Wettbewerb nach unten ist, Stichwort Arbeitsstandards oder Umweltstandards, dann muss man solche Dinge auch international und auf europäischer Ebene lösen.

Das wichtige ist, dass wir bei diesem Wettlauf nach unten, egal ob es das Steuersystem betrifft, arbeitsrechtliche Standards, Entlohnung oder Umweltstandards, dass wir da einfach nicht mitmachen.

Es ist gerade gestern oder vorgestern auf europäischer Ebene das Thema Arbeitsbedingungen von ErntehelferInnen aufgetaucht, wo in Spanien und in Italien die Erntehelfer/innen unter schlimmen Bedingungen rackern müssen. Es gibt die Idee, EU-Förderungen für den Agrarbereich an die Arbeitsbedingungen zu knüpfen, und dann höre ich, dass die ÖVP-Landwirtschaftsministerin sich eher ablehnend verhält, und das sind Dinge, die ich einfach nicht verstehe.

Ich glaube, wir dürfen uns als standortbewusstes Land, und wir sind stolz auf unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, nicht an solchen Diskussionen zum Wettlauf nach unten beteiligen.

Wir können stolz sein auf eine gute, starke Sozialpartnerschaft, die uns in der Zweiten Republik auch dorthin gebracht hat, wo wir sind. Gerade MAN und der Standort Steyr haben bewiesen, dass eine starke Sozialpartnerschaft und eine starke Belegschaftsvertretung kein Standorthemmnis ist, sondern ganz im Gegenteil. Ich weiß aus einem Gespräch mit Erich Schwarz, um welche Dinge sich der Betriebsrat zusätzlich bemüht hat. Da hat es das

Zugeständnis gegeben, dass man gesagt hat, man produziert einen LKW mehr pro Schicht und nimmt zusätzlich Arbeitsverdichtung und Stress auf sich, damit man noch produktiver wird.

Man hat sogar in diesem Standortsicherungsvertrag hineinverhandelt, dass MAN vier Prozent des Umsatzes für die Vorbereitung dieses Transformationsprozesses auf die Seite legt. Das sind lauter weitblickende Entscheidungen, die die Belegschaftsvertretung eingebracht hat. Und da ist es schon mehr als unverfroren, dass die Unternehmensführung hergeht und sagt: okay, wir produzieren in der Türkei oder irgendwo in Osteuropa. Ich glaube, wichtig ist, wir dürfen uns nicht an diesem Wettlauf nach unten beteiligen und müssen uns Steuersysteme überlegen, die diesem Steuerwettlauf nach unten auch beenden.

Moderatorin **Theiner**: Vielleicht werfen wir damit noch einen Blick in die Zukunft, auch diesbezüglich ist ja Steyr eine durchaus spannende Region, eine sehr innovative Region. Wir haben die Bildungseinrichtungen hier schon angesprochen, es gibt unglaublich viele innovative Industrieunternehmen und auch Klein- und Mittelbetriebe, die sehr innovativ sind in dieser Gegend. Und wenn unsere vier Vortragenden heute eines gemeinsam hatten, Herr Klubobmann Mahr, dann war das die Sorge um die Qualifikation, auch ein bisschen die Sorge, dass die Qualifikationsmaßnahmen der Unternehmen jetzt in der Krise vielleicht zurückgeschraubt worden sind. Hat man da als Politik überhaupt die Möglichkeit, das anzuheizen, da nachzuhelfen oder sind sie da machtlos?

Abg. KO KommR **Ing. Mahr**: Naja, ich glaube grundsätzlich nicht, dass die Unternehmen jetzt da zurückgeschraubt haben. Mir ist viel wichtiger, dass wir die Schüler in solche Richtungen empfehlen, wo sie auch in Zukunft die Chance haben, tatsächlich am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und in tolle Positionen zu kommen.

Ich weiß, das ist eine gefährliche Querschnittsmaterie, aber mir ist es einfach wichtig. Und wenn man sieht, wie notwendig es gerade in der jetzigen Zeit ist, Techniker zu bekommen, dann muss man wirklich, und da bin ich auch bei den Vortragenden, schon versuchen, schon im Kindesalter den Kindern spielerisch beizubringen, wo sind ihre Stärken und dort vielleicht vermehrt schauen, dass man sie in den Bereich der Technik bringt.

Ich glaube schon, dass die Technik ein bisschen so ein Stiefmütterchen derzeit ist, und ich bin schon der Meinung, wir werden in Zukunft, um diese Technologien auf den neusten Stand zu bringen, weit mehr Technik brauchen, und das müssen wir der heutigen Jugend einfach vermitteln, dass dort die zukünftigen Positionen mit den besten Chancen sind.

Moderatorin **Theiner**: Herr Klubobmann Lindner, was würden Sie jungen Menschen denn jetzt mitgeben, die sich fit machen wollen für den Arbeitsmarkt? Welche Punkte im Lebenslauf wird es brauchen, um da erfolgreich zu sein?

Abg. KO **Mag. Lindner**: Ich bin da ja ein wenig hin und her gerissen. Natürlich muss man den Kindern und Jugendlichen die bestmöglichen Rahmenbedingungen bieten, eine gute Berufslaufbahn einzuschlagen, aber auf der anderen Seite, ich bin Vater von zwei kleinen Burschen mit 6 und 4 Jahren, da denke ich mir, ich bin ihnen es auch einfach vergönnt, dass sie einfach Kind sind und Jugendliche sind und einfach ihr Leben leben und Erfahrungen sammeln.

Und nicht unbedingt mit 10 Jahren darüber nachdenken, wenn sie über die Schule entscheiden, welchen Berufsweg sie einschlagen wollen. Ich glaube, dass wir einfach unser Schul- und Bildungssystem so aufstellen müssen, dass alle Schultypen alle Chancen ermöglichen und möglichst durchlässig sind. Weil das ist schon etwas, was wir merken, dass Bildung und Armut sehr stark vererbt wird und dass diese sozialen Rahmenbedingungen sehr schwer durchbrochen werden können, und da hängt natürlich viel am Bildungssystem.

Mein Rat an Jugendliche kann nur sein, möglichst viel auszuprobieren und die eigenen Talente zu erkennen, und da müssen wir uns auch kritisch fragen, ob unser Bildungssystem insgesamt die Talente erkennt oder die Defizite. Ich glaube, dass es bei Kinder und Jugendlichen immer besser ist, die Stärken zu stärken und nicht unbedingt den Fokus darauf zu legen, die Schwächen auszumerzen. Dann haben wir selbstbewusste junge Leute, die in allen Berufsfeldern Fuß fassen können.

Der technische Bereich ist wichtig, und da gibt es sicher auch genug zu tun, damit wir auch mehr Frauen in die Technik bringen, eine stärkere Durchmischung schaffen. Aber auf der anderen Seite müssen wir auch überlegen, wie können wir mehr junge Leute für die pflegerischen Berufe begeistern? Da muss man wahrscheinlich auch an der Entlohnung arbeiten. Dass man in der Pflege, im Pflegebereich, in den Krankenhäusern, in den Altenheimen, im karitativen Bereich, bei den Sozialorganisationen einfach mehr Geld zur Verfügung stellt als öffentliche Hand, dass dort anders bezahlt wird, dass das von vornherein ein genauso attraktiver Beruf ist, materiell, wie in der Technik.

Moderatorin **Theiner**: Die Stärken stärken, das gilt natürlich nicht nur für die Einzelnen, das gilt auch für das Land insgesamt. Welchen Mix braucht es da in der Zukunft aus Branchen, aus Berufen, aus Weiterbildungen, um Oberösterreich zukunftsfit zu machen?

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel**: Es ist bereits mehrfach erwähnt worden, der Wandel wird stattfinden. Ob wir wollen oder nicht, er wird stattfinden. Es gibt die Klimaziele, der Weg in die Zukunft ist in Wahrheit vorgezeichnet. Es geht ja nur darum, wir müssen dem Weg eine ganz besondere Bedeutung beimessen, sage ich jetzt. Da müssen wir ansetzen, glaube ich. Das Ziel ist im Wesentlichen vorgegeben. Wir dürfen nicht zu schnell vorgehen. Es muss ja die Wirtschaft in die Lage versetzt werden, dass sie diesen Wandel entsprechend bewältigen kann.

Der Klimawandel soll ja neue Arbeitsplätze schaffen und nicht Arbeitsplätze vernichten. Das heißt, es werden aber andere Arbeitsplätze werden. Das heißt, wir müssen dann schauen, okay, wann der Weg vorgezeichnet ist, dann müssen wir schauen, okay, was für eine Ausbildung brauchen wir für die jungen Leute?

Und passt unser Schulsystem? Auch das ist bereits gesagt worden. Passt unser Schulsystem noch zu den Herausforderungen der Zukunft? Also, wir müssen die Jungen rüsten für die Zukunft, aber auch die, die jetzt bereits im Arbeitsprozess sind.

Es ist ja heute schon ein paar Mal gesagt worden, lebenslanges Lernen, das sagen wir schon seit, weiß ich nicht, Jahrzehnten, aber nur hat es plötzlich ganz eine andere Bedeutung, weil, wenn wir bisher von lebenslangem Lernen geredet haben, war es ja im Wesentlichen in seiner Schiene, dass ich halt ein bisschen am letzten Stand bin, jetzt kann es ja dazu führen, dass ich zwar in derselben Firma bin, aber ganz etwas anderes tue, weil vielleicht die Produktion in irgendeiner Form umgestellt worden ist, die Digitalisierung Industrie 4.0, also, es ist ein komplett neuer Arbeitsweg für uns, und Junge tun sich da erfahrungsgemäß immer leichter, weil sie reinwachsen, und die Älteren müssen sich umstellen. Es hilft einmal nichts. Ja.

Da müssen wir schauen, wo sind die Defizite? Wir haben einen Pakt für Arbeit und Qualifizierung. Ist heute auch schon einmal gesagt worden. Was wir aber feststellen ist, die Lust auf Qualifizierung deckt sich nicht unbedingt mit dem Angebot, und daher ist das das Schwierigste. Bewusstseinsbildung, obwohl ein jeder weiß, wenn ich gut ausgebildet bin, ist die Gefahr eher geringer, dass ich den Arbeitsplatz verliere. Ja, das heißt, auch eine Transformation im Bildungswesen wird es geben müssen, nicht nur in der Wirtschaft.

Moderatorin **Theiner**: Woran scheitert es, Frau Abgeordnete Schwarz, wenn wir seit Jahrzehnten davon reden „Lebenslanges Lernen“, aber noch ist es nicht wie gewünscht umgesetzt?

Abg. **Schwarz:** Nein, ich glaube, dass viele lebensbegleitend lernen. Weil, ich glaube, wir sind tagtäglich herausgefordert, ob das jetzt daheim ist oder mit anderen technischen Geräten umzugehen.

Ich möchte einfach noch einmal andocken, wie schaffen wir es, dass Jugendliche einen guten Arbeitsplatz oder eine gute Ausbildung bekommen für einen guten Arbeitsplatz? Ich glaube, wir denken immer verkehrt, sondern müssten einmal schauen, da ist ein Beispiel, aufgeschrieben bekommen: Jugendliche sollen wie Perlentaucherinnen oder Perlentaucher werden. Wirklich tief runtertauchen und schauen, was kann ich, was interessiert mich, wo sehe ich eine Chance für mich?

Und diesen Prozess, diese Zeit zu haben, und da ist unser Schulsystem, was schon sehr strukturiert ist und sehr hierarchisch ist, natürlich oft nicht genau diese Zeit, dass wir die Jugendlichen schauen lassen, was sie brauchen.

Ich glaube, wenn ein Jugendlicher weiß, was er machen möchte, dann fragt er nicht zuerst, was bekomme ich bezahlt dafür, weil wenn mir die Arbeit taugt, wenn ich die gerne mache, dann mache ich sie gut, dann bin ich ein/e super guter Arbeiterin, Arbeiter oder Angestellte, und dann ist das Geld natürlich ganz entscheidend, vor allem, wenn ich an die Frauenberufe denke, wo Frauen halt sich mehr drinnen finden, aber wichtig ist, eine Arbeit gerne zu machen, dann mache ich sie auch gut.

Das merke ich auch in der Berufsfindung. In den Schulen, da werden sie einfach durchgeschleust durch die Betriebe, und da machen sie halt ein paar Praktika, und was lernen sie denn da? Dann sehen sie halt, ja, das taugt mir, weil da kann ich halt vielleicht schrauben und der andere sagt, na das taugt mir, weil ich mit Leuten zusammenarbeite.

Aber das ist ja nicht die Grundlage für einen Job, den ich dann ganzes Leben lang hab, wo ich dann meinen Erwerb, meine Selbstsicherheit, mein Selbstbewusstsein damit tanke.

Ich glaube, vielleicht sollten wir eher ausgehen von dem, was können, was möchten unsere jungen Menschen, unsere Jugendlichen haben, und dann zu schauen, dann bringe ich automatisch das mit der Wirtschaft zusammen, weil die Wirtschaft wird sich dann die suchen, die engagiert sind, ob er jetzt das bisserl noch technisch dazulernen muss oder nicht, das ist für einen Betrieb meistens sekundär. Wichtig ist, dass er einfach mit Begeisterung bei dem Job drinnen ist. Und wenn ich weiß, ich bin in einer Firma die eine Zukunftstechnologie hat oder Zukunftsautos macht, dann bin ich halt eher da dran interessiert.

Moderatorin **Theiner:** Was offensichtlich nicht automatisch geht, das ist das Stichwort Frauenförderung. Sie sind heute die einzige Frau in der Runde jetzt, außer mir, weil in anderer Funktion, und wir haben vor ein paar Wochen im Zuge des Weltfrauentages gehört, dass auch die Covid-Krise Frauen ganz besonders trifft, auch weil sie von einem niedrigeren Niveau beginnen. Wird es da spezielle Förderprogramme brauchen, und wenn ja, wie schauen da die Ideen der Grünen aus?

Abg. **Schwarz:** Jetzt fordern Sie mich heraus. Ich wehre mich ein Stück und sage, so spezielle Frauenförderprogramme, ich glaube, wenn wir nicht wirklich insgesamt schauen, wie bringen wir diese Situation mit Familienarbeit, ehrenamtliche Arbeit und Erwerbsarbeit insgesamt besser unter einen Hut, dann werden die ganzen Frauenförderprogramme nichts helfen, weil dann werden halt die Frauen nicht die Möglichkeit haben, weil eben der Mann, wie wir es heute schon gehört haben, nicht Stunden reduziert, weil es halt einfach auch vom Gehalt her nicht passt.

Also, so lange wir nicht insgesamt die Strukturen ändern, da kann ich noch so viele Frauenförderprogramme machen, und ich habe es irgendwie satt, immer zu sagen, Frauen in

die Technik. Bitte, das ist nicht der Weg. Der Weg muss sein, was können wir gut, und was machen wir gerne?

Und schaffen wir eine Struktur, dass es selbstverständlich ist, dass auch der Mann gefragt wird, wenn er einen Job hat, wie kommst denn du mit der Kinderbetreuung zusammen und geht es sich aus damit?

Ich will das eigentlich nicht mehr hören, dass da nur wir Frauen gefragt werden, wie schaffen sie das? Und es fragt keiner danach, wer pflegt denn die Eltern? Ich weiß, dass viele Männer auch die Eltern und Schwiegereltern pflegen. Das ist einfach nicht im Bewusstsein, dass wir diese Strukturen ändern müssen. Dann haben wir auch nicht mehr den Druck der Frauen, dass sie jetzt alles machen.

Jetzt sind es eben Pädagoginnen und Pädagogen, dann sind sie noch Betreuerinnen, dann müssen sie den Haushalt machen, und dann haben sie aber noch einen Job auch, den sie gerne machen und auch noch daheim sind, das kann ich nicht mit einem Förderprogramm lösen, das kann ich nur mit einem Strukturwandel in der Gesellschaft lösen. Und endlich, und ich hoffe, und ich war beim ersten Frauenvolksbegehren schon leidenschaftliche DiskutantIn am Podium, und ich werde es weiterhin bleiben, auch die nächsten paar Jahre, weil, ich glaube, da muss es einen Schalter umlegen, und dann die Männer automatisch auch sagen, ja, ich will auch Familie und Job unter einen Hut bringen und nicht nur die Frauen.

Moderatorin **Theiner**: Gut. Herr Klubobmann Lindner! Dann nennen wir es nicht Frauenförderungsprogramm, nennen wir es Plan für die Gerechtigkeit. Das sollte dann im Idealfall allen Seiten zugutekommen. Wie schauen Ihre Konzepte da aus?

Abg. KO **Mag. Lindner**: Ja, wenn ich es zuspitzen darf, ist grundsätzlich Oberösterreich, glaube ich schon, ein hartes Pflaster für Frauen, weil, wenn man sich die Lohnunterschiede zwischen Männer und Frauen anschaut, dann sind die in Oberösterreich am höchsten, auch Teilzeit bereinigt, ja, bis zu 15 Prozent, und wir haben, was die Situation der Kinderbetreuungseinrichtungen angeht, halt auch de facto die kürzesten Kindergartenöffnungszeiten und einen riesigen Nachholbedarf bei den unter Dreijährigen. Das hängt einfach zusammen.

Es ist natürlich auf der einen Seite eine kulturelle Frage. Aber wenn wir gesellschaftliche Einstellungen verändern, müssen wir zuerst einmal die materielle Grundlage verändern.

Und das ist, dass sozusagen Frauen genauso einfach wie Männer in alle Jobs und in Vollzeitjobs gehen können, und dafür brauche ich einen Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten, sonst komme ich da keinen Schritt weiter, und das in allen Regionen Oberösterreichs. Es darf auch keinen Unterschied geben zwischen Stadt und Land. Ja, jetzt will ich nicht verhehlen, dass es da durchaus eine Entwicklung gegeben hat, ja, aber wir haben noch immer einen riesigen Aufholbedarf gegenüber anderen Bundesländern.

Und solange damit nicht wirklich Wahlfreiheit für Frauen besteht, weil wir können ja keiner Frau oder keiner Familie vorschreiben, wie sie zu leben hat, das muss man selber entscheiden, aber ich muss Wahlfreiheit ermöglichen, und das heißt, dass ich die Betreuungsmöglichkeiten so organisiere, dass jeder Elternteil mit eigener Entscheidung Vollzeit oder Teilzeit arbeiten kann, und dazu muss ich die Voraussetzungen schaffen.

Und es ist halt schon auffällig, und da haben wir als Politik, glaube ich, auch eine Aufgabe, dass halt frauendominierte Berufe wirklich immer tendenziell sehr schlecht entlohnt sind gegenüber Männerberufen.

Da haben wir einfach noch immer auch im Jahr 2021 riesig viel zu tun. Erst wenn diese materielle Grundlage erledigt ist, dann können wir, glaube ich, auch über diesen Kulturwandel reden.

Moderatorin **Theiner**: Herr Klubobmann Mahr! Sie haben sehr zustimmend genickt, als es um die besonders drastischen Folgen für Frauen in der Krise gegangen ist. Wie schaffen wir es, die denn abzufedern?

Abg. KO KommR **Ing. Mahr**: Weil ich tatsächlich nicht verstehe, dass 2021 für ein und denselben Job die Frau weniger verdient als der Mann. Das kann ich nicht verstehen. Das wäre eigentlich relativ einfach zu beseitigen.

Ich glaube aber schon, dass wir es differenzierter sehen müssen. Und dass Frauen stärker jetzt durch die Covid-Krise in Mitleidenschaft gezogen werden, zeigt es ja an den Zahlen. Wir haben rund 48.000 Arbeitslose in Oberösterreich im Februar gehabt, davon 28.000 Männer und 20.000 Frauen, aber wenn ich diese 20.000 der Frauen im Vergleich zum Vorjahr hernehme, haben wir da eine Steigerung von 26 Prozent, während sie bei den Männern nur 15 Prozent ist.

Also, das muss man auch relativieren, da sind die Frauen tatsächlich im Nachteil. Ich glaube aber, es gibt schon von Haus aus, und das ist jetzt nicht meine Theorie, also, es gibt auch diese Denkfabrik, die sagt, es gibt drei wesentliche Gründe:

Erstens haben Frauen und Männer unterschiedliche Stärken. Das zeigt sich ja auch in der gewünschten Berufswahl der Frauen, dass sie sehr viel stärker sind im Umgang mit Menschen, während Männer sehr viel stärker im Umgang mit der Technik sind. Das ist halt auch einmal ein Wunsch. Das können wir nicht wegdenken, das ist so.

Das Zweite, der zweite Grund sind die Präferenzen der Frauen, dass sie weit flexibler arbeiten möchten als Männer. Ist auch klar, weil heute noch weit mehr Frauen die Kinder oder die Familie, die Kinder erziehen und die Familie zusammenhalten. Das ist auch klar.

Und der dritte Grund, der ist sehr, sehr, fast nicht einleuchtend, dass Frauen in vielen Bereichen nicht so sehr angenommen werden, sondern da muss ein Umdenken erfolgen.

Das sind die drei Gründe, und wenn man sich heute anschaut, der Meisterberuf, den die Frauen wollen, ist Einzelhandelskaufmann, dann gefolgt von Friseur, und schauen Sie sich bei den Männern die Berufe an, da gibt es nur Technik, Technik, Technik.

Da wird es ein Umdenken geben müssen. Wir müssen aber natürlich auch auf die natürlichen Ressourcen der einzelnen Geschlechter auch Bezug nehmen, und sagen, es ist doch besser, wenn eine Frau sich besser zu dem hingezogen fühlt, Umgang mit Menschen, dann möchte ich, dass dort die Frauen halt in diese Position kommen.

Schauen Sie sich Ärzte an, gibt es weit mehr Damen in der Ärzteschaft als Herren, Friseure und, und, und. So gibt es halt auch Berufe, die mänderspezifisch sind. Was ich nicht verstehe, ist, dass für dieselbe Leistung nicht ein und dieselbe Belohnung ist.

Moderatorin **Theiner**: Herr Klubobmann Dörfel! Welche Rezepte haben Sie, dass uns Corona nicht frauenpolitisch um Jahre zurück katapultiert?

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel**: Ich sehe einmal grundsätzlich alles positiv, ja. Ich glaube nicht, dass es uns um Jahrzehnte zurück katapultiert. Dass jetzt Frauen mehr betroffen sind wie vielleicht Männer, hängt natürlich auch mit den Branchen zusammen.

Man muss schauen jetzt derzeit, gewisse Branchen sind vollkommen überhitzt. Du bekommst keine Firma, du kriegst keinen Dachdecker, du kriegst gar nichts, Baufirma sowieso nicht. Das sind männerdominierte Berufe und die frauendominierten Berufe, jetzt sage ich einmal, wie das Gastgewerbe zum Beispiel nur, sind die, die noch immer zu sind. Ja. Also, ich glaube, ich hoffe, wenn wir möglichst bald mit dem Spuk Corona fertig sind, dann wird sich das wieder einpendeln.

Die Problemlagen bleiben aber gleich. Sie sind angesprochen worden, daher gibt es ja Spezialprogramme im Rahmen unseres Pakts für Arbeit und Qualifizierung. Wir haben die Oberösterreichische Frauenstrategie 2030, die von allen Parteien entwickelt wurde und von der Landeshauptmann-Stellvertreterin Christine Haberland, ja, sozusagen federführend umgesetzt wird.

Also, es gibt tatsächlich viele Maßnahmen. Das Hauptproblem wird sein, gibt es vielleicht neue Berufsgruppen? Ich sage immer, wir werden in Zukunft lauter Spezialisten haben überall. Und wir brauchen Übersetzer. Es ist ja kein Zufall, dass alle oder sehr viele Berufsgruppen, die mit Menschenkontakten zu tun haben, von Frauen ausgeübt werden. Pflege ist schon gesagt worden. Gastro habe ich selber erwähnt. Arzt, Ärztin, Lehrer, Kindergartenpädagoginnen.

Und daher, glaube ich, muss die Wirtschaft, sollte die Wirtschaft mehr zugreifen auf Frauen, auch in die Führungspositionen oder in das mittlere Management, die dann Übersetzen, wenn Arbeiten im Team gefragt wird, weil, ich glaube, Frauen bringen sehr große soziale Kompetenz. Ja.

Und wenn jetzt ein Techniker, ein Jurist und ein Betriebswirt dann am selben arbeiten und sie verwenden dasselbe Wort, versteht aber jeder etwas anderes. Ja. Als Beispiel: Absatz: Was heißt Absatz? Genau, du denkst Absatz, ja. Der Jurist sagt, eine Untergliederung eines Paragraphen, und der Betriebswirt denkt in Zahlen, was heißt Absatz, aha, wie viel Geschäft haben wir gemacht?

Und ich glaube, das wäre die Nische, wo eine Frau sozusagen diese Vermittlungsposition wahrnimmt, die soziale Kompetenz. Das wäre ein komplett neues Betätigungsfeld. Nein, nicht wegen der Absätze, nicht wegen der Schuhe, das ist ja nur ein Beispiel, dass man verstärkt auch diese Jobs brauchen wird.

Und ich glaube, da wären die Frauen bestens geeignet. Aber ein Umdenken natürlich, das Rollenbild, und, und, und, das geht nicht so schnell, weil das hat sich über hunderttausende Jahre entwickelt.

Moderatorin **Theiner**: Die Frau Abgeordnete Schwarz holt Luft.

Abg. **Schwarz**: Nein, ich finde, das ist, dass wir so die Übersetzerinnen oder in vielen Bereichen braucht es eine Mediation oder Übersetzung. In vielen Bereichen, glaube ich, ist es ganz wichtig, dass wir, und das wäre der Wunsch, und von dem reden wir schon seit ewigen Zeiten, in Führungsebenen und so weiter, immer 50 Prozent Frauen, weil gemischte Teams, und das sagt eine jede wissenschaftliche Studie, gemischte Teams kommen zu ganz anderen Ergebnissen.

Weil sie wirklich auch mehrere Sachen beleuchten und wir, als Frau, vielleicht woanders hinschauen, als wie eben die Männer oder der Betriebswirt und so weiter.

Weil der Kollege Mahr gesagt hat, er versteht nicht, warum immer noch Frauen für den gleichen Job weniger Geld verdienen, das hätten wir ganz schnell gelöst. Ich meine der Kollektivvertrag sagt es eh nicht. Wir brauchen nur Transparenz, Einkommenstransparenz.

Ein jeder in einem jeden Betrieb, ab einer gewissen Größe sollen die Einkommen offengelegt werden. Das ist eine langjährige Forderung, die wir schon haben.

Dann sieht ein jeder, warum ist auch wer eingestuft und wie er eingestuft wurde, und vielleicht kann man dann einfach auch einmal nachverhandeln und sagen, ich sehe überhaupt nicht ein, warum mein Kollege da viel besser eingestuft ist als ich.

Also, diese Dinge einfach anzuschauen, oder sind das eben wirklich von den Kollektivverträgen, diese Sprünge, die man alle zwei Jahre hat. Da haben Frauen oft einen Nachteil, weil sie daheim sind, und dann machen sie den Sprung nicht mit, und das zieht sich bis zum Ende durch und zieht sich bis in die Pension durch.

Moderatorin **Theiner**: Ich hab ein bisschen den Eindruck, das wäre Stoff genug für eine eigene frauenpolitische Enquete, die wir da vielleicht einmal im Anschluss machen könnten. Für den heutigen Tag, glaube ich, sind wir fast am Schluss. Ich würde Sie jetzt noch alle vier noch um eine ganz kurze Antwort bitten, nachdem wir uns den heutigen Tag dem Thema Arbeit und Wirtschaft von allen theoretischen Seiten gewidmet haben, hätte ich jetzt gern eine persönliche kurze Antwort.

Was bedeutet Ihnen Ihre Arbeit? Herr Klubobmann Lindner, was gefällt Ihnen an Ihrem Job und was vielleicht nicht immer?

Abg. KO **Mag. Lindner**: Also, in meiner persönlichen Rolle war für mich bisher Arbeit immer Selbstverwirklichung und sozusagen an den Themen zu arbeiten, die mir selber wichtig sind. Dieses Privileg habe ich gehabt in dem, was ich bisher arbeiten hab können. Das hat Gutes, wenn man etwas weiterbringt, das hat Schlechtes, wenn man sich manchen Argumenten stellen muss, die von anderen kommen, die man nicht versteht oder nachvollziehen kann. Aber insgesamt macht es einen riesigen Spaß, mit Menschen zu arbeiten und einfach positiv etwas weiter zu bringen und eine Entwicklung zu sehen.

Moderatorin **Theiner**: Frau Abgeordnete Schwarz, was bedeutet Ihnen Ihr Job?

Abg. **Schwarz**: Ich komme aus dem Gesundheits- und Sozialbereich, und ich habe nicht das Gefühl, dass sich da recht viel verändert hat, außer dass die Honorierung eine andere ist, muss ich wirklich da deutlich sagen, weil ich komme aus einem sehr schlecht bezahlten Bereich raus.

Für mich ist einfach wichtig, dass ich merke, dass ich meine Expertise und mein Engagement für bestimmte Themen auch gut einbringen kann. Natürlich ist es oft voll anstrengend, wenn man auf Widerstand stößt, und wenn man auf Unverständnis stößt, und wenn man immer nur die Leute überzeugen muss, warum ist der Klimaschutz so wichtig und es war ja, die kosten Arbeitsplätze, also, das ist schon oft herausfordernd.

Aber, wenn ich dann mit meinen Enkelkindern beisammen bin, dann weiß ich, für was ich das tu. Also, ich werde weiterhin für das eintreten, und das ist meine Arbeit die ich mache, die mache ich gerne, ich stehe auch gerne vorne, mir ist es auch kein Problem, wenn man einmal ein bisschen einen Widerstand spürt, das mache ich gerne, und das mache ich auch jeden Tag.

Moderatorin **Theiner**: Herr Klubobmann Mahr, wie schaut es bei Ihnen aus?

Abg. KO KommR **Ing. Mahr**: Ich war ja immer selbstständig, und es ist egal, welchen Job man hat, wenn man die Grundeinstellung, die richtige Grundeinstellung zur Arbeit hat, dann macht jede Arbeit Spaß, und sind wir froh, dass wir in der Lage sind, dass wir arbeiten können, dass ein Tag auch dementsprechend ausgefüllt ist.

Zum derzeitigen Job kann ich nur sagen, wenn einem, so wie mir, der Kontakt mit Menschen liegt, dann ist natürlich Klubobmann ein idealer Job. Man kann natürlich auch sehr viel bewegen. Und ich bin eigentlich froh, jeden Tag, wenn ich aufstehe und mich auf meinen Job freue, und das ist, glaube ich, das Wichtigste überhaupt.

Moderatorin **Theiner**: Herr Klubobmann Dörfel, wie froh sind Sie in der Früh vorm Aufstehen mit den Gedanken an den Job?

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel**: Ich bin top motiviert natürlich jeden Tag.

Moderatorin **Theiner**: Warum, was ist es, was Sie motiviert?

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel**: Ich glaube, grundsätzlich heißt ja Arbeit, eine Aufgabe haben, ja. Mein Job taugt mir also als Politiker, taugt mir deswegen, weil ich gestalten kann. Ich habe die Möglichkeit, gemeinsam mit Anderen Ideen und Lösungen für die Zukunft zu erarbeiten. Es ist nicht immer schön. Es lacht nicht immer nur die Sonne, ja, das wissen wir, aber wer A sagt, muss auch B sagen.

Und ich glaube, das ist einfach das Schöne an unserer Arbeit, wirklich die Zukunft gestalten zu können.

Moderatorin **Theiner**: Dann sage ich vielen herzlichen Dank. Mir gefällt an meiner Arbeit unter anderem, dass ich die unterschiedlichsten Menschen immer um Einblicke in ihre Gedankenwelten fragen darf. Vielen herzlichen Dank, dass ich das bei Ihnen Vieren heute tun durfte. Schönen Nachmittag noch. Danke. (Beifall)

Ja, meine Damen und Herren, damit sind wir fast auch schon beim Schluss angelangt. Die Zukunft der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts in Oberösterreich, großes Thema, ich habe Ihnen in der Früh viele neue Gedanken, Perspektiven versprochen, und ich glaube, die konnten wir auch halten, und die konnten wir auch wirklich liefern. Ein großes Danke gilt Ihnen für das Mitdiskutieren, auch Zuhause für das Dabeisein, für Ihre Aufmerksamkeit, großes Danke an das Organisationsteam, und riesiges Danke auch an das Technikteam.

Es ist gar nicht einfach, so eine Hybridveranstaltung ohne irgendwelchen größeren technischen Pannen hinzukriegen, also wunderbar, vielen, vielen Dank. Damit bitte ich auch schon Landtagspräsident Wolfgang Stanek noch um seine Abschlussworte, noch einen schönen Nachmittag. Dankeschön und auf Wiedersehen. (Beifall)

**Präsident**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, es ist heute sehr gut gelungen, das große gesellschaftspolitische Spannungsfeld rund um das Thema Arbeit aufzuzeigen. Von der durchaus philosophischen Betrachtungsweise der Frau Professor Herzog, die sich mit der Rolle der Arbeit für die individuelle Lebensführung und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt beschäftigt hat, ganz bewusst einmal gesagt, jenseits vom Einkommen. Ich möchte gerade von der Lisa Herzog noch einmal vier Punkte, die für sie die wichtigen Parameter für gute Arbeit sind, uns allen ins Gedächtnis rufen. Nämlich erstens die Möglichkeit, sich positiv weiterentwickeln zu können, zweitens das Erleben von Gemeinschaft im positiven Sinne, drittens dass es für Individuen ganz besonders wichtig ist, einen sinnvollen Beitrag mit ihrer Arbeit leisten zu können, und viertens dass Arbeit auch immer mit entsprechender gesellschaftlicher Anerkennung verbunden sein muss. Für mich ist es in Wirklichkeit ein Auftrag für uns alle, auch unter diesen Aspekten, wenn wir uns mit Themen der Arbeitsmarktpolitik beschäftigen, diese vier Parameter immer auch mitzudenken.

Professor Felbermayr hat unser Thema aus wirtschaftspolitischer Sicht beleuchtet, er hat aus meiner Sicht sehr gut herausgearbeitet, dass die oberösterreichische Wirtschaft den Kern des regionalen Wertschöpfungsnetzwerkes bildet. Er hat aber auch herausgearbeitet, wie wichtig

gerade für Oberösterreich die gesamte Industrie ist, wie wichtig passende Rahmenbedingungen für lebenslanges Lernen, Ausbildung, Forschung und Entwicklung sind. Ich glaube, das sind genau die Bereiche, die für uns in Oberösterreich auch besonders wichtig sind, um den „War for Talents“ auch entsprechend erfolgreich in Zukunft bestreiten zu können. Aber auch Fragen des Umweltschutzes und des Klimaschutzes spielen eine ganz große und wesentliche Rolle. Umwelt- und Beschäftigungsfragen sind nicht differenziert zu betrachten, ich möchte mich dafür auch ganz herzlich bei Professor Brand bedanken, dass er uns gerade auch aus diesem Blickwinkel heraus entsprechende Einsichten geboten hat, vor allem auch, was den Umbau des Mobilitätssystem anbelangt.

Schließlich hat Herr Dr. Susanek die Veränderungsprozesse vor allem in der Automobilindustrie beschrieben und herausgearbeitet, dass Verbesserungen auf der Bereitschaft zur Anpassung, Kreativität und zur Anstrengung basieren, um Chancen auch entsprechend nutzen zu können.

Ich darf mich daher abschließend noch einmal bei unseren vier Referenten Frau Professor Herzog, Herrn Professor Felbermayr, Herrn Professor Brand und Herrn Dr. Susanek ganz herzlich bedanken. Ich bedanke mich auch ganz herzlich bei unseren vier Klubobleuten für die interessante Diskussion, ich bedanke mich bei Ihnen allen für die interessanten Diskussionsbeiträge und für ihre Teilnahme. Ein besonderer Dank gilt aber auch dem Team hier vor Ort, den Verantwortlichen im Haus, unserem Technikerteam, bei der Landtagsdirektion und bei meinem Büro für die Vorbereitung. Ich möchte hier namentlich erwähnen Andreas Kogler für die Techniker, den Herrn Landtagsdirektor Steiner und meine beiden Mitarbeiter Stefan Neißl und Doris Staudinger, die das hervorragend organisiert haben. (Beifall)

Last but not least darf ich mich ganz besonders bei Maria Theiner bedanken, die, wie immer, perfekt moderiert hat, ich danke wirklich ganz herzlich für die spannende Durchmoderation des gesamten Tages. Es ist immer ein Unterschied, ob man zwei Stunden eine Veranstaltung moderiert oder ob es fast ein Dreivierteltag ist, Sie haben es wie immer hervorragend gemacht, einen herzlichen Dank dafür. Ich darf Ihnen dann, wenn ich wieder unten bin, einen Blumenstrauß überreichen. (Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte schließen mit einem Gedanken von Lisa Herzog, der meines Erachtens ganz große Bedeutung für unser aller Arbeit hat. Orientieren wir uns nicht am Februar 2020, sondern sehen wir mit großem Optimismus in die Zukunft, arbeiten wir gemeinsam für eine gute Zukunft in Oberösterreich. Ich bitte Sie ganz herzlich darum, kommen Sie gut nach Hause, bleiben Sie gesund, alles Gute. (Beifall)

(Ende der Enquete: 14.43 Uhr)